015662/1901-02.

H 73 4°

Bericht

des

Magistrats der Stadt Danzig

über den

Stand der dortigen Gemeindeangelegenheiten

bei

Ablauf des Verwaltungsjahres 1901.

Druck von A. Schroth in Danzig.

Bericht

des

Magistrats der Stadt Danzig

über den

Stand der dortigen Gemeindeangelegenheiten

bei

Ablauf des Verwaltungsjahres 1901|1902.

1902/102

Magistrat der Stadt Königsberg Pr. Stadtbibliothek

Danzig.
Druck von A. Schroth.
1902.

015662
BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W TORUNIU
III

Inhalt.

A. Allgemeiner Theil:

Berichtsabschnitt		Seite
I.	Stadtchronik 1901/1902	4
II.	Standesamtliche Mittheilungen	6
III.	Wahlangelegenheiten	12
IV.	Die Stadtverordneten-Versammlung	12
V.	Der Stadtausschuß	14
VI.	Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittelung	17
VII.	Die Gesundheitskommission	22

B. Besonderer Theil:

I.	Zum Etat	I.	Kämmereifonds	24
II.	„ „	I. A.	Stadtbibliothek	24
III.	„ „	I. B.	Stadtmuseum	25
IV.	„ „	I. C.	Forst- und Dünenverwaltung	26
V.	„ „	II.	Handelsanstalten (einschl. Aichungsamt)	27
VI.	„ „	III.	Allgemeine Verwaltung	27
VII.	„ „	IV.	Militär- (Servis-) Verwaltung	28
VIII.	„ „	V.	Kirchenverwaltung	34
IX.	„ „	VI.	Schulverwaltung	34
X.	„ „	VII.	Allgemeine Armenverwaltung	41
XI.	„ „	VIII.	Lazarethe und Arbeitshaus	45
XII.	„ „	IX.	Leihamt	50
XIII.	„ „	X.	Polizeikostenfonds	51
XIV.	„ „	XI.	Bauverwaltung	51
XV.	„ „	XII.	Feuerwehr und Straßenreinigung	58
XVI.	„ „	XIII.	Wasserleitung und Kanalisation	59
XVII.	„ „	XIV.	Gasanstalt	60
XVIII.	„ „	XV.	Elektricitätswerk	61
XIX.	„ „	XVI.	Schlacht- und Viehhof	62
XX.	„ „	XVII.	Markthalle	63
XXI.	„ „	XVIII.	Kapitalvermögensfonds	68
XXII.	„ „	XIX.	Schuldenverwaltung	68
XXIII.	„ „	XX.	Gemeindesteuerfonds	68

Einleitung.

Der Verwaltungsbericht erscheint wie in den Vorjahren in abgekürzter Form. Der allgemeine Theil enthält nur eine kurze Stadtchronik und etwas statistisches Material, der besondere Theil nur kurze Angaben über die voraussichtlichen Ergebnisse der Verwaltung bei den einzelnen Etats. Die Erstattung ausführlicher Berichte für die einzelnen Verwaltungszweige wird in Angriff genommen werden, sobald der Final-Abschluß vorliegt.

Die Ungunst der wirthschaftlichen Verhältnisse, unter der fast alle Zweige des gewerblichen Lebens schwer zu leiden hatten, ist auch an unserer Stadt nicht spurlos vorübergegangen und auf die Ergebnisse der Verwaltung des ablaufenden Wirthschaftsjahres nicht ohne Einfluß geblieben. In einigen Verwaltungszweigen haben die Ausgaben den Voranschlag überschritten, in anderen die Einnahmen denselben nicht erreicht. Eine Ueberschreitung der Ausgaben wird namentlich bei dem Extraordinarium des Kämmereifonds eintreten. Dagegen haben einige Betriebsverwaltungen größere Ueberschüsse als veranschlagt ergeben, sogar bei den Gemeindesteuern kann auf ein mäßiges Mehr gerechnet werden, sodaß mit Sicherheit angenommen werden kann, daß in dem Gesammtergebniß der Finalabschluß nicht ungünstiger sein wird als der Voranschlag. Freilich kann nicht erwartet werden, daß, wie in den vergangenen Jahren, die zur Balancirung des Hauptetats in Einnahme gestellten Entnahmen aus den Ueberschüssen der Vorjahre am Jahresschluß ungemindert zur Verfügung bleiben. Es ist sogar möglich gewesen den Entwurf zum Hauptetat für 1902 ohne Steuererhöhung und unter geringerer Inanspruchnahme des Betriebsfonds als im ablaufenden Jahre im Gleichgewicht zu halten, obwohl auch dieses Mal das Extraordinarium des Baufonds noch mit erheblichen aus laufenden Mitteln zu deckenden Ausgaben belastet ist.

In hervorragendem Maße ist die Thätigkeit der städtischen Verwaltung in Anspruch genommen gewesen durch die Schwierigkeiten, in welche die Nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerke durch den Zusammenbruch zweier Dresdener Firmen gerathen waren. Dank dem energischen Eingreifen der Königlichen Staatsregierung ist es unter Führung der Königlichen Seehandlung gelungen, ein Consortium zu bilden, welches durch Hergabe eines hypothekarischen Darlehns den Nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerken die Fortführung ihrer Geschäfte, sowie die Vollendung und Inbetriebnahme des im Bau begriffenen Stahl- und Walzwerkes auf dem Holm ermöglichen wird. Diesem Consortium ist neben der Königlichen Seehandlung, der Danziger Privat-Aktienbank, der Aktien-Gesellschaft Holm und einigen namhaften schlesischen Industriellen auch die Stadt Danzig mit einem Betrage von 250000 Mark beigetreten.

Da mit Rücksicht auf die ungünstigen wirthschaftlichen Verhältnisse damit gerechnet werden muß, daß das Steueraufkommen der Stadt in den nächsten Jahren nicht wachsen, wahrscheinlich aber sogar einen Rückgang erfahren wird, war es Pflicht der städtischen Verwaltung, für die nächsten Jahre einen Arbeitsplan zu entwerfen, welcher den Stadtsäckel besonders hoch belastende Aufgaben möglichst weit hinausschiebt, aber auch einen Stillstand in der Entwickelung unseres Gemeinwesens vermeidet.

Demzufolge ist mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde beschlossen worden den Bau des neuen Krankenhauses, welcher einen Aufwand von erheblich über drei Millionen erfordern wird, um 3 Jahre

zu verschieben, dagegen den Neubau einer Oberrealschule und eines neuen Gebäudes für die Stadtbibliothek, welche zusammen annähernd eine Million kosten werden, sofort in Angriff zu nehmen. Durch die Inangriffnahme dieser Bauten ist die Möglichkeit geboten dem schwer darnieder liegenden Baugewerbe für die nächsten Jahre ein gewisses Maß von Arbeit zu sichern. Außerdem wird mit der Fertigstellung des neuen Gebäudes für die Oberrealschule einem dringenden Bedürfniß der letzteren abgeholfen und gleichzeitig durch das Freiwerden der von ihr bis jetzt benutzten Räume der Petrischule die nothwendige Eröffnung neuer Mittelschulen ermöglicht sein.

Die besondere Aufmerksamkeit der städtischen Verwaltung nahm seit dem Herbst v. Js. der zunehmende Mangel an Arbeitsgelegenheit in Anspruch. Es ist deshalb im November v. Js. ein städtischer Arbeitsnachweis eingerichtet und durch die Ausführung von Nothstandsarbeiten in der Zeit von November v. Js. bis Mitte März d. Js. 6—700 Familienväter dauernd Arbeitsgelegenheit geboten.

Gleichzeitig mit dem Beschluß über die Verschiebung des Lazareth-Neubaues wurde auch beschlossen, das neue Krankenhaus nicht, wie ursprünglich in Aussicht genommen, auf dem sog. Uphagen'schen Grundstücke in Langfuhr, sondern auf dem Hartmann'schen Grundstück in Zigankenberg zu bauen und die auf diesem Grundstücke erforderlichen nicht unerheblichen Erdarbeiten mit Rücksicht auf den herrschenden Mangel an Arbeitsgelegenheit sofort in Angriff zu nehmen. Diese Arbeiten sind bereits vergeben und begonnen und werden mehrere Monate hindurch 2 bis 300 Arbeitern Beschäftigung bieten. Mit dem Beginn dieser Arbeiten sind die eigentlichen Nothstandsarbeiten in entsprechendem Umfange eingestellt

Von besonderer Wichtigkeit waren im ablaufenden Verwaltungsjahre die Beschlüsse der städtischen Körperschaften über die Anstellung von Schulärzten und die Reorganisation der Schulvorstände, über die Einführung der Generalvormundschaft, eine anderweite Regelung der Waisenpflege und über die Beaufsichtigung der Ziehkinder. Es steht zu hoffen, daß mit diesen Einrichtungen, welche alle mit dem 1. April in Kraft treten ein segensreicher Fortschritt auf dem Gebiete der Jugendfürsorge eingeleitet wird.

Endlich hat die Stadtverordneten-Versammlung einer Vorlage des Magistrats wegen Eingemeindung der Ortschaften Hochstrieß, Zigankenberg und Heiligenbrunn zugestimmt.

Die städtischen Betriebsverwaltungen haben sich in erfreulicher Weise weiter entwickelt. Das neue Wasserwerk auf der Steinschleuse geht seiner Vollendung entgegen und wird im Laufe des Sommers in Betrieb genommen werden. Die Erweiterung des Wasserwerkes in Pelonken durch Errichtung eines Brunnens mit Pumpanlage in der Nähe des Gehöftes „Friedensschluß" bei Oliva ist in der Ausführung begriffen. Nur die Vorarbeiten für die Kanalisation von Neufahrwasser haben nicht in erwünschter Weise gefördert werden können, weil die Firma, welche mit der Ausarbeitung der Projekte betraut war, in Conkurs gerieth und z. Zt. über die Berechtigung zur Ausnutzung des Patentes für das anzuwendende Klärverfahren ein Rechtstreit schwebt, vor dessen Beendigung die städtische Verwaltung in weitere Verhandlungen nicht eintreten kann.

Die Vorarbeiten für die Errichtung einer neuen Gasanstalt auf dem städtischen Kielmeisterlande und einem Theile des angrenzenden vom Marinefiskus erworbenen Geländes am Bastion „Mottlau" sind im Gange.

Die im vergangenen Jahre begonnenen Bauten für neue Elementarschulen in Schidlitz und in Neufahrwasser, der Bau einer Turnhalle mit Schul- und Volksbad auf dem Hakelwerk und der Neubau der Kuhbrücke sind soweit gefördert, daß auf ihre Vollendung im Laufe dieses Kalenderjahres bestimmt gerechnet werden kann.

Ebenso sind die der Aktien-Gesellschaft „Holm" übertragenen Arbeiten zum Ausbau der Schuitenlake schon erheblich fortgeschritten.

Die Vermehrung und Verbesserung der kleinen Wohnungen hat auch im ablaufenden Jahre die städtische Verwaltung wiederholt beschäftigt. Die Bearbeitung dieser wichtigen Angelegenheit ist einem ständigen Ausschuß der neu gebildeten Gesundheitskommission übertragen. Die Bestrebungen der in der Stadt bestehenden gemeinnützigen Vereine und Genossenschaften, welche sich die Schaffung gesunder und billiger Arbeiterwohnungen zur Aufgabe gestellt haben, stoßen bei uns auf besondere Schwierigkeiten, weil es an geeignetem Baugelände fehlt. Insbesondere hat die Stadt den Anträgen dieser Vereine wegen Ueberlassung geeigneten Geländes bis jetzt nicht entsprechen können. Es schweben indessen Verhandlungen, die uns zu der Hoffnung berechtigen, daß die Stadt demnächst in die Lage kommen wird, zweckentsprechend gelegene Baustellen zu einem Preise zu erschließen, welcher eine Bebauung mit Arbeiterwohnungen ermöglicht.

Mit dem in der Einleitung zum vorjährigen Verwaltungsbericht in Aussicht gestellten Umgestaltung unseres Steuerwesens ist begonnen. Die Stadtverordneten-Versammlung hat der vom Magistrat gemachten Vorlage wegen Einführung einer städtischen Biersteuer zugestimmt; die neue Steuer tritt mit dem 1. April d. Js. in Kraft.

Eine Vorlage wegen Einführung der Besteuerung der Grundstücke nach dem gemeinen Werth ist in Arbeit und wird der Stadtverordneten-Versammlung voraussichtlich im Laufe des Sommers zugehen.

A. Allgemeiner Theil.

I. Stadt-Chronik 1901/02.

13. Februar 1901.		Ihre Excellenz, Frau Oberpräsident von Goßler, unter großer Trauer und allgemeiner Theilnahme in Stadt und Provinz aus dem Leben geschieden.
18. März	„	Die neu errichtete Westpreußische Handwerkskammer hält ihre erste Plenarsitzung in Danzig ab.
22. März	„	Die Stadtverordneten-Versammlung nimmt die Vorlage, betr. die Hafenerweiterung an.
30. März	„	Seine Königliche Hoheit Prinz Heinrich weilt in Danzig.
1. April	„	Taufe des Kanonenboots „Panther" durch Ihre Excellenz Frau General von Lentze.
28. April	„	Eisenbahndirektions-Präsident Greinert verstorben.
7. Mai	„	Eröffnung der Elektrischen Straßenbahn Danzig-Langfuhr-Oliva und Langfuhr-Brösen.
13. Mai	„	Bei der Concurrenz für das Projekt des in Danzig zu errichtenden Kriegerdenkmals erhält den I. Preis der Professor Behrens-Breslau, welchem auch die Ausführung des Denkmals übertragen ist.
25. Mai	„	Se. Majestät der Kaiser besichtigt den auf der Schichauwerft gebauten russischen Kreuzer „Rowik" und begiebt sich dann nach Langfuhr zu den Leibhusaren.
6. Juni	„	Taufe des Linienschiffes S. M. S. „Wettin" durch die Prinzessin Isabella von Sachsen und deren Gemahl, den Prinzen Johann Georg von Sachsen.
20. Juni	„	Anwesenheit des Finanzministers Freiherrn von Rheinbaben und des Ministers des Innern Freiherrn von Hammerstein in Danzig.
2. Juli	„	Anwesenheit des Kultusministers Dr. Studt in Danzig.
22./23. Juli	„	Anwesenheit des Handelsministers Möller in Danzig.
8. August	„	Provinzial-Steuerdirektor Geh. Oberfinanzrath Erdmann verstorben.
10. August	„	Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigt die Vorlage auf Einführung der Biersteuer vom 1. April 1902 ab.
3. September	„	Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigt die Vorlage, betr. die Anstellung von Schulärzten.
9. September	„	Se. Majestät der Kaiser Wilhelm II. trifft auf der Danziger Rhede ein.
11. September	„	Zusammenkunft Sr. Majestät des Kaisers mit dem Zaren Nicolaus auf der Danziger Rhede.
12./13. Sept.	„	Flottenparade vor Neufahrwasser.
13. September	„	Se. Majestät der Kaiser legt mit der „Hohenzollern" in Neufahrwasser an.

14. September 1901.		Se. Majestät der Kaiser zieht in feierlicher Weise in Danzig ein und nimmt aus der Hand des Ober-Bürgermeisters Delbrück vor dem Artushofe den Ehrentrunk entgegen. Se. Majestät führt das II. Leibhusaren-Regiment in die neue Kaserne zu Hochstrieß, wo es mit dem Schwesterregiment zur „Leibhusaren-Brigade" vereinigt wird.
14. September	„	Ihre Majestät die Kaiserin wohnt der Einweihung des Auguste-Viktoria-Stiftes hierselbst und der Heilandskirche in Schidlitz bei.
15. September	„	Ihre Majestät die Kaiserin besucht die innere Stadt und besichtigt das Rathhaus und den Artushof.
20. September	„	Ihre Majestäten verlassen unsere Stadt.
22. September	„	Die Friedrich-Wilhelm-Schützenbrüderschaft feiert ihr 550jähriges Bestehen.
23. September	„	Begrüßung der Friedrich-Wilhelm-Schützenbrüderschaft hierselbst durch den Oberbürgermeister Delbrück von der Freitreppe des Rathhauses aus.
28. September	„	Feier des 100jährigen Bestehens des Conradinums.
1. Oktober	„	50jähriges Dienstjubiläum Sr. Excellenz des Kommandirenden Generals des XVII. Armeecorps Herrn von Lentze.
7. Oktober	„	Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers in Langfuhr.
11. Oktober	„	Zweite westpreußische Obstausstellung in Danzig.
5. November	„	Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigt die vom Magistrat eingebrachte Vorlage, betr. Creditbewilligung von 25000 Mk. zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Danzig.
9. November	„	Geh. Commerzienrath Damme legt sein Amt als Vorsteher der Kaufmannschaft nieder.
18. November	„	Brand der Zuckerraffinerie in Neufahrwasser.
5. Dezember	„	Den Nordischen Elektricitäts- und Stahlwerken, A.-G. zu Danzig, welche in finanzielle Schwierigkeiten gerathen ist, wird zur Sanirung ihrer Verhältnisse seitens der Stadt ein hypothekarisches Darlehn von 250000 Mk. bewilligt.
6. Dezember	„	Brand eines Theiles der Schichau-Werft.
11. Januar 1902.		Die Stadtverordneten-Versammlung bewilligt einen ferneren Credit von 25000 Mk. zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
27. Januar	„	Se. Majestät der Kaiser verleiht dem in Danzig garnisonirenden Infanterie-Regiment Nr. 128 die Bezeichnung: „Danziger Infanterie-Regiment Nr. 128".

A. II. Standesamtliche Mittheilungen.

A. Geburten.

Im Jahre	Im Ganzen	Davon männlich	weiblich	ehelich	unehelich	lebend	todt	Einzeln-Geburten	Zwillings-Geburten	Drillings-Geburten
1894	4259	2236	2023	3673	586	4112	147	4143	55	2
1895	4269	2198	2071	3706	563	4102	167	4157	56	—
1896	4364	2273	2091	3792	572	4229	135	4280	42	—
1897	4516	2244	2272	3915	601	4353	163	4386	65	—
1898	4698	2437	2261	4082	616	4555	143	4567	64	1
1899	4878	2522	2356	4214	664	4729	149	4786	46	—
1900	4957	2518	2439	4348	609	4779	178	4841	58	—
1901	5268	2724	2544	4643	625	5107	161	5116	76	—
Gegen das Vorjahr mehr	311	206	105	295	16	328	—	275	18	—
weniger	—	—	—	—	—	—	17	—	—	—

Die in der vorstehenden Tabelle A enthaltene Zahl der unehelichen Geburten 625 oder 11,86 % aller Geburten ist anscheinend groß. Dieselbe würde jedoch nicht unbedeutend reduzirt werden können, wenn es möglich wäre, diejenigen Fälle auszuscheiden, in denen unverehelichte Mütter aus auswärtigen Standesamtsbezirken hier — in der Provinzial-Hauptstadt — für die Zeit ihrer Niederkunft eine Zufluchtsstätte gesucht und eine solche nicht allein in der Hebeammen-Lehranstalt oder im Stadtlazareth, sondern auch bei Hebeammen selbst und bei Privatleuten gefunden haben.

Es wurden nämlich:

1. Im Hebeammen-Lehr-Institut:

im Jahre 1894: 262 Kinder, davon 198 unehelich;
im Jahre 1895: 273 Kinder, davon 196 unehelich;
im Jahre 1896: 272 Kinder, davon 202 unehelich;
im Jahre 1897: 336 Kinder, davon 250 unehelich;
im Jahre 1898: 358 Kinder, davon 260 unehelich;
im Jahre 1899: 376 Kinder, davon 249 unehelich;
im Jahre 1900: 317 Kinder, davon 229 unehelich;
im Jahre 1901: 370 Kinder, davon 260 unehelich geboren.

2. Im städtischen Lazareth:

im Jahre 1894: 92 Kinder, davon 70 unehelich;
im Jahre 1895: 102 Kinder, davon 75 unehelich;
im Jahre 1896: 98 Kinder, davon 69 unehelich;
im Jahre 1897: 69 Kinder, davon 58 unehelich;
im Jahre 1898: 67 Kinder, davon 57 unehelich;
im Jahre 1899: 78 Kinder, davon 69 unehelich;
im Jahre 1900: 91 Kinder, davon 77 unehelich;
im Jahre 1901: 90 Kinder, davon 70 unehelich geboren.

3. Im Central-Gefängniß:

in den Jahren 1894/95 daselbst Geburten nicht vorgekommen sind;
im Jahre 1896: 3 Kinder, davon 1 unehelich;
im Jahre 1897: 1 uneheliches Kind;
im Jahre 1898 kein Kind;
im Jahre 1899 kein Kind;
im Jahre 1900 kein Kind;
im Jahre 1901 kein Kind geboren.

4. Im städtischen Arbeitshaus ist 1901 kein Kind geboren.

5. Im St. Marien-Krankenhaus

ist im Jahre 1894 1 Kind unehelich geboren worden, im Jahre 1895, 1896 und 1898 sind uneheliche Geburten nicht vorgekommen.

Im Jahre 1897 ist in den Anstalten zu 4 und 5 je ein Kind unehelich geboren.

Im Jahre 1899 sind im städtischen Arbeitshause 2 Kinder, davon 1 unehelich geboren.

Im Jahre 1900 sind in den Anstalten zu 4 und 5 „keine" Kinder geboren.

Im Jahre 1901 ist ein Kind ehelich geboren.

6. Im Diakonissen-Krankenhause

ist im Jahre 1896 1 eheliches und im Jahre
1898 1 uneheliches Kind,
1899 kein Kind;
1900 1 uneheliches Kind;
1901 1 eheliches Kind geboren.

B. Eheschließungen.

Jahrgang.	Im Ganzen	Darunter sind Ehen, bei welchen die beiden Ehegatten: a. gleicher Konfession angehörten: evangelisch	katholisch	jüdisch	gleicher christlicher Sekte	b. verschiedenen Konfessionen angehörten: Mann evangelisch, Frau katholisch	Mann evangelisch, Frau christlicher Sekte angehörig	Mann evang. bezw. kath., Frau jüdisch	Mann einer christlichen Sekte angehörig, Frau evangelisch	Mann einer christlichen Sekte angehörig, Frau katholisch	Mann katholisch, Frau evangelisch	Mann katholisch, Frau einer christlichen Sekte angehörig	Mann jüdisch, Frau evangelisch oder katholisch	Mann konfessionslos, Frau einer christlichen Sekte angehörig	Mann und Frau verschiedenen christlichen Sekten angehörig	Ohne Religion
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1894	1027	518	209	6	7	130	24	—	17	4	111	1	—	—	—	—
1895	1060	563	239	11	3	129	8	—	8	—	92	1	4	2	—	—
1896	1114	616	218	12	—	143	6	1	9	1	108	—	—	—	—	—
1897	1144	560	260	20	2	149	26	1	8	1	112	2	—	1	1	1
1898	1229	680	232	11	2	171	9	1	5	4	107	4	—	3	—	—
1899	1257	611	299	13	—	146	20	3	18	1	140	1	2	3	—	—
1900	1309	669	285	15	4	164	17	1	7	3	134	5	2	1	—	2
1901	1272	693	254	21	—	163	2	1	2	1	124	1	1	2	4	3
Gegen das Vorjahr mehr	—	24	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	4	1
weniger	37	—	31	—	4	1	15	—	5	2	10	4	1	—	—	—

Unter den obigen Paaren befanden sich

1894
Verwittwet: 119 Männer und 82 Frauen.
Geschieden: 32 Männer und 23 Frauen.

1895
135 Männer und 76 Frauen.
50 Männer und 22 Frauen.

1896
Verwittwet: 103 Männer und 68 Frauen.
Geschieden: 30 Männer und 33 Frauen.

1897
95 Männer und 72 Frauen.
29 Männer und 25 Frauen.

1898
Verwittwet: 97 Männer und 79 Frauen.
Geschieden: 35 Männer und 25 Frauen.

1899
111 Männer und 84 Frauen.
35 Männer und 34 Frauen.

1900
Verwittwet: 115 Männer und 68 Frauen.
Geschieden: 27 Männer und 22 Frauen.

1901
130 Männer und 91 Frauen.
24 Männer und 32 Frauen.

Der sozialen Stellung nach haben die Ehe geschlossen:

Jahrgang	Im Ganzen	Gelehrte	Beamte	Kaufleute	Handwerker: Meister	Handwerker: Gesellen	Militärs	Rentiers	Landwirthe	Schiffskapitäne	Arbeiter	Dienstboten	Gastwirthe	ohne bestimmte Stell.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1894	1027	8	95	83	124	349	45	12	9	10	263	18	10	1
1895	1060	22	85	103	82	344	57	16	5	9	286	32	8	11
1896	1114	19	102	108	111	367	35	12	9	16	281	37	9	8
1897	1144	10	113	105	98	395	42	13	15	7	302	27	3	14
1898	1229	11	134	86	97	519	39	15	18	9	251	27	14	9
1899	1257	7	122	114	117	486	42	7	22	10	263	44	14	9
1900	1309	10	145	127	123	518	50	6	19	12	251	20	14	14
1901	1272	15	116	142	79	500	53	4	16	13	283	24	16	11
Gegen das Vorjahr mehr	—	5	—	15	—	—	3	—	—	1	32	4	2	—
weniger	37	—	29	—	44	18	—	2	3	—	—	—	—	3

C. Todesfälle.

Im Jahre	Die Zahl der Sterbefälle betrug		Unter den in Kolonne 2 aufgeführten Gestorbenen, excl. der in Kol. 3 aufgeführten Todtgeburten, waren		Hiervon sind gestorben im Alter											
					bis zu einem Jahr		von 1—5 Jahren									
	im Ganzen	hierunter Todtgeburten	männlich	weiblich	ehelich	unehelich	ehelich	unehelich	6 bis 15 Jahre	16 bis 20 Jahre	21 bis 30 Jahre	31 bis 40 Jahre	41 bis 60 Jahre	61 bis 80 Jahre	81 und darüber	Alter unbekannt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1894	3136	147	1575	1414	850	236	291	20	117	65	141	184	448	557	80	—
1895	3372	167	1705	1500	975	234	292	21	121	37	125	197	482	604	117	—
1896	2894	135	1277	1482	840	195	173	22	74	47	128	187	467	529	97	—
1897	3510	163	1763	1584	1066	255	350	36	100	50	154	185	480	547	124	—
1898	3106	144	1569	1393	904	204	221	21	103	45	133	163	473	559	136	—
1899	3289	149	1622	1518	1026	233	216	24	94	66	144	156	488	541	152	—
1900	4082	178	2062	1842	1261	269	368	37	129	45	185	218	524	692	176	—
1901	3524	161	1808	1555	1123	236	271	18	99	48	180	167	463	601	156	1
Gegen das Vorjahr mehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	1
weniger	558	17	254	287	138	33	97	19	30	—	5	51	61	91	20	—

Vergleichende Uebersicht

der Todesursachen der in den Jahren 1894/1901 in Danzig Gestorbenen.

In der Zeit	Pocken	Masern und Röteln	Scharlach	Diphtherie und Croup	Unterleibstyphus incl. gastrisches Nervenfieber	Flecktyphus	Cholera asiatica	Akute Darmkrankheiten einschl. Brechdurchfall, darunter		Brechdurchfall von Kindern bis zu 1 Jahr	Kindbett-(Puerperal-)Fieber	Lungenschwindsucht	Akute Erkrankungen der Athmungsorgane	Alle übrigen Krankheiten	Gewaltsamer Tod		
									Brechdurchfall aller Altersklassen						Verunglückung oder nicht näher festgestellte gewaltsame Einwirkung	Selbstmord	Todtschlag
									a	b					a	b	c
Vom 1. Januar bis 31. Dez. 1894	—	11	93	77	20	1	10	395	348	323	11	278	315	1697	56	20	5
Vom 1. Januar bis 31. Dez. 1895	1	19	59	46	15	1	—	576	501	470	8	260	346	1784	53	30	7
Vom 1. Januar bis 31. Dez. 1896	—	9	3	39	10	—	—	426	379	361	11	270	262	1598	87	31	13
Vom 1. Januar bis 31. Dez. 1897	—	19	5	81	26	—	—	637	597	548	8	241	457	1760	73	30	10
Vom 1. Januar bis 31. Dez. 1898	—	7	2	82	12	—	—	448	430	399	10	288	307	1695	64	36	11
Vom 1. Januar bis 31. Dez. 1899	1	24	7	31	29	—	—	628	602	556	10	257	278	1764	84	23	4
Vom 1. Januar bis 31. Dez. 1900	—	91	38	47	24	—	—	834	812	778	17	346	508	1883	76	35	5
Vom 1. Januar bis 31. Dez. 1901	—	3	43	47	11	—	—	637	611	575	9	261	309	1917	74	38	14
Gegen das Vorjahr mehr	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34	—	3	9
weniger	—	88	—	—	13	—	—	197	201	203	8	85	199	—	2	—	—

A. III. Wahlangelegenheiten.

Vertreter der Stadt Danzig (des III. Wahlkreises des Regierungsbezirks Danzig) im Deutschen Reichstage ist der am 24. Juni 1898 in der Stichwahl mit dem sozialistischen Kandidaten, Volksanwalt Storch zu Stettin gewählte freisinnige Abgeordnete, Herr Heinrich Rickert.

Im Preußischen Abgeordnetenhause wird die Stadt durch drei Abgeordnete, die am 3. Novbr. 1898 gewählten Herren Heinrich Rickert, Stadtrath Ehlers-Danzig und Gutsbesitzer Schahnasjan-Altdorf vertreten.

Im Preußischen Herrenhause vertritt der durch Allerhöchsten Erlaß vom 5. Oktober 1896 zum Mitgliede des Hauses ernannte Oberbürgermeister Delbrück die Stadt.

Im Westpreußischen Provinzial-Landtage endlich sind Vertreter der Stadt der Oberbürgermeister Delbrück, Stadtrath Kosmack, Stadtverordneter Berenz und Stadtverordneter, Königl. geheimer Baurath Breidsprecher.

Der Stadtrath Kosmack ist auch Mitglied des Provinzial-Ausschusses, der Geh. Kommerzienrath Damme Mitglied des Provinzialraths und der Bürgermeister Trampe Mitglied des Bezirks-Ausschusses für den Regierungsbezirk Danzig.

A. IV. Die Stadtverordneten-Versammlung.

Von den 60 Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung, welche in dem Berichte für das Jahr 1900 nachgewiesen worden sind, hat inzwischen der Stadtverordnete Kownatzki aus Gesundheitsrücksichten durch Schreiben vom 28. Dezember 1901 sein Mandat niedergelegt. Ueber die Wahl des Rentiers Hermann Boldt, deren Gültigkeit nach dem vorjährigen Berichte strittig war, ist vor kurzem Entscheidung ergangen. Dieselbe ist uns indessen noch nicht zugestellt.

Ueber die Wahlberechtigung und Steuerleistung der Gemeindewähler geben wir für das Jahr 1901 die nachstehende Darstellung:

Abtheilungen	Zahl der wahlberechtigten Wähler	Steuerbetrag der Wähler.		Durchschnittssteuerbetrag auf den einzelnen Wähler.	
		M.	₰	M.	₰
III.	14150	687036	22	48	55
II.	1925	1077914	89	559	96
I.	331	1079437	57	3261	14
Summe	16406	2844388	68		

Abtheilung III.			
Wahlbezirk	Zahl der wahlberechtigten Wähler	Steuerbetrag der Wähler	
		M.	₰
1	3174	182941	82
2	5646	255550	91
3	5330	248543	49
Summe	14150	687036	22

Das auf jede der drei Wählerabtheilungen entfallende Drittel der Gesammtsumme der Steuerbeträge aller Wähler beträgt 948129,56 Mk. Indessen dieser Betrag hat dadurch eine nicht unerhebliche Veränderung — und zwar in jeder Abtheilung — erfahren, daß alle Wähler, deren Steuerbetrag den Durchschnitt der auf den einzelnen Wähler treffenden Steuerbeträge, nämlich den Betrag von 251,28 Mk., übersteigt, in Gemäßheit des § 2 des Gesetzes, betreffend die Bildung der Wählerabtheilungen bei den Gemeindewahlen vom 30. Juni 1900 aus der III. in die II. und I. Abtheilung überwiesen worden sind. Aus dieser Verschiebung erklärt es sich, daß der ursprünglich auf die III. Abtheilung entfallende Gesammtsteuerbetrag von 948129,56 Mk. — wie die vorstehende Tabelle ersehen läßt — auf den Betrag von 687036,22 Mk. zurück gegangen ist, während die Gesammtsteuerbeträge der II. und I. Abtheilung einen entsprechenden Zuwachs erhalten haben.

Die zur Ausführung des obengedachten Gesetzes erforderlichen Vorschriften haben wir unterm 30. Mai 1901 erlassen. Wir haben danach von der uns durch das Gesetz gegebenen Befugniß, für jeden Abstimmungsbezirk bezw. für jede Gruppe von Wählern innerhalb der Wahlbezirke eigene Wahlvorstände zu bestellen, Gebrauch gemacht. Es entspricht dies einer bereits für die Wahlen des Jahres 1898 durchgeführten Einrichtung, welche sich damals auch bewährt hatte, von welcher aber für die Wahlen von 1900 gemäß dem Erkenntnisse des Oberverwaltungsgerichts vom 3. Oktober 1899 wieder abgegangen werden mußte. Oertliche Abstimmungsbezirke bestehen zusammen 14 für die 3 Wahlbezirke der III. Abtheilung; während die II. Abtheilung in 2 Gruppen nach dem Alphabet eingetheit worden und die I. Abtheilung einheitlich den ganzen Stadtkreis umfaßt.

Das Bureau der Stadtverordneten-Versammlung ist für das Kalenderjahr 1902, wie folgt, gebildet worden. Es sind in der Sitzung vom 11. Januar 1902 gewählt:

1. Zum Stadtverordneten-Vorsteher Herr R. Keruth,
2. zu dessen 1. Stellvertreter Herr O. Münsterberg,
3. „ „ 2. „ Herr E. Berenz,
4. zum Schriftführer Herr Syring,
5. „ Ordner Herr Rabe,
6. „ stellvertretenden Ordner Herr Mix.

A. V. Der Stadtausschuß.

Der Stadtausschuß besteht aus dem Oberbürgermeister bezw. Bürgermeister als Vorsitzenden und den Stadträthen Dr. Bail, Gronau, Dr. Helm und Claaßen als Beisitzern.

Ueber die Thätigkeit des Stadtausschusses in dem Kalenderjahr 1901 giebt die nachstehende Tabelle Auskunft:

I.	II.		III. Zahl der Streitsachen.							F. Die neu eingegangenen Streitsachen betrafen Angelegenheiten der Gewerbepolizei und zwar Anträge auf Ertheilung der Erlaubniß zum Betriebe:					
			A	B	C	D			E	a	b	c	d	e	
						Davon (C) sind erledigt									
Zahl der Sitzungen.	Zahl der Termine mit mündlicher Verhandlung überhaupt.	insbesondere in Beschlußsachen.	Neu eingegangen.	Aus dem Vorjahre unerledigt übernommen.	Zusammen (A. und B.)	Durch Endurtheil.	auf and. Weise (Anerkenntniß, Vergleich, Zurücknahme)	Summe.	Unerledigt geblieben.	Der Gastwirthschaft.	Der Schankwirthschaft.	Des Wein- und Bierschanks.	Des Ausschanks von Thee, Kaffee, Mineralwasser u. dgl.	Des Kleinhandels mit Spirituosen.	Zusammen.
9	137	3	130	4	134	73	59	132	2	4	74	30	—	22	130
					Hiervon sind: a. konzessionirt					1	1	8	—	2	12
					b. versagt					2	37	8	—	12	59
					c. zurückgezogen . . .					1	35	13	—	8	57
					d. unerledigt					—	1	1	—	—	2
					Summe wie oben					4	74	30	—	22	130

IV. Zahl der Beschlußsachen.							F. Die neu eingegangenen Beschlußsachen betrafen										
A	B	C	D			E	a	Angelegenheiten der Gewerbepolizei und zwar Anträge auf Ertheilung der Erlaubniß									m
			Davon (C) sind erledigt					b	Zum Betriebe								
									c	d	e	f	g	h	i	k	l	
Neu eingegangen.	Aus dem Vorjahre unerledigt übernommen.	Zusammen (A. und B.)	Durch Beschluß.	Auf andere Weise, Zurücknahme 2c.	Zusammen.	Unerledigt geblieben.	Armenangelegenheiten.	Zur Errichtung gewerblicher Anlagen.	der Gastwirthschaft.	der Schankwirthschaft.	Des Ausschanks von Wein und Bier.	des Ausschanks von Thee, Kaffee, Mineralwasser.	des Kleinhandels mit Spirituosen.	des Pfandleihgewerbes	des Gifthandels.	Zur Veranstaltung von Singspielen.	des Gesindevermiethergewerbes.	Fristbewilligungen.
160	—	160	160	—	160	—	7	2	12	19	82	1	1	—	8	—	28	—
					Hiervon sind: a. konzessionirt		—	2	12	19	82	1	1	—	8	—	24	—
					b. versagt		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—
					c. verurtheilt		7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
					Summe wie oben		7	2	12	19	82	1	1	—	8	—	28	—

Erläuterung:

Schankkonzessionen sind demnach ertheilt:

a. im Verwaltungsstreitverfahren	1	1	8	—	2	—	—	—	—
b. im Beschlußverfahren	12	19	82	1	1	—	—	—	—
Gesammtsumme der ertheilten Schankkonzessionen	13	20	90	1	3	—	—	—	—

Zu Kolonne F. c.

Die Inhaber von 3 Lokalen haben im Laufe des Jahres zweimal gewechselt, so daß auf 3 Hotels sechs der ertheilten Konzessionen entfallen. 6 Konzessionirungen fanden in Folge einmaligen Personenwechsels statt.

Zu Kolonne F. d.

6 der hier aufgeführten Konzessionen sind in Folge Ausdehnung des schon bestehenden Geschäftsbetriebes auf andere Räume ertheilt worden; in 12 Fällen handelt es sich auch hier um Personenwechsel. Ein Lokal hat den Konzessionsinhaber zweimal gewechselt.

Zu Kolonne F. e.

3 Lokal-Inhaber haben im Jahre zweimal, 1 dreimal gewechselt, so daß auf diese Geschäftslokale 9 Konzessionen entfallen. In 68 Fällen handelt es sich um einmaligen Personenwechsel und in 2 Fällen um Ausdehnung des schon bestehenden Betriebes auf weitere Räume.

Zu Kolonne F. g.

Sämmtliche Konzessionen betreffen den Verkauf von Spirituosen in verschlossenen Flaschen.

Jahr	Gegenstand des Konzessionsantrages.																				Summa.
	Gast- resp. Herbergswirthschaft:					**Schankwirthschaft** einschließlich Ausschank von Grog und Liqueuren:					**Ausschank von Bier, Wein, Thee, Kaffee, Milch und Mineralwasser:**					**Kleinhandel mit Spirituosen** einschl. Verkauf von Spirituosen in verschlossenen Flaschen:					
	konzessionirt	eingegangen	mehr	weniger	Bestand ultimo Dezember	konzessionirt	eingegangen	mehr	weniger	Bestand ultimo Dezember	konzessionirt	eingegangen	mehr	weniger	Bestand ultimo Dezember	konzessionirt	eingegangen	mehr	weniger	Bestand ultimo Dezember	
1898	13	14	—	1	70	80	69	11	—	**343**	77	76	1	—	**276**	12	12	—	—	76	765
1899	14	14	—	—	70	51	73	—	22	**321**	91	62	29	—	**305**	5	9	—	4	72	768
1900	9	10	—	1	69	42	56	—	14	**307**	73	66	7	—	**312**	6	7	—	1	71	759
1901	13	13	—	—	69	20	39	—	19	**288**	91	95	—	4	**308**	3	6	—	3	68	733

Die Zahl der Branntweinschankwirthschaften hat sich erfreulicherweise auch im Berichtsjahre wiederum verringert. **Es sind 19 Branntweinschankwirthschaften und 3 Spirituosenverkaufsstätten** eingegangen. Auch die Zahl der Schankstätten für Wein und Bier pp. ist zurückgegangen. Konzessionirt wurden 91, während 95 dieser Schankstätten eingegangen sind.

Wenn man das Resultat der letzten vier Jahre überblickt, so ergiebt obige Zusammenstellung, daß die Zahl der Branntweinschankstätten von **343 im Jahre 1898 auf 288 im Berichtsjahre, also um 55 zurückgegangen ist.**

Die Zahl der Schankwirthschaften **für Wein und Bier** hat sich im Berichtsjahre um 4 verringert, ist aber nach dem Resultat der letzten vier Jahre immer noch **von 276 im Jahre 1898 auf 308 im Berichtsjahre, also um 32 gestiegen.**

Die im Vorjahre festgestellte, allerdings nur unbedeutende Abnahme der Zahl der Spirituosenverkaufsstätten (Kleinhandel mit Spirituosen einschließlich Verkauf von Spirituosen in Flaschen) hat auch im Berichtsjahre angehalten. Während im Jahre 1898 76 derartiger Verkaufsstätten vorhanden waren, verblieben am Jahresschlusse 1901 68 solcher Verkaufsstellen; es sind mithin 8 eingegangen.

Nach der im November 1901 erfolgten Personenstandsaufnahme betrug die Einwohnerzahl Danzigs 140 726.

Es entfallen hiernach:

1 Gast- resp. Herbergswirthschaft auf 2039,
1 Branntweinschankwirthschaft auf 488,
1 Wein- und Bierausschank auf . . . . . 457 und
1 Spirituosenverkaufsstätte auf 2069

Bewohner.

Der **Gesammtbestand** der Schankstätten ist von **765** im Jahre **1898** auf **733 im Berichtsjahre,** also **um 32 zurückgegangen.** Demnach entfällt je eine Wirthschaft auf 192 Einwohner.

Was ferner die Errichtung von Dampfkesselanlagen angeht, so sind an derartigen Anlagen konzessionirt worden:

a. Feststehende Kessel 9
b. Lokomobil-Kessel 25
c. Schiffs-Kessel 17
zusammen . . . 51.

An Verwaltungsstreitkosten sind im Kalenderjahr 1901 festgesetzt worden . . . . 658 Mk. — Pf.
davon sind als uneinziehbar niedergeschlagen . . 43 Mk. — Pf.
in Einziehung begriffen . . . . . 28 „ — „
71 „ — „
so daß . . . . . 587 Mk. — Pf.
bei der Kämmereikasse zur Vereinnahmung gelangten.

A. VI. Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung.

Für die Wintermonate des Berichtsjahres war eine erheblich größere Arbeitslosigkeit zu befürchten, als in den vorhergegangenen Jahren. Schon im Sommer und Herbste hatte die Arbeiterschaft vieler Erwerbszeige infolge der im Allgemeinen ungünstigen Geschäftslage weniger als in normalen Jahren verdient. Im Oktober erfolgten dann umfangreiche Entlassungen von Arbeitern in verschiedenen industriellen Etablissements. Auch das Baugewerbe ruhte größtentheils weit früher als sonst, und ebenso fanden die Arbeiter, welche im Hafen bei den Schiffen zu arbeiten pflegten, nur geringe Beschäftigung. Aber auch die Arbeitgeber in kleineren

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W TORUNIU

Betrieben schränkten sich möglichst ein. So drohte für weite Kreise der Arbeiterschaft bittere Noth. Am 18. Oktober fand eine Versammlung von Arbeitslosen statt, in welcher der Magistrat insbesondere ersucht wurde, rechtzeitig Nothstandsarbeiten in Angriff nehmen zu lassen und eine Arbeitsvermittlungsstelle ins Leben zu rufen. Am 22. Oktober wurde diese Resolution den Herren Oberbürgermeiter Delbrück und Bürgermeister Trampe überreicht. Auch die Presse beschäftigte sich sehr eingehend mit der Frage der Arbeitslosigkeit.

Auch an vielen anderen Orten der Monarchie war starker Arbeitsmangel zu befürchten. Der Herr Minister des Innern hatte daher von den Herren Oberpräsidenten Bericht über die Lage des Arbeitsmarktes, den Umfang der Arbeitslosigkeit und die dagegen ergriffenen oder zu ergreifenden Maßnahmen erfordert. Demzufolge fand auf dem hiesigen Oberpräsidium am 28. Oktober eine Besprechung statt, an welcher die Vertreter zahlreicher Behörden, darunter auch der Oberbürgermeister und ein Mitglied des Magistrats Danzig, sowie die Vertreter verschiedener Interessentengruppen theil nahmen. Diese Konferenz ergab, daß die Reichs- und Staatsbetriebe beabsichtigten, ihre Arbeiter den Winter hindurch weiter zu beschäftigen. Neue außergewöhnliche Arbeiten in Angriff zu nehmen und neue Arbeiter einzustellen, sahen sich diese Betriebe allerdings fast sämmtlich nicht in der Lage.

Bezüglich der bereits arbeitslos gewordenen Personen konnte die Stadt hiernach nicht darauf rechnen, daß sich bald von selbst neue Arbeitsgelegenheiten eröffneten. Wollte sie in ihrem eigenen Interesse und im Interesse ihrer arbeitenden Bevölkerung verhindern, daß weite Kreise der letzteren den Winter hindurch arbeitslos blieben und mit ihren Familien ins Elend geriethen, so mußte sie helfend eingreifen, und für Arbeit sowie für Arbeitsvermittlung zu sorgen bestrebt sein.

Der Magistrat hatte schon eine Zeit lang sein Augenmerk auf die beginnende Arbeitslosigkeit gerichtet. Mitte Oktober war die Angelegenheit im Kollegium besprochen und dabei beschlossen worden, zu prüfen, ob und in wie weit im Bereiche der einzelnen Dezernate sich Arbeiten in Angriff nehmen ließen, bei welchen in der kalten Jahreszeit größere Mengen von Arbeitern Beschäftigung finden könnten. Die Errichtung einer Arbeitsvermittlungsstelle aber hatte der Magistrat schon zu Anfang des Jahres 1901 bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt, noch ehe an die Arbeitslosigkeit im Winter zu denken war. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte am 26. Februar die Angelegenheit einer Kommission überwiesen, welche ihre Berathungen indessen nicht zu Ende geführt hatte. Nunmehr im Oktober entschloß sich der Magistrat, wenigstens vorläufig eine Arbeitsvermittlungsstelle selbstständig in's Leben zu rufen. Sie wurde rein bureaukratisch eingerichtet, erhielt ihr Geschäftszimmer im Erdgeschosse des Rathhauses in einem geräumigen Saale, ward schleunigst mit den nöthigen Formularen für Bücher, Postkarten, Liquidationen u. s. w. versehen, und konnte am 28. Oktober eröffnet werden. Die Verwaltung wurde dem Assistenten Wolter übertragen, der die erforderlichen Hilfskräfte erhielt. Die erwachsenden Kosten wurden zwar besonders notirt, aber auf die bereits bestehenden Etatstitel (für Drucksachen, Hilfsarbeiter u. s. w.) übernommen.

Die Stadt begnügte sich indessen mit diesen Maßnahmen nicht. Unterm 31. Oktober 1901 erbat der Magistrat von der Stadtverordneten-Versammlung zum ersten Male einen Kredit von vorläufig 25000 Mk. zur Inangriffnahme von Arbeiten, welche geeignet seien, den Mangel an Arbeitsgelegenheit für die städtische Arbeiter-Bevölkerung während des bevorstehenden Winters einzuschränken. Die Stadtverordneten-Versammlung sprach am 5. November einmüthig die Bewilligung aus. In der Folge ist es dann nöthig geworden, noch zweimal gleiche Kredite zu erbitten, die am 11. Januar und am 11. Februar ebenfalls widerspruchslos zur Verfügung gestellt worden sind. Bisher können daher 75000 Mk. für die in Angriff genommenen Arbeiten verausgabt werden. Wie viel im ganzen erforderlich sein wird, läßt sich am Tage der Berichterstattung (22. 2.) noch nicht übersehen.

Schon in der Vorlage vom 31. Oktober war ausgeführt worden, daß es sich bei der Beschäftigung Arbeitsloser in der Hauptsache nur um Massenarbeiten handeln könne, die ihrer Natur nach auch wenigstens

während eines Theiles der kalten Jahreszeit fertig gestellt werden könnten, also vornehmlich um Erdarbeiten. Als solche waren bezeichnet die Arbeiten zur Einebenung des Brückenkopfs „Nehrung", ferner Arbeiten auf dem „Dannschen Hofe" und endlich Arbeiten auf dem Rieselgute. Alle drei Arbeiten sind denn auch in Angriff genommen und bis jetzt fortgeführt worden.

Die Arbeiten am Brückenkopf „Nehrung" lagen eigentlich im Programm der Arbeiten an der Schuitenlake und waren an die Aktiengesellschaft „Holm" mitvergeben. Letztere erkärte sich indessen bereit, diese Arbeiten an die Stadt mit der Maßgabe zurück zu übertragen, daß sie der Stadt nach den mit dem Unternehmer vereinbarten Einheitssätzen auf die Verdingungssumme gut gerechnet würden. Es war von vornherein klar, daß die Stadt für diese Arbeiten weit mehr werde aufwenden müssen, wenn sie dieselben durch Arbeitslose lediglich mit Handbetrieb ausführen ließ. Das ist denn auch geschehen, und die Arbeiten sind noch dadurch besonders theuer geworden, daß die Stadt hier wie an den andern Stellen, an denen sie selbst Arbeitslose beschäftigte, fast ausschließlich keine jungen Erdarbeiter, sondern ältere verheirathete Arbeiter aller möglichen Handwerke, die für eine größere Familie zu sorgen hatten, einstellte: Töpfer, Glaser, Schneider, Schuhmacher u. s. w. bunt durcheinander. Dazu kam, daß am Brückenkopf Nehrung die Arbeit ausnahmsweise schwierig war, indem Baumstümpfe, Pfähle u. dgl. aus dem Boden entfernt werden mußten. Der Cubikmeter hat hier aus all' diesen Gründen bisher mehr als 2 Mk. gekostet, während der Stadt für ihn nur ca. 70 Pf. gut zu rechnen sind.

Die Meliorationsarbeiten auf dem Dannschen Hofe haben den Zweck, dieses Kämmereigut zu verbessern. Ihr Nutzen wird später durch eine Erhöhung des Pachtzinses in die Erscheinung treten. In wie weit die hier gemachten Ausgaben dadurch werden gedeckt werden, läßt sich noch nicht übersehen. Auch läßt sich nicht genau sagen, wieviel der Cubikmeter gekostet hat, anscheinend zwischen 1,60 und 1,75 Mk.

Aehnlich liegen die Verhältnisse bei den Arbeiten auf den Rieselfeldern. Doch erscheinen diese wirthschaftlich am rationellsten, und es läßt sich hoffen, daß die auf sie verwandten Kosten sich angemessen verzinsen werden, wenn auch erst in einigen Jahren. Es handelt sich hier um Planirungen u. s. w., welche mit Rücksicht auf die Zunahme der städtischen Bevölkerung, auf die bevorstehende Eingemeindung und auf den Anschluß von Schidlitz an die Kanalisation erwünscht erschienen.

Im ganzen hatten wir für die Beschäftigung Arbeitsloser bis zum 25. Januar d. Js. verausgabt: beim Fort Brückenkopf Nehrung 55243,23 Mk., beim Dannschen Hofe 10717,11 Mk., bei den Rieselfeldern 16741,09 Mk., zusammen also 82701,43 Mk. Etwa 14000 Mk. dieses Betrages waren nach ungefährer Schätzung auf die Verdingungssumme für die Arbeiten an der Schuitenlake zu verrechnen. In welcher Weise die übrigen 68701,43 Mk. gedeckt werden sollen, insbesondere ob und in welchem Umfange aus Fonds der betheiligten Verwaltungszweige, darüber ist seitens der städtischen Behörden Beschluß noch nicht gefaßt worden.

Beschäftigt wurden in den ersten Tagen nur wenige Arbeiter am Brückenkopf Nehrung. Täglich wurden aber neue eingestellt, dann die Arbeiten am Dannschen Hofe und endlich die an den Rieselfeldern hinzugenommen. Als am 24. Dezember zum ersten Male eine Pause (bis zum 6. Januar) gemacht wurde, befanden sich an den drei Arbeitsstellen zusammen 814 Personen in Beschäftigung. Von diesen nahmen am 6. Januar 748 die Arbeit wieder auf. Am 25. Januar wurde nochmals eine Pause gemacht; damals arbeiteten noch 731 Mann. Dann wurde am 3. Februar wieder begonnen. Während zuerst pro Stunde 25 Pf. Lohn gezahlt waren, sodaß bei 8 stündiger Arbeitszeit 2 Mk. verdient werden konnten, ward nunmehr der Lohn auf 20 Pf. pro Stunde ermäßigt, und die Arbeitszeit erst auf 9, dann vom 10. Februar an auf 10 Stunden erhöht. Unter diesen Bedingungen nahmen die Arbeit von den früher Beschäftigten 617 Mann wieder auf. Ihnen wurden neu Eingestellte zugesellt, sodaß sich die Zahl der Arbeitenden allmählich wieder auf 730 steigerte. Im allgemeinen haben sich die Arbeiter auf der Arbeitsstelle ordentlich betragen und ihre Schuldigkeit gethan, sodaß Entlassungen nicht allzu häufig gewesen sind. Da ein Theil von

ihnen nur zeitweise arbeitete, und mehrfach für Ausscheidende neue Arbeiter eingestellt wurden, hat die Stadt mehr als tausend Arbeitern, meist Ernährern größerer Familien, über eine kürzere oder längere Winterszeit mit einem zum Lebensunterhalt ausreichenden Lohne hinweggeholfen. Hieraus in der Hauptsache dürfte es sich erklären, daß die befürchtete Nothlage in der Stadt bisher im allgemeinen nicht eingetreten ist.

Die Aufsicht über die Beschäftigung Arbeitsloser hatten wir der mit geschultem Aufsichtspersonal und mit dem nöthigen Arbeitsmaterial versehenen Aktiengesellschaft für Holzverwerthung, Hoch- und Tiefbau Alex Fey hierselbst übertragen. Sie erhielt einen Zuschlag von 18% auf die ausgezahlten Löhne, mußte hierfür die sämmtlichen Beiträge zur Unfallversicherung, sowie zur Kranken- und Invalidenversicherung und zwar auch die nach dem Gesetze von den Arbeitern zu tragenden Antheile bezahlen, welche den letzteren also nicht vom Lohne gekürzt wurden, hatte die Lohnlisten zu führen und alle sonst erforderlich werdenden schriftlichen Arbeiten zu machen, die Oberaufsicht zu stellen und die kleineren Geräthe (Karrbohlen, Beile, Aexte, Meßgeräthe u. s. w.) unentgeltlich zu leihen. Für die Gestellung von Aufsehern erhielt die Firma pro Arbeitsstunde und Mann 0,55 Mk., für das Vorhalten einer Karre 0,50 Mk., eines Spatens 0,20 Mk. und einer Picke 0,35 Mk. pro Woche. Die Vergütung für letztere Geräthe wurde vom 3. Februar an pro Woche für eine Karre auf 25 Pf., für einen Spaten auf 10 Pf. und für eine Picke auf 20 Pf. herabgesetzt.

Alle Arbeitslosen, welche wir beschäftigten, wurden der Firma Fey durch die städtische Arbeitsvermittlungsstelle zugewiesen, sodaß letzterer schon hieraus eine nicht unerhebliche Arbeit erwuchs. Sie versuchte aber auch sonst möglichst viel Arbeit zu vermitteln. In zahlreichen Bekanntmachungen und in Besprechungen der Presse wurde auf ihre für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer gebührenfreie Thätigkeit hingewiesen. Außerdem setzte sie sich mit der Landwirthschaftskammer in Verbindung, um, soweit möglich, auch Arbeitskräfte aufs Land zu vermitteln. Ferner kam ihr die Königliche Eisenbahn-Direktion dadurch entgegen, daß sie Arbeitern, welche durch die Vermittlungsstelle nach auswärts gesandt wurden, gegen Gutscheine der letzteren zunächst freie Fahrt auf der Eisenbahn gab; die Gutscheine waren dann von der Vermittlungsstelle Monat für Monat einzulösen, und sie zog die erwachsenen Fahrkosten von den auswärtigen Arbeitgebern ein, denen Arbeiter nur unter der Bedingung geschickt wurden, daß sie die verauslagten Fahrkosten der Arbeitsvermittlungsstelle erstatteten. Im Ganzen haben sich diese Geschäfte glatt abgewickelt. Dagegen haben die Bemühungen, Arbeiter aufs Land hinauszusenden, keinen erheblichen Erfolg gehabt. Besonders lag der Landwirthschaft an der Zuweisung von Familien. Zu dauernder Uebersiedelung haben sich aber nur 2 Familien bereit finden lassen. Mehr war in dieser Hinsicht vielleicht schon deshalb nicht zu erreichen, weil es im November mit solchen Versuchen für das laufende Jahr zu spät war. Zu vorübergehenden Arbeiten in der Landwirthschaft sind von uns bis Ende November 76 Arbeiter überwiesen worden; außerdem wurden 28 Dienstboten aufs Land gesandt. Wieviele von den Dienstboten in Stellung geblieben sind, wissen wir nicht. Die aufs Land geschickten Arbeiter haben zum Theil die ihnen aufgetragene Arbeit vollendet, zum Theil sie schon vor Vollendung niedergelegt. Seit dem 1. Dezember ist die Vermittlung aufs Land naturgemäß eine sehr beschränkte geworden. Dagegen haben mehrfach nach kleineren Städten gelernte und ungelernte Arbeiter gesandt werden können. Größere Aufträge (bis zu 100 Mann im Einzelfalle) erhielt die Arbeitsvermittlungsstelle für Beschäftigung von Arbeitern bei auswärtigen Bahn- und bei Deichbauten. Es wurden 80 Mann zum Bahnbau Gr. Jablau—Pr. Stargard entsandt, die aber fast alle in ganz kurzer Zeit wieder zurückkehrten, zum großen Theile ohne die Arbeit auch nur begonnen zu haben. Viele Arbeiter haben sich in diesem Falle sehr wenig gebührlich benommen. 40 andere Arbeiter, welche zum Bahnbau Straßburg—Broddydamm entsandt worden waren, kehrten alsbald zurück, weil der Unternehmer zahlungsunfähig geworden war. Auch von 56 Arbeitern, die wir zum Deichbau nach Barendt schickten, legten die Meisten die Arbeit sehr bald wieder nieder. Mit solchen Massenversendungen nach auswärts hat die Vermittlungsstelle also recht wenig Glück gehabt. Dagegen glückte die Ausführung kleinerer Aufträge. So wurden z. B. nach Kiel 9 tüchtige Eisenschiffbauer gesandt, die von der Germania-Werft eingestellt und behalten wurden.

Sehr knapp waren zunächst die Aufträge von Danziger Arbeitgebern. Seitdem indessen jede Woche der Arbeitsmarkt in den Danziger Zeitungen erscheint, welche für dieses Inserat einen erheblichen Rabatt freundlichst bewilligt haben, ist das Angebot von Stellen ein etwas lebhafteres geworden. Es ist zu hoffen, daß bei besserer Geschäftszeit die Arbeitgeber sich auch mehr und mehr der Arbeitsvermittlungsstelle bedienen werden, die in der Lage ist, alle Aufträge schnell und nach Wunsch zu erledigen. Ohne die Unterstützung der Arbeitgeber vermag natürlich eine solche Anstalt ihre Aufgabe nicht zu erfüllen.

Bisher ist der Andrang der Arbeitsuchenden ein starker, die Nachfrage nach Arbeitern eine schwache gewesen, wie es ja die ganze Zeitlage mit sich bringt. Bis zum 15. Februar wurden in die Listen als arbeitslos 3753 Personen eingetragen, wobei allerdings in der ersten Zeit mehrfach Doppelnotirungen vorgekommen sind, was jetzt nach Anlage eines Zettelkataloges vermieden wird. Verlangt wurden im Ganzen in 188 Aufträgen 1744 Personen. Erledigt wurden 118 Aufträge, während 35 zurückgezogen wurden. Aufgefordert durch Postkarte, eine Arbeit aufzunehmen, wurden im Ganzen 1736 Personen. Davon meldeten sich und erhielten eine bestimmte Arbeit 1645 Personen. Nachricht davon, daß die Einstellung auch wirklich erfolgt sei, ging ein bei 1272 Personen. 290 zogen ihre Meldung zurück. 147 verweigerten die Annahme der ihnen angebotenen Arbeit. 181 legten die angenommene Arbeit alsbald nieder. Als Arbeitsuchende standen am Berichtstage noch eingetragen 1052 Personen, nämlich:

I. **Hotel-, Wirthschafts- und Aufsichtspersonen:**

4 Aufseher, 1 Bodenmeister, 3 Boten, 2 Einkassirer, 15 Hausdiener, 3 Kellner, 9 Kutscher, 2 Lagerverwalter, 1 Portier, 2 Speicherverwalter, 8 Wächter.

II. **Gelernte Arbeiter:**

5 Bäcker, 1 Barbier, 44 Bauschlosser, 9 Böttcher, 1 Brunnenbohrer, 1 Buchdrucker, 6 Dachdecker, 9 Eisenschiffbauer, 1 Fleischer, 3 Former, 2 Gärtner, 7 Heizer, 7 Klempner, 5 Kupferschmiede, 1 Kürschner, 30 Maler, 28 Maschinenschlosser, 2 Maschinisten, 77 Maurer, 6 Metalldreher, 1 Monteur, 3 Müller, 2 Sattler, 1 Segelmacher, 17 Schmiede, 3 Schneider, 1 Schornsteinfeger, 9 Schuhmacher, 5 Steinsetzer, 1 Stellmacher, 1 Tapezier, 44 Tischler, 16 Töpfer, 41 Zimmerer;

III. **Ungelernte Arbeiter:**

104 Bauarbeiter, 168 Erdarbeiter, 117 Fabrikarbeiter, 33 Gelegenheitsarbeiter, 49 Hafenarbeiter, 37 Holzarbeiter, 16 Speicherarbeiter, 46 Arbeitsburschen, 12 Laufburschen.

Dazu kommen die ca. 730 Arbeitslosen, welche die Stadt beschäftigt. Alle andern früher als arbeitslos Eingetragenen hatten sich seit mehreren Wochen nicht wieder gemeldet; man muß also annehmen, daß sie inzwischen auf andere Weise wieder Arbeit gefunden hatten.

Es ist zweifellos, daß die Zahl der wirklich Arbeitslosen eine größere ist, als die vorstehenden Ziffern ergeben. Zahlreiche Arbeitslose haben offenbar die Arbeitsvermittlungsstelle noch nicht in Anspruch genommen. Immerhin geben auch die vorstehenden Zahlen einigen Einblick in die bestehende Arbeitslosigkeit und in ihre Vertheilung auf die einzelnen Berufe. Daß vielfach Noth vorliegt, ergiebt der Umstand, daß zahlreiche Arbeiter immer wieder bei der Arbeitsvermittlungsstelle vorsprechen, welche Arbeit nur soweit als sie vorhanden ist, zu vermitteln vermag. Auch der Umstand, daß hunderte von Arbeitern, die sonst bessere Löhne zu verdienen pflegen, die entfernt gelegenen Arbeitsstellen auf dem Brückenkopf Nehrung und auf den Rieselfeldern Monate hindurch Tag für Tag und bei jeder Witterung aufgesucht und die ihnen ungewohnte Arbeit verrichtet haben, spricht dafür, daß ohne die Hilfe der Stadt großes Elend über eine nicht unerhebliche Zahl von Familien gekommen wäre.

Gegenüber dem Nutzen, welchen die städtische Arbeitsvermittlungsstelle hierbei und in ihrer sonstigen Thätigkeit bisher gewährt hat, sind die Ausgaben, welche sie verursachte, keine bedeutenden. Einschließlich

der Kosten der ersten Einrichtung sind bisher für sie 1 845,31 Mk. verausgabt worden. Demgegenüber stehen Einnahmen für verauslagte Fahrkosten in Höhe von 619,25 Mk. Der Zuschuß der Stadt beträgt daher bis jetzt 1226,06 Mk. In diesen Ausgaben sind allerdings das Gehalt des Verwalters, Bureaumiethe, Heizung und Beleuchtung nicht mitenthalten.

A. VII. Die Gesundheitskommission.

Für hygienische Angelegenheiten bestanden bisher zwei Kommissionen:

1. die sogenannte große Sanitätskommission, die als rein staatliches Organ unter dem Vorsitz des Polizeipräsidenten auf Grund der Kabinetsordre vom 8. August 1835, betr. die sanitätspolizeilichen Vorschriften bei ansteckenden Krankheiten, gebildet war,
2. die sogenannte kleine Sanitätskommission, bestehend aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, die lediglich mit kommunalen Angelegenheiten befaßt war.

Am 1. April 1902 ist das preußische Gesetz, betreffend die Dienststellung des Kreisarztes und die Bildung von Gesundheitskommissionen in Kraft getreten, das zur Folge gehabt hat, daß anstelle der beiden bestehenden Organisationen jetzt eine auf Grund des genannten Gesetzes für den Stadtkreis Danzig gebildete „Gesundheitskommission" getreten ist. Die Bildung dieser neuen Gesundheitskommission erfolgt nach den Bestimmungen des genannten Gesetzes durch die städtischen Körperschaften in derselben Weise, wie die der städtischen Verwaltungsdeputationen, die Kommission ist aber berufen, sowohl staatlichen wie städtischen Zwecken zu dienen, was darin zum Ausdrucke kommt, daß nicht nur die städtischen, sondern auch die Polizeibehörden Angelegenheiten ihrer Beschlußfassung unterbreiten können, und daß sie mit diesen Behörden direckt korrespondiert und daß ferner an allen ihren Sitzungen der staatliche Kreisarzt mit berathender Stimme theilnimmt.

Die Organisation ist im einzelnen geregelt durch den Gemeindebeschluß vom 18. Mai 1901, wonach der Kommission angehören:

1. der Oberbürgermeister, bezw. in seiner Vertretung der Bürgermeister, als Vorsitzender,
2. 5 Magistratsmitglieder (zur Zeit Stadtschulrath Dr. Damus, Stadtbaurath Fehlhaber, Stadträthe Meckbach, Mitzlaff, Dr. Helm),
3. 16 von der Stadtverordneten-Versammlung gewählte Mitglieder (zur Zeit die Stadtverordneten Fey, Gibsone, Hardtmann, Illmann, Krupka, Dr. Liévin, Mix, Dr. Tornwaldt und als Bürgermitglieder Lederhändler Drabandt, Brauereibesitzer Gamm, Zimmermeister Heinz, Apotheker Hildebrand, Tischlermeister Lietsch, Bäckermeister Mester, Stadtarzt Dr. Petruschky, Regierungsrath a. D. Schrey).

Bei der Bestimmung der Mitglieder ist darauf Bedacht genommen, daß alle wichtigeren städtischen Deputationen und Kuratorien, deren Angelegenheiten das Gebiet der Hygiene berühren, in der Gesundheitskommission vertreten sind, insbesondere die Baudeputation (Fehlhaber, Hardtmann, Lietsch, Mix), die Schuldeputation (Dr. Damus, Dr. Liévin, Dr. Tornwald), das Armenamt (Dr. Helm, Drabandt, Gamm, Lietsch, Mester), die Wasserdeputation (Meckbach, Dr. Liévin), die Deputation für die städtischen Beleuchtungsanlagen (Meckbach, Dr. Helm, Hardtmann, Mix), das Schlachthofkuratorium (Mitzlaff).

Die Gesundheitskommission hatte zunächst die Aufgabe, das Gebiet ihrer Thätigkeit innerhalb des gesetzlichen Rahmens genauer zu bestimmen und insbesondere ihre Thätigkeit gegen die in der städtischen Verwaltung sonst bestehenden Deputationen und Kommissionen abzugrenzen. Nach der ministeriellen Geschäftsweisung haben die Gesundheitskommissionen sich mit allen Gegenständen zu befassen, die das Gebiet der Gesundheitspflege berühren, und es gehören an sich in den Kreis ihrer Thätigkeit insbesondere auch alle städtischen Angelegenheiten hygienischen Charakters, selbst wenn besondere Kommissionen für deren Verwaltung bestehen. Die Gesundheitskommission hat jedoch beschlossen, bei denjenigen Verwaltungszweigen, für welche besondere Kommissionen bestehen, von einer dauernden Einwirkung auf die Erledigung der laufenden Geschäfte zunächst abzusehen und sich einstweilen nur auf die Mitwirkung in einzelnen konkreten Fällen zu beschränken.

Eine weitere Organisationsfrage war die Beschlußfassung darüber, welche Sachen im Plenum zur Berathung kommen, und welche in zu bildenden dauernden Ausschüssen erledigt werden sollen. Von Bildung örtlicher Unterkommissionen für die einzelnen Stadtbezirke wurde einstweilen mangels Bedürfnisses Abstand genommen, dagegen wurden für zwei Kategorien von Sachen, von denen anzunehmen war, daß sie dauernd eine Thätigkeit der Gesundheitskommission erfordern würden, sachliche Ausschüsse gebildet, nämlich

1. ein Ausschuß, betreffend das Wohnungswesen,
2. ein Ausschuß, betreffend die Reinhaltung der Grundstücke, Straßen und Gewässer,

beide bestehend aus 8 Mitgliedern.

Es wurde auch erörtert, ob es sich empfehle, zur dauernden Beaufsichtigung der Schulen in hygienischer Beziehung noch einen dritten Ausschuß „für Schulhygiene" zu bestellen. Darüber, daß die Gesundheitskommission den hygienischen Verhältnissen der Schule dauernd ihre Aufmerksamkeit zu widmen habe, herrschte kein Zweifel. Es kam aber in Betracht, daß sich mit der Schulhygiene schon eine ganze Reihe von Faktoren befassen und daß die Schulen bereits regelmäßig revidirt werden durch die städtische Schul- und Bauverwaltung, durch die Schulärzte und durch den Kreisarzt. Es wurde daher davon abgesehen, noch besondere Besichtigungen durch die Gesundheitskommission einzurichten und einen besonderen Ausschuß für Schulhygiene zu bilden, vielmehr wurde im Einvernehmen mit dem Kreisarzte beschlossen, sich an die bestehenden Organisationen anzulehnen und die jährlichen Besichtigungen durch die Schul- und Bauverwaltung, die Besichtigungen durch den Kreisarzt und die durch die Gesundheitskommission zu gemeinsamen Besichtigungen zu verbinden und zu diesen gemeinsamen Besichtigungen aus der Gesundheitskommission den Vorsitzenden und die gegenwärtigen ärztlichen Mitglieder, nämlich die Herren Dr. Liévin und Dr. Tornwaldt, zu deputiren.

Die Gesundheitskommission hat am 20. Juli, 12. November und 1. Februar Sitzungen abgehalten. Aus den Berathungen ist hervorzuheben die Erörterung über ein Projekt, das die Siedlungs-Genossenschaft zur Besiedlung des südlich des Schellmühler Weges zwischen der Zoppoter und der Neufahrwasserer Bahn gelegenen Geländes aufgestellt hatte. Es wurden in der Kommission erhebliche hygienische Bedenken vorgebracht; das Projekt ist alsdann auch nicht zur Ausführung gekommen. Ferner befürwortete die Gesundheitskommission die Aussetzung einer Prämie von 5 Pf. auf die Vertilgung von Ratten.

Auch die beiden Ausschüsse, betreffend das Wohnungswesen und betreffend die Reinhaltung der Grundstücke pp. sind bereits in Thätigkeit getreten. Der Wohnungsausschuß hat sich insbesondere eingehend mit dem wichtigen Entwurfe einer Polizeiverordnung befaßt, welche den auf dem Gebiete des Schlafgängerwesens bestehenden Mißständen steuern will, doch liegt in dieser Angelegenheit die endgültige Entschließung des Polizeipräsidenten noch nicht vor.

B. Besonderer Theil.

Abschnitt B. I. Zum Etat I. Kämmereifonds.

Im **Ordinarium des Kämmereifonds** sind, was die Verwaltung der Kämmereigüter und Grundstücke, die Pacht- und Miethszinsen und Renten angeht, im Ganzen erhebliche Abweichungen gegen den Etatsansatz nicht zu verzeichnen. Die Einnahmen an Grundzinsen werden wegen der im Laufe des Rechnungsjahres vorgenommenen Ablösungen wieder um etwa 860 Mk. hinter dem Etatsansatz zurückbleiben, wogegen der Kapitalfonds um die Ablösungsbeträge und deren Zinserträge gewachsen ist. Im Uebrigen handelt es sich bei den Mehr- und Mindereinnahmen bei einzelnen Pachtobjekten um wenige Tausend Mark.

Die in den Etat eingestellten 326 000 Mk. an **Provinzialbeiträgen** haben nicht ausgereicht; denn die wirkliche Ausgabe für 1900 einschließlich der Nachzahlung für das Vorjahr hat 332 467 Mk., also 6467 Mk. mehr betragen.

Als **Betriebsfonds** wurden im Etat für 1901 aus den Ueberschüssen der Vorjahre 900 000 Mk. eingestellt, davon 330 000 Mk. zur etatsmäßigen Verwendung bestimmt und 570 000 Mk. auf 1902 vorgetragen. Wegen des günstigeren Abschlusses für 1900 ist es aber angängig, für 1902 den Betriebsfonds in Höhe von 635 000 Mk. vorzutragen, wenn angenommen wird, daß der Finalabschluß für 1900 dem Voranschlage entsprechen wird.

Abschnitt B. II. Zum Etat I. A. Stadtbibliothek.

Die Einnahme hat bei dem Fonds zur Unterhaltung des Stadtbibliothekgebäudes eine Mindereinnahme an Zinsen von rund 60 Mk. erfahren, da behufs Flüssigmachung von Mitteln für die im Jahresberichte pro 1899 erwähnten baulichen Ausführungen Inhaberpapiere zum Nennwerthe von 1750 Mk. im April 1901 haben veräußert werden müssen.

Bei der Ausgabe haben sich Etatsüberschreitungen bis jetzt nur bei Titel II, 2 a „für Heizungsmaterial" mit 61 Mk. und bei Titel II, 2 c „für Schreibmaterialien, Utensilien pp." mit 164 Mk. ergeben. Die Gründe für die Ausgabensteigerung an diesen Etatsstellen sind bereits im vorjährigen Berichte dargelegt worden, und in dem Etat für 1902 ist, da die gleichen Gründe auch für die Folge fortwirken, eine angemessene Erhöhung dieser Etatsansätze vorgesehen worden. — Bei Titel IV „für Unterhaltung des Bibliothekgebäudes" sind nur wenige Ausgaben vorgekommen, sodaß ein erheblicher Betrag, dem Etat gemäß, an den Kapitalfonds zur Unterhaltung des Bibliotheksgebäudes wird abgeführt werden können.

Ueber die Verwaltung der Stadtbibliothek wird ein Sonderbericht erstattet werden. Angeführt wird hier nur die werthvolle Bereicherung, welche die Bibliothek durch ein Vermächtniß des am 22. Juni 1900 in Danzig verstorbenen Pfarrers Mundt erfahren hat. Die Bibliothek ist dadurch in den Besitz der reichhaltigen Bibliothek des Genannten, umfassend etwa 5000 Bände, unter denen sich etwa 90 Handschriften

und 100 Incunabeln befinden, gelangt. Außerdem ist der Bücherbestand der Bibliothek noch durch andere Schenkungen angewachsen. Durch Kauf sind 917 Bände und durch Tausch 211 Bände erworben worden. — Ausgeliehen wurden im Jahre 1901 = 10 705 Bände und 51 Handschriften.

Um den unzulänglichen räumlichen Verhältnissen, unter welchen die Stadtbibliothek bisher zu leiden hatte, abzuhelfen, ist von den städtischen Körperschaften der Neubau eines Stadtbibliotheksgebäudes auf dem früheren Festungsgelände nördlich von der Stadt (neben dem Staatsarchiv) beschlossen worden. Die Stadtverordneten-Versammlung hat ihre Zustimmung zur Verausgabung der auf 275 000 Mk. veranschlagten Baukosten durch Beschluß vom 2. Dezember 1901 ausgesprochen, und soll mit der Bauausführung alsbald vorgegangen werden.

Personalveränderungen sind nicht vorgekommen.

Abschnitt B. III. Zum Etat I. B. Stadtmuseum.

Die Verwaltung hat sich in den Grenzen der etatsmäßigen Mittel bewegt; einige unvorhergesehene Ausgaben sind aus dem Ersparnißfonds (Titel II, 2) gedeckt worden.

Das gegen Ende des Etatsjahres 1901 neugewählte „Curatorium des Stadtmuseums" ist unverändert geblieben; es hat aus seiner Mitte zum „Vorstand des Stadtmuseums" für die Zeit bis zum 1. März 1905 die Herren O. Bischoff, Dr. Ostermayer und Dr. P. Damme erwählt.

Sowohl durch Ankäufe, für welche zum ersten Male auch die bestimmungsmäßig 4 Jahre lang angesammelten Zinsen des Juencke'schen Legats verwendet werden konnten, als auch durch das Mundt'sche Vermächtniß (64 Gemälde und ca. 3000 Kunstdrucke, Zeichnungen und dergleichen, vergleiche Bericht für 1900), zu dessen Annahme die Allerhöchste Genehmigung unterm 23. April 1901 erfolgt ist, und durch andere Geschenke, deren Gebern auch an dieser Stelle mit ehrendem Danke gedacht sei, haben die kunst- und kulturgeschichtlichen Sammlungen einen beträchtlichen Zuwachs erhalten.

Angekauft wurden:

8 Oelgemälde, nämlich: L. Graf v. Kalckreuth „Pferde", † Narzisse Diaz „Wald von Fontainebleau", V. Weißhaupt „Kühe auf der Weide", H. Zuegel „Schafe vor dem Stall", John F. Hammer Studienkopf „Amanda", O. Eckmann „Gang zur Kirche" (Waisenkinder in Amsterdam), G. Papperitz „Idyll", F. Possart, „Abtei Engelberg",

1 Temperabild von Adolf Maennchen „Auf steinigem Pfade",

2 Gipsbüsten, Bildnisse der Könige Friedrich Wilhelm II. und III. von Preußen von G. Schadow und Rauch.

Gesammtaufwand rund Mk. 16560.

Geschenkt wurden dem Stadtmuseum (außer dem Mundt'schen Vermächtniß):

1 Oelbild von Felix Possart „Blick in den Saal der Gesandten im Alcazar zu Sevilla" (vor der Natur gemalte Studie) von dem Künstler selbst,

2 Photographieen von Bildnissen des Generals Grafen Rapp und einer Verwandten aus dem 18. Jahrhundert, von Herrn A. Hopff in Otterberg (Rheinpfalz),

1 Tabakskasten von Fräulein J. Nester,

1 große silberne Denkmünze August III., Königs von Polen, geprägt 1754 zur Erinnerung an 1454, von dem Geschichtsmaler Herrn Franz Steffens zu Berlin,

1 Anzahl Ofenkacheln aus dem 18. Jahrhundert, von Herrn Hybbeneth jun.,

1 Stück venetianischer Leinenspitze, einige andere ältere Handarbeiten, 1 Ornament in Horn und 1 goldene Kette mit Kreuz zur Erinnerung an den Einzug der Verbündeten in Paris 1814, von Fräulein Auguste Engel † 1901, durch Vermittelung des Herrn Medizinalrath Dr. Kroemer in Conradstein,

1 Sammlung von mehrentheils altrömischen Fundstücken (Gläser, Terracotten u. A. m.), von der verwittweten Frau Dr. A. Berendt.

Auch die Bibliothek des Stadtmuseums hat durch einige Ankäufe, sowie durch Geschenke der Herren Anton Bertling und Rechtsanwalt Behrendt eine Vermehrung erfahren.

Als **Leihgaben** überwiesen wurden dem Stadtmuseum:

1 Oelgemälde von Gotthard Kuehl „Blick auf die Mottlau in Danzig 1900", Eigenthum der Kabrun'schen Stiftung,

1 Fenster mit Glasmalereien, Wappen der Familie Berendt, vom Gemeindekirchenrath zu St. Marien hierselbst.

Aus dem Stadtmuseum wurden unter Wahrung der Eigenthumsrechte, also **leihweise**, der städtischen Bauverwaltung zum Schmuck des wiederhergestellten Schöffenhauses Langemarkt Nr. 43 überantwortet:

1 Oelgemälde aus dem 17. Jahrhundert „Adam im Paradiese", aus Menge's Nachlaß,

1 eiserner bemalter Geldkasten, aus Henning's Nachlaß und mit Zustimmung des Curatorii der Kabrun'schen Stiftung ein zur Kabrun'schen Galerie gehöriges Oelgemälde von B. Rode „Silen läßt den kleinen Bacchus die Kelter treten".

Zur Schaustellung zahlreicher neuer oder bisher magazinirter Sammlungsstücke von Werth haben mehrere Glasschränke beschafft werden müssen.

Um den hochbedeutsamen in Privatbesitz befindlichen künstlerischen Nachlaß Robert Reinick's vor seinem Fortgange aus Danzig weiteren Kreisen vorzuführen, ist damit eine mehrmonatliche Sommerausstellung im Stadtmuseum veranstaltet worden; die etatsmäßige Sonderausstellung im Herbst 1901 umfaßte Gemäldecollectionen von Frau Hermine von Preuschen und von Felix Possart.

Der Besuch des Stadtmuseums — früher im Winter nur Sonntags, im Sommer auch Mittwochs, seit Beginn des Etatsjahres 1901 im Winter am Sonntag **und am** Mittwoch, während des Sommers am Sonntag, Mittwoch **und** Donnerstag Mittags 11—2 Uhr unentgeltlich — zeigt eine erfreuliche Steigerung, wenn er auch an den neuerdings zugelegten Tagen noch spärlich war; im Einlaßkartenverkauf für die übrige Zeit soll im neuen Etatsjahre eine bequemere Einrichtung versucht werden.

Die Erneuerung der letzten zwei Oberlichtfenster ist ausgeführt worden, weitere außergewöhnliche Bauarbeiten sind nicht nöthig gewesen.

Abschnitt B. IV. Zum Etat I. C. Forst- und Dünen-Verwaltung.

Im Belauf Heubude ist aus dem Holzeinschlag eine Mehreinnahme von 240 Mk. erzielt worden, dem für Jäschkenthal eine Mindereinnahme von 14 Mk. gegenübersteht. Aus dem II. Jäschkenthal ist eine im Etat nicht vorgesehene Einnahme von 458 Mk. aufgekommen; dagegen haben die Reparatur des Wohnhauses 1700 Mk. und die Wegeanlagen 450 Mk. mehr erfordert.

Abschnitt B. V. Zum Etat II. Handelsanstalten.

In der Einnahme ist bei den Lagergeldern von dem unterdeß aufgehobenen Stäbelager auf dem Bleihofe gegen den Etatsansatz ein Ausfall von rund 2850 Mk. eingetreten. Mindereinnahmen an Krahngefällen und Stromgeldern werden durch eine Mehreinnahme aus der Seehafenabgabe mehr als ausgeglichen.

Abschnitt B. VI. Zum Etat III. Allgemeine Verwaltung.

Bei der Einnahme werden wesentliche Abweichungen vom Etat sich nicht ergeben.

Zur Ausgabe ist Folgendes zu bemerken:

Erhebliche Etatsüberschreitungen sind eingetreten bei Titel IV, 1 „Stellvertretungskosten" mit rund 3500 Mk. und bei Titel IV. 2 „Hauslistenaufnahme pp." mit rund 5000 Mk. Die erhöhte Ausgabe bei den Stellvertretungskosten beruht darauf, daß da eine Reihe von Vakanzen in etatsmäßigen Stellen bestehen, sowie längere Beurlaubungen von Beamten wegen Krankheit vorgekommen sind, in erhöhtem Maße Hilfsarbeiter haben angenommen werden müssen, deren Remunerationen großentheils auf den Titel IV, 1 angewiesen werden mußten. Die Stellenvakanzen in Verbindung mit der Zahlung von Mindestgehältern bei Neuanstellungen für ausgeschiedene ältere Beamte werden andererseits dazu führen, daß bei dem Titel I „Gehälter" eine Ersparniß von etwa 12000 Mk. eintreten wird. Von der Mehrausgabe bei Titel IV, 2 entfallen 2638 Mk. auf eine außerordentliche, nur alle 5 Jahre vorkommende Aufwendung, bestehend in der Neuanfertigung des für die Veranlagungsarbeiten zur Staats- und Gemeinde-Einkommensteuer erforderlichen Zettelmaterials; während der Rest den von Jahr zu Jahr anwachsenden Mehrleistungen bei den aus dieser Etatsstelle zu vergütenden laufenden Arbeiten zuzuschreiben ist.

Eine Mehrausgabe von rund 1400 Mk. bei Titel IV, 3 „Vertretung von Steuererhebern" hat wesentlich darin ihren Grund, daß ein Steuererheber, gegen welchen ein Disciplinarverfahren mit dem Ziele der Entfernung aus dem Amte eingeleitet ist, seit Juni 1901 vom Amte suspendirt und für diesen ein Hilfssteuererheber eingestellt werden mußte. Größere Mehrausgaben bestehen sodann noch bei dem Titel IX „Sächliche Ausgaben" und zwar bis jetzt bei Kap. 6 „Schreibmaterialien" mit 760 Mk., bei Kap. 7 „Buchdruckerarbeiten" mit rund 2000 Mk. bei Kap. 8 „Buchbinderarbeiten" mit 1000 Mk. und bei Kap. 11 „Portokosten" mit rund 1700 Mk. Diese Mehrausgaben erklären sich aus den gesteigerten Bedürfnissen der Verwaltung. Weitere wesentliche Abweichungen vom Etat liegen bei der Ausgabe bis jetzt nicht vor und sind auch nicht zu erwarten.

Bei den Pensionen sind infolge Todesfalls 12267 Mk. jährlich in Abgang gekommen. Die Verstorbenen sind:

1. der frühere Stadtbauwart Ehlert . . . . . (gest. den 9. April 1901)
2. „ „ Realgymnasiallehrer Schultz . . . . . („ „ 11. „ „)
3. „ „ Stadtrath Kahnert . . . . . („ „ 24. Juli „)
4. „ „ Oberfeuermann Rauter . . . . . („ „ 11. Septbr. „)
5. „ „ Oberlehrer Professor Kreutz . . . . . („ „ 23. „ „)
6. „ „ Feuerwehrfeldwebel Kimenkowski . . („ „ 11. Febr. 1902)

Der Zugang an Pensionen beträgt jährlich:

1.	vom 1. Mai 1901 für den früheren Steuererheber Paetzel	1440 Mk.
2.	„ 1. Juli „ „ „ Krause	1800 „
3.	„ desgl. für die frühere technische Lehrerin Frl. Münsterberg . .	756 „
4.	„ 1. Novbr. 1901 für den früheren Stadtbauaufseher Block . . .	846 „
5.	„ desgl. für den früheren Kanzleiinspektor Schütt	2325 „
6.	„ 1. März 1902 für den früheren Büreauvorsteher Noreikat . .	3675 „
7.	„ desgl. für den früheren Büreauvorsteher Wopp	3594 „
	Zusammen	14436 Mk.

An Personalveränderungen sind anzuführen:

Die Stelle eines juristischen Hilfsarbeiters ist in eine Magistratsassessor-Stelle umgewandelt und es ist als solcher der frühere Gerichtsassessor Benwitz vom 16. Oktober 1901 angestellt worden.

Befördert sind: der Kassenassistent Held zum Kassenbuchhalter und der Büreauassistent Pethke zum Lazarethinspektor.

Verstorben ist: der Rathauswart Fischer am 14. September 1901.

Neu angestellt sind:

1. die Civilanwärter Wilke und Behrent sowie die Militäranwärter Steffens und Bienwald als Büreau- bezw. Kassenassistenten;
2. die Anwärter Voigt und Jantz als Steuererheber;
3. der Königl. Steuersekretär Schulz und der kaufmännische Buchhalter Kretschmer als Büreauvorsteher.

Außer den oben angeführten, im Laufe des Etatsjahres 1901 in Kraft tretenden Pensionierungen ist noch beschlossen, die Pensionirung des Stadtsekretärs Ziebarth vom 1. April 1902 und des Kanzleivorstehers Hering vom 1. Mai 1902 ab.

An sonstigen Aenderungen ist endlich noch zu erwähnen, die Uebernahme des füheren Lazarethinspektors Dilla als Büreauassistent in die allgemeine Verwaltung.

Abschnitt B. VII. zum Etat IV. Militär- (Servis-) Verwaltung.

Die Etatssätze hätten ausgereicht, wenn nur die regelmäßige Einquartierung aufzunehmen gewesen wäre; es wäre wahrscheinlich sogar eine Ersparniß von ca. 500 Mk. erzielt worden. Zu den Ausgaben, welche alljährlich durch die Unterbringung von Mannschaften und Pferden entstehen, treten aber diesmal noch diejenigen hinzu, welche durch das

Kaisermanöver

veranlaßt sind. Bezüglich des letzteren sei kurz folgendes bemerkt:

Anfang März erhielten wir seitens des Generalkommandos des XVII. Armeekorps die erste Nachricht, daß beabsichtigt sei, im September die Kaiserparade bei Danzig stattfinden zu lassen. Wie die Stadtchronik näher ergiebt, ist diese Absicht verwirklicht worden. Das Kaiserpaar hat sich längere Zeit in Danzig aufgehalten, eine Anzahl von Gästen des Kaisers hat in unseren Mauern geweilt und es ist hier ein großer Theil des XVII. Armeekorps und der ihm zugetheilten Truppen zur Theilnahme an der Parade vereinigt gewesen. Die Truppen trafen am 13. bezw. 14. September hier ein und verließen Danzig am 16. bezw.

17. September; einige Truppentheile trafen aber schon erheblich früher ein, sodaß namentlich ein Theil von Langfuhr eine längere Einquartierung gehabt hat. Während Ihre Majestäten an Bord S. M. Y. „Hohenzollern“ Wohnung nahmen, und ein Theil der Gäste, des Hofstaates und des Gefolges in den größeren Hotels der Stadt, namentlich im „Danziger Hofe“ und im „Hotel du Nord“ Unterkunft fand, bestand von vornherein die Absicht, einen Theil der fürstlichen Gäste und anderer hochgestellter Persönlichkeiten in Privatquartiren unterzubringen. Schon im April setzte sich der Hausmarschall des Kaisers, Freiherr v. Lyncker, mit der Stadt dieserhalb in Verbindung. Es wurde zunächst auf eine erhebliche Anzahl fürstlicher Gäste gerechnet. Wir traten daher mit etwa dreißig wohlsituirten Einwohnern Danzigs in Verbindung und erhielten von den meisten umgehend die bereitwillige Zusage, einen Gast des Kaisers bei sich aufzunehmen. In der Folge änderten sich aber die Dispositionen bezüglich der Theilnahme von Gästen mehrfach. Der Tod der Kaiserin Friedrich brachte es schließlich mit sich, daß nur ein kleiner Theil der ursprünglich erwarteten Gäste bei der Kaiserparade erschien. Von ihnen wohnte Prinz Albrecht von Preußen, Regent von Braunschweig, in der Villa des Herrn Kommerzienrath Muscate und Prinz Eitel Friedrich von Preußen bei Herrn Sanitätsrath Dr. Tornwaldt. Die Begleiter des Prinzen Albrecht hatten theils beim Herrn Oberpräsidenten von Goßler, theils bei Herrn Oberst Eschenburg, diejenigen des Prinzen Eitel Friedrich bei Herrn Kaufmann Patschke Aufenthalt genommen. Nicht als Gast des Kaisers, sondern als Theilnehmer am Manöver weilte ferner Prinz Friedrich Leopold von Preußen ca. 14 Tage in Danzig. Ihm und seiner Begleitung war von Herrn Kaufmann Theodor Rodenacker dessen Villa in Jäschkenthal zur Verfügung gestellt worden. Der Kriegsminister wohnte bei seinem Bruder, dem Herrn Oberpräsidenten.

Zahlreiche Danziger Bürger haben für die Militärbevollmächtigten Deutscher Bundesstaaten, für die Schiedsrichter beim Manöver und für andere hochgestellte Personen Wohnung gegeben.

Auf Kosten der Stadt waren alle diejenigen Personen unterzubringen, welche an dem Manöver bezw. an der Parade unmittelbar betheiligt waren.

Der Große Generalstab mußte in einem oder in mehreren einander nahegelegenen Hotels untergebracht werden. Die Servis-Depution entschied sich für das „Hotel Continental“ des Herrn Mannteufel und miethete in demselben für den Preis von 10 Mk. pro Zimmer und Tag (einschließlich Frühstück) 20 Zimmer im I. und II. Stock. Der Große Generalstab hat dort ca. 8 Tage gewohnt.

Was die Unterbringung der Truppen betrifft, so hatten wir zunächst die Absicht, die Offiziere bei Bürgern, die zur Aufnahme bereit wären, möglichst ohne Entgelt, die Mannschaften aber in Miethsquartieren unterzubringen. In anderen Städten, insbesondere auch in Stettin und Königsberg, war es möglich gewesen, alle Quartiere zu miethen. Wir boten in zahlreichen Bekanntmachungen für Miethsquartiere dieselben und schließlich erheblich höhere Preise, als in den genannten Orten gezahlt waren, das Angebot blieb indessen verhältnißmäßig so gering, daß nicht zu erwarten war, auf diese Weise die Truppen unterzubringen. Nach dem Ortsstatute, betreffend die Vertheilung der Quartierleistungen im Frieden vom 13. April 1871 hätten wir nun die Mannschaften bei den Hauseigenthümern unterbringen müssen. Bei der Größe der zu erwartenden Einquartierung war dies indessen unmöglich. Wir haben daher bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt, eine Abänderung des Ortsstatutes in dem Sinne vorzunehmen, daß in Fällen außergewöhnlich starker Belegung der Stadt mit Truppen Hausbesitzer und Miether gleichmäßig nach der Höhe des Werthes ihrer Wohnungen in bestimmten Abstufungen mit Einquartierung belegt werden können. Die Stadtverordnetenversammlung und der Bezirksausschuß haben sich mit diesem Zusatze zum Ortsstatut, welcher als Anlage abgedruckt ist, einverstanden erklärt. Demgemäß ist alsbald mit der Vertheilung der zu erwartenden Einquartierung auf die Einwohnerschaft begonnen worden.

Um den Wünschen des Publikums möglichst entgegenzukommen, bestimmten wir zunächst eine Frist für Reklamationen, namentlich bezüglich der gewerblich benutzten Räume, die von Einquartierung thunlichst frei bleiben sollten, erklärten uns auch bereit, in derselben Frist die Meldungen solcher Personen, die lieber

Offiziere, Feldwebel, Unteroffiziere u. s. w. als Gemeine aufnehmen würden, entgegenzunehmen und theilten mit, daß wir für diejenigen, welche beim besten Willen nicht im Stande seien, Einquartierung aufzunehmen, die Ausmiethung gegen vorschußweise Einzahlung von 1 Mk. pro Mann und Tag in die Hand nehmen würden. Alles dies wurde in allen Danziger Zeitungen und an den Litfaßsäulen bekannt gegeben. Trotzdem richtete sich das Publikum an die gestellte Frist bezüglich der Reklamationen so gut wie garnicht. Gesuche um Befreiung von Einquartierung liefen vielmehr in sehr großer Zahl — im ganzen zu mehreren Tausenden — bis unmittelbar vor Einrücken der Truppen ein. Wir haben diese Gesuche fast sämmtlich berücksichtigt, durch die Unpünktlichkeit der meisten Antragsteller sind aber die Einquartierungsgeschäfte ganz außerordentlich erschwert worden, denn bis zum letzten Tage wußten wir infolge dieser unablässigen Gesuche nicht genau, wieviele Quartiere uns schließlich zur Verfügung stehen würden. Pünktlicher liefen die Wünsche wegen Aufnahme von Offizieren u. s. w. ein. Auch die Ausmiethungsgesuche, die zu tausenden und oft wohl ohne zwingende Veranlassung gestellt wurden, gingen im ganzen rechtzeitig ein, sodaß in der ersten Zeit die Arbeitslast des Servis-Bureaus eine fast unerträgliche war. Ein Theil des Publikums hat freilich die Ausmiethung selbst und mehrfach erst im letzten Augenblicke besorgt; in solchen Fällen sind Preise von 3—4 Mk. pro Mann und Tag gezahlt worden, und es haben sich durch diese hohen Beträge Personen, welche der Stadt ihre Quartiere für 2,20 Mk. pro Mann und Tag zur Verfügung gestellt hatten, veranlaßt gesehen, die Angebote Privater anzunehmen und die Stadt im Stiche zu lassen. Auch hierdurch ist die Stadt in ihren Dispositionen empfindlich gestört worden.

Um die Ausmiethungen bewirken zu können, miethete die Stadt außer einer großen Zahl kleinerer Quartiere eine Reihe von Massenquartieren, namentlich in großen Restaurationen (Tanzsäle u. s. w.). In diesen Quartieren fehlte es an Stroh, wollenen Decken, Laken, Handtüchern und anderen Ausrüstungsgegenständen. Wegen möglichst billiger Lieferung von Stroh trafen wir ein Abkommen mit dem Kgl. Proviantamte, sodaß wir in der Lage gewesen wären, auch an die Inhaber kleinerer Quartiere Stroh zu mäßigem Preise abzugeben, wenn es daran in der Stadt gefehlt hätte. Die Quartiergeber besorgten sich indessen das Stroh selbst, und nur in einem Falle lieferte das Proviantamt Stroh durch unsere Vermittelung. Wollene Decken, Laken und Handtücher erhielten wir gegen geringe Leihgebühr, von jeder Sorte 1800 Stück, durch Vermittlung der Kgl. Intendantur. Jedem Inhaber eines Massenquartiers händigten wir in den zu diesem Zwecke gemietheten Räumen des früheren Restaurants „Junkerhof" davon aus, soviel er verlangte. Zum Theil haben diese Gegenstände durch die Benutzung erheblich gelitten. Namentlich die Reinigung der wollenen Decken, welche der Firma Fabian (Inh. Kraatz) in Ohra übertragen wurde, hat nicht unbedeutende Kosten gemacht. Aus Billigkeitsgründen haben wir diese Kosten nicht den Vermiethern der Massenquartiere auferlegt, sondern aus den Fonds für die Ausmiethung bestritten. Weitere Ausstattungsgegenstände für Massenquartiere haben die Lazarethe, das Arbeitshaus und die Armen-Anstalt zu Pelonken geliefert, nämlich Seegrassäcke, Seegraskissen, Näpfe, Waschschüsseln und ähnliches.

Die Massenquartiere, sowie ein Theil der Quartiere für Offiziere sind durch den Dezernenten, die kleineren Miethsqartiere durch die Bezirksvorsteher besichtigt worden. Letztere haben auch sonst bei den Geschäften der Einquartierung, theilweise mit außerordentlichem Eifer, geholfen. Quartiere, die wegen sittlicher Bedenken nicht belegt werden konnten, sind uns ferner durch die Kgl. Polizei-Direktion namhaft gemacht worden. Da endlich alle Reklamationen wegen zu großer Beschränktheit der Räume, Krankheit, Wochenbett und anderer schwerwiegender Ursachen berücksichtigt wurden, haben alle wirklich mangelhaften Quartiere ausgemerzt werden können, was natürlich eine sehr beträchtliche Arbeit verursachte.

Das Endergebniß dieser Arbeit war, daß alle Anträge auf Ausmiethung berücksichtigt werden konnten, und daß für die Unterbringung der Generäle und Stabsoffiziere vorzüglich gesorgt war. Knapper waren die Angebote von Quartieren für Hauptleute und Leutnants gewesen, doch reichten auch sie schließlich aus. Vizefeldwebel und Feldwebel waren leicht, Unteroffiziere in der gewünschten Zahl schwerer unterzubringen. Für die Gemeinen standen mehr Quartiere zur Verfügung, als erforderlich waren.

Es mußte aber auch bezüglich aller Quartiere eine gewisse Reserve vorhanden sein. Einmal unterlag die Zahl der zu erwartenden Truppen bis zum letzten Augenblicke mehrfachen Aenderungen. Sodann war nicht vorauszusehen, wie viele Quartiere seitens des Militärs als unbrauchbar würden zurückgewiesen werden. Endlich aber bestanden bis kurz vor Eintreffen der Truppen Zweifel, ob nicht auf Grund gesetzlicher Bestimmung ein sehr erheblicher Theil der Quartiere freigelassen werden müßte. Von mehreren Beschwerdeführern war die Entscheidung des Herrn Regierungs-Präsidenten darüber erbeten worden, ob nicht im Hinblick auf § 4 des Quartierleistungsgesetzes vom 25. Juni 1868 neu erbaute oder vom Grund aus wieder aufgebaute Gebäude bis zum Ablauf zweier Kalenderjahre nach dem Kalenderjahr, in welchem sie bewohnbar bez. nutzbar geworden sind, von Einquartierung befreit seien. Hätten wir alle Wohnungen in solchen Gebäuden frei lassen müssen, so wären uns nach ungefährer Schätzung dadurch Quartiere für mehrere tausend Mann verloren gegangen. In längeren Ausführungen wandten wir uns gegen die Ansicht der Antragsteller. Für alle Fälle zogen wir die Belegung unserer Schulen in Betracht und setzten uns mit einer leistungsfähigen auswärtigen Firma, welche die Verpflegung in den Schulgebäuden übernehmen sollte (Friedrich Gottlieb Keidels vereinigte Fabriken für Armeebedarf in Berlin), in Verbindung. Es war aber glücklicherweise nicht nöthig, die Schulen zu belegen, was sehr viele Umstände und Kosten verursacht hätte und ohne Beschädigung der Gebäude nicht zu bewerkstelligen gewesen wäre. Der Herr Regierungs-Präsident entschied am 3. September in unserem Sinne und die Beschwerdeführer beruhigten sich bei dieser Entscheidung.

Auch die Frage, ob Beamte und Militärpersonen von Einquartierung befreit seien, wurde mehrfach angeregt und von uns verneint. Zu einer Beschwerde kam es hier nicht. Die Militärpersonen vom Feldwebel abwärts ließen wir aus Billigkeitsrücksichten von Einquartierung frei. Die Quartierzettel wurden Ende August durch die Steuererheber zugestellt. Das veranlaßte noch einmal eine Hochfluth von Reklamationen. Als die Truppen eintrafen, war alles geordnet. Es ist dann seitens des Militärs nur in zwei Fällen Beschwerde wegen mangelhafter Quartierbeschaffenheit geführt worden. In einem Falle handelte es sich um ein kleines Miethsquartier, das angeblich nicht sauber genug war. Es wurde sofort Abhilfe geschafft. Im zweiten Falle ließ es sich der Inhaber eines Massenquartiers nach Anzeige des Militärs zu Schulden kommen, schlechte und unzureichende Kost und mangelhaftes Strohlager zu geben. Die in diesem Quartier untergebrachten zwei Kompagnien wurden daher in Privatquartiere umgelegt und der Inhaber des Massenquartiers durch Kürzung an seiner Entschädigungsforderung gestraft. Im Uebrigen ist uns über die Beschaffenheit der Quartiere nur Gutes mitgetheilt worden.

Nach längeren Verhandlungen mit dem Generalkommando hatten wir uns dahin entschieden, daß in sämmtlichen Quartieren volle Verpflegung gewährt werden sollte. Wir befürchteten nun, daß infolge der Anwesenheit so vieler Truppen in und um Danzig und bei gleichzeitiger Anwesenheit der großen Manöverflotte auf der Danziger Rhede die Preise der Lebensmittel sehr steigen würden. Um dem möglichst vorzubeugen, setzten wir uns mit den Obermeistern der Bäcker- und der Fleischer-Innung in Danzig in Verbindung, machten die Verkäufer in unserer Markthalle darauf aufmerksam, daß sie sich rechtzeitig mit Vorräthen versehen sollten, und wiesen durch Inserate in einer Reihe von Provinzialblättern auf die günstige Verkaufsgelegenheit hin. Auch erwirkten wir beim Herrn Polizei-Präsidenten möglichste Ausdehnung des Marktverkehrs. In den Tagen der Einquartierung hat dann der Bedarf an Lebensmitteln unschwer gedeckt werden können; auch sind die Preise keine besonders hohen gewesen.

Außer den Truppen waren Pferde unterzubringen. Wir haben die erforderlichen Stallungen gemiethet und für jeden Pferdestand 1 Mk. pro Tag gezahlt. Auch sind wir Personen, welche lieber Pferde als Mannschaften aufnahmen, dadurch entgegengekommen, daß wir für jeden belegten Pferdestand einen Mann Einquartierung in Abzug gebracht haben.

Endlich mußten wir noch ca. 60 Geschäftszimmer hergeben, welche wir in den städtischen Schulen in der beanspruchten Weise herrichteten. Als die Truppen bereits eintrafen, wurden noch Räume für die Lagerung der Montirungsstücke u. A. verlangt, die ebenfalls schleunigst in den Schulen bereitgestellt wurden.

Die Einquartierung ist nicht so groß gewesen, wie wir annehmen mußten.

Nach den uns gewordenen Mittheilungen erwarteten wir:

33 Generäle, 88 Stabsoffiziere, 598 Hauptleute und Leutnants, 153 Feldwebel, 254 Vicefeldwebel, 1335 Unteroffiziere, 11957 Gemeine und 481 Pferde.

Gekommen sind:

26 Generäle, 80 Stabsoffiziere, 440 Hauptleute und Leutnants, 116 Feldwebel, 117 Vicefeldwebel, 965 Unteroffiziere, 11595 Gemeine und 301 Pferde.

also weniger:

7 Generäle, 8 Stabsoffiziere, 158 Hauptleute und Leutnants, 37 Feldwebel, 137 Vicefeldwebel, 370 Unteroffiziere, 362 Gemeine und 180 Pferde.

Schon hieraus ergiebt sich, daß ohne unser Verschulden eine erhebliche Anzahl von Personen, denen wir einen Quartieranfagezettel zugeschickt hatten, ohne Einquartierung geblieben ist. Dann aber sind vielfach auch Versehen durch die Truppenfourire gemacht. Die Kgl. Kommandantur hierselbst hatte ihnen auf unseren Wunsch außer den zur Benutzung bestimmten Quartierbillets noch eine Zahl von Billets auf Reservequartiere gegeben, die nur benutzt werden sollten, falls die in erster Linie in Aussicht genommenen Quartiere zum Theil unbrauchbar wären. Die Fourire haben aber häufig die Reservequartiere belegt, ohne die anderen Quartiere auch nur zu besichtigen.

Nach Abzug der Truppen ist eine große Zahl von Entschädigungsansprüchen bei uns geltend gemacht worden. Personen, welche für Ausquartierung bezahlt hatten, wollten ihr Geld zurückhaben, weil ihre Nachbarn, ohne etwas bezahlt zu haben, auch nicht Einquartierung erhalten hätten. Solche Ansprüche mußten wir rundweg zurückweisen, da wir für die Ausquartierungen sehr erheliche Aufwendungen gehabt haben. Personen, die keine Einquartierung bekommen hatten, wollten wieder dafür entschädigt sein, daß sie für die erwartete Einquartierung Aufwendungen gemacht hätten. Auch diesen Anträgen konnten wir nicht stattgeben; wir waren an dem Freibleiben der Quartiere nicht Schuld und mußten die Antragsteller darauf hinweisen, daß sie noch mehr zugesetzt hätten, wenn die Einquartierung eingetroffen wäre. Nur in den Fällen, in denen von uns gemiethete Quartiere aus irgend einem Grunde ohne Absage frei geblieben waren, haben wir den nachgewiesenen Schaden ersetzt. Im Uebrigen darf bei einem solchen Anlasse nicht der Nachbar auf den Nachbar blicken und peinlich vergleichen, ob der letztere vielleicht etwas besser fortkommt; eine völlig gerechte Vertheilung der Einquartierungslast ist ein Ding der Unmöglichkeit. Da wir die Wünsche der Militärbehörden in Bezug auf die Unterbringung der Truppentheile in einzelnen Stadtgegenden bez. Vororten berücksichtigten mußten, sind manche Straßen stark, andere nur wenig belegt gewesen.

Die Abrechnungen nach der Einquartierung haben sich sehr in die Länge gezogen, und sind noch nicht völlig beendet. Die Truppen zahlten zunächst an Entschädigung für die Verpflegung 0,80 Mk. pro Mann und Tag ein. Nachdem dieser Betrag an das Publikum abgeführt war, wurde der Verpflegungssatz vom Bundesrathe für die Manöverzeit auf 1,10 Mk. pro Mann und Tag erhöht, und es mußten deshalb sehr zahlreiche Nachzahlungen erfolgen. Die Quartierentschädigung ist zum Theil noch jetzt an uns nicht gezahlt. Was die Kostenfrage betrifft, so betrugen bis zum 4. Februar d. J. die Einnahmen 79266,26 Mk., die Ausgaben 84412,18 Mk. Es steht indessen einerseits noch eine Einnahme an Servis von cr. 7875 Mk. aus, und andererseits soll an diejenigen, welche durch unsere Vermittelung ausquartiert haben, je ein Viertel des eingezahlten Betrages zurückgezahlt werden. Da die Einzahlungen für die Ausquartierung rund 22000 Mk. betrugen, würden cr. 5500 Mk. zurückzuzahlen sein. Der Zuschuß der Stadt für die Einquartierung dürfte hiernach höchstens 3000 Mk. betragen, während aus gleichem Anlasse Stettin rund 43000 Mk., Königsberg rund 54000 Mk. aufwenden mußte. Dies erfreuliche Ergebniß verdanken wir dem Umstande, daß der größte Theil unserer Bürgerschaft die Einquartierungslast willig auf sich genommen hat.

Abschrift.

Nachtrag

zum

Ortsstatut für die Stadt Danzig, betreffend die Vertheilung der Quartierleistungen im Frieden vom 13. April 1871.

§ 8.

„In Fällen außergewöhnlich starker Belegung der Stadt mit Truppen (zu Manöverzeiten, beim Durchmarsche großer Truppenmassen u. s. w.) kann die Servis-Deputation nach Genehmigung des Magistrats von einer Anmiethung der nothwendigen Quartiere absehen und die Einquartierung auf Hausbesitzer und Miether gleichmäßig derart vertheilen, daß:

eine Wohnung im Werthe von 251— 300 Mk. mit 1 Mann,
eine Wohnung im Werthe von 301— 600 Mk. mit 2 Mann, oder einem Unteroffizier, Sergeanten pp.,
eine Wohnung im Werthe von 601— 900 Mk. mit 3 Mann, oder einem Portepéfähnrich, Vicefeldwebel pp.,
eine Wohnung im Werthe von 901—1200 Mk. mit 4 Mann, oder einem Feldwebel, Wachtmeister pp.,
eine Wohnung im Werthe von 1201—1500 Mk. mit 5 Mann, oder einem Hauptmann, Rittmeister, Leutnant pp. nebst Burschen,
eine Wohnung im Werthe von 1501—1800 Mk. mit 6 Mann, oder einem Oberst, Major, Intendanten, Corpsarzt pp. nebst Burschen,
eine Wohnung im Werthe von 1801 und mehr Mk. mit 7 Mann, oder einem General, Generalleutnant, General-Major, General-Intendanten pp nebst Burschen

belegt wird.

Dabei ist so zu verfahren, daß möglichst in die theuereren Wohnungen die höheren Chargen gelegt werden, die Belegung mit Gemeinen aber in der Art erfolgt, daß die Wohnungen im Werthe von 251 bis 300 Mk. erst zuletzt und nur, soweit es erforderlich ist, mit Truppen belegt werden. Wird für weniger Truppen Quartier verlangt, als nach vorstehender Skala gewährt werden kann, so werden überhaupt zunächst die billigsten Wohnungen und nach ihnen die nächst theuereren mit je einem Gemeinen weniger belegt. Ist dagegen eine größere Truppenzahl unterzubringen, als nach vorstehender Skala möglich ist, so werden zunächst die theuersten Wohnungen und dann die weniger theueren mit je einem Gemeinen mehr belegt. Auch dann sind 2 Mann gleich einem Unteroffizier, 3 Mann gleich einem Vicefeldwebel u. s. w. zu rechnen.

In den Vorstädten kann bei Bedarf auch schon eine Wohnung im Werthe von 251—300 Mk. mit einem Unteroffizier, Sergeanten pp., im Werthe von 301—600 Mk. mit einem Portepéfähnrich, Vicefeldwebel pp., im Werthe von 601—900 Mk. mit einem Feldwebel, Wachtmeister pp., im Werthe von 901 bis 1200 Mk. mit einem Hauptmann, Rittmeister, Leutnant pp. nebst Burschen, im Werthe von 1201 bis 1500 Mk. mit einem Oberst, Major pp. nebst Burschen und im Werthe von über 1500 Mk. mit einem General pp. nebst Burschen oder mit der entsprechenden Anzahl Gemeiner belegt werden. Auch findet in den Vorstädten im Nothfalle die Belegung der Wohnungen im Werthe von 201—250 Mk. mit je 1 Mann statt.

Wohnungen von nur 1 Zimmer bleiben von Einquartierung frei.

Können oder wollen die verpflichteten Quartiergeber die Einquartierung nicht aufnehmen, so sind sie zwar befugt, die Einquartierung auch außerhalb ihrer Wohnungen durch Anmiethung oder sonstwie auf ihre Kosten unterzubringen. Die Unterbringung darf aber nur in Räumen erfolgen, die entweder im selben Hause oder doch in möglichster Nähe dieses Hauses belegen sind und den gesetzlichen Anforderungen genügen.

Die anderweite Unterbringung muß dem Servisbüreau in einer von der Servisdeputation zu bestimmenden Frist vor Eintreffen der Truppen mitgetheilt werden. Ist das Ersatz-Quartier ungeeignet, so wird nöthigenfalls auf Kosten des verpflichteten Quartiergebers ein Neues beschafft. Das Gleiche findet statt, wenn aus irgend welchen Gründen der Verpflichtete zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit auch durch polizeilichen Zwang nicht angehalten werden kann.

Für das Quartier wird in den Fällen dieses Paragraphen der seitens der Militärbehörden gezahlte Servis erstattet. Ebenso wird für Naturalverpflegung, wo solche verabreicht werden muß, der von den Militärbehörden hierfür gewährte Betrag als Vergütung gezahlt

Die Besitzer von Stallungen, Scheunen, Schuppen u. s. w., in welchen Pferde untergebracht werden können, sind in Fällen dieses Paragraphen verpflichtet, den verfügbaren Raum der Stadtgemeinde auf Verlangen der Servisdeputation zur Verfügung zu stellen. Sie erhalten hierfür den Servis. Ist dieser geringer, als der Werth, welchen ihre Leistung nach den ortsüblichen Sätzen hat, so wird der fehlende Betrag ihnen aus Gemeindemitteln vergütet. Wie hoch die zu zahlende Vergütung ist, bestimmt die Servis-Deputation. Auf Beschwerde entscheidet der Magistrat."

Danzig, den 19. Juli 1901.

Der Magistrat.

(L. S.)

(gez.) **Delbrück. Bail.**

Vorstehender Nachtrag vom 19. Juli 1901 zum Ortsstatute für die Stadt Danzig, betreffend die Vertheilung der Quartierleistungen im Frieden vom 13. April 1871 wird auf Grund des § 117 d. L. V. G. vom 30. Juli 1883 in Verbindung mit § 50 d. Zust. G. vom 1. August 1883 namens des Kollegiums hierdurch genehmigt.

Danzig, den 20. Juli 1901.

(L. S.)

Namens des Bezirksausschusses

Der Vorsitzende.

(gez.) **Holwede.**

Abschnitt B. VIII. Zum Etat V. Kirchenverwaltung.

Die Superintendentur der Diözese „Danziger Werder" ist durch die Versetzung des bisherigen Inhabers, Konsistorialraths Pfarrer Schaper zu Wotzlaff zur Zeit erledigt. Andere Veränderungen unter den im Etat der Kirchenverwaltung mit Namensnennung aufgeführten Personen sind nicht vorgekommen.

In den Zahlen sind gegen den Etat keine Veränderungen eingetreten.

Abschnitt B. IX. Zum Etat VI. Schulverwaltung.

A. Höhere Schulen.

Die Schülerzahl hat in den 3 höheren Knabenschulen sich in der Gesammtsumme um 6 vermindert (Michaelis 1900: 1323, Michaelis 1901: 1315,) davon gehen noch ab 2 Schüler mehr in der Vorschule zu

St. Petri. An der Verminderung ist die Realschule zu St. Petri und Pauli mit 10 Schülern und das Realgymnasium zu St. Johann mit 23 Schülern betheiligt. Dagegen ist eine Erhöhung der Frequenz bei dem Gymnasium um 13 Schüler und bei den Ober-Realschulklassen an St. Petri um 12 Schüler eingetreten.

Im Einzelnen stellt sich die Frequenz folgendermaßen:

I. Städtisches Gymnasium.

Michaelis 1901.						gegen Mich. 1900
Ev. Schüler	Kath. Schüler	Jüd. Schüler	Einheimische	Auswärtige	Gesammtsumme	
388	70	25	396	87	483	+ 13

Durchschnitts-Frequenz der Klassen: 30,2 Schüler.

II. Realschule zu St. Petri.

Michaelis 1901.						gegen Mich. 1900
	Evangel. Schüler	Kath. Schüler	Jüd. Schüler	Einheimische	Auswärtige	Gesammtsumme	
Realschule . . .	428	41	42	416	95	511	— 10
Ober-Realschul-Klassen	35	4	1	25	15	40	+ 12
Vorschule (3 Kl.)	107	10	9	112	14	126	+ 2

Durchschnitts-Frequenz der Klassen der Realschule: 34 Schüler.
" " " Ober-Realschulklassen: 13,3 "
" " " Vorschulklassen: 42 "

III. Realgymnasium zu St. Johann.

Michaelis 1901.						gegen Mich. 1900
Ev. Schüler	Kath. Schüler	Jüd. Schüler	Einheimische	Auswärtige	Gesammtsumme	
260	17	4	210	71	281	— 23

Durchschnitts-Frequenz der Klassen: 25,6 Schüler.

Veränderungen im Lehrer-Collegium:

a) Den Oberlehrern am Gymnasium: Dr. Dähn und Dr. Prahl ist der Professortitel verliehen worden.

b) In den Ruhestand tritt am 1. 4. 1902. Professor Fincke vom Realgymnasium zu St. Johann.

c) Verstorben:

1. Professor Dr. Kiesow von der Realschule zu St. Petri am 10. 3. 1901.
2. Oberlehrer Brandt „ „ „ „ „ „ „ 18. 5. 1901.
3. Elementarlehrer Mahlau von dem Realgymnasium St. Johann am 13. 4. 1901.

d) Angestellt:

1. als Oberlehrer: Boldt (Gymnasium) seit 1. 4. 01,
   Thöne (St. Petri u. Pauli) vom 1. 10. 01 ab,
   Tümmler (Gymnasium) vom 1. 4. 02 ab,
   Dr. Sonntag (St. Petri u. Pauli) vom 1. 4. 02 ab,
   Meyer (St. Johann) vom 1. 4. 02 ab,
2. als Elementarlehrer: Zander (St. Johann) seit 1. 10. 01.

Am Gymnasium, an St. Petri und St. Johann ist je eine wissenschaftliche Hilfslehrerstelle in eine Oberlehrerstelle umgewandelt worden. (Stadtv.-Beschl. v. 29. 11. 01 — Nr. 20 und v. 27. 12. 01 — Nr. 21).

Beschlossen ist der Neubau eines Gebäudes nebst Turnhalle für die Ober-Realschule zu St. Petri und Pauli mit einem Kostenaufwande von 580 000 Mk. (Stadtv.-Beschl. v. 2. 12. 01 — Nr. 1). In das Gebäude der jetzigen Realschule soll eine der Mittelschulen übersiedeln.

B. Die Victoriaschule.

Die Zahl der Schülerinnen ist um 11 und die der Seminaristinnen um 21 gestiegen.

	Michaelis 1901						gegen Mich. 1900
	Evangel. Schülerinn.	Kath. Schülerinn.	Jüd. Schülerinn.	Einheimische	Auswärtige	Gesammtsumme	
Victoriaschule . .	400	19	39	425	33	458	+ 11
Seminar	105	9	2	88	28	116	+ 21

Die Durchschnittsfrequenz a) der Schulklasse: 27 Schülerinnen
b) der Seminarklasse: 29 Schülerinnen.

In dem Lehrkörper sind folgende Veränderungen vorgegangen:

Den Oberlehrern Hoffmann und Wienandt ist der Professortitel verliehen worden.

Ausgeschieden ist die technische Lehrerin Fräulein Münsterberg infolge Pensionirung.

Angestellt:

1. Die technische Lehrerin Fräulein L. Bechmann (für Fräulein Münsterberg).
2. Der Oberlehrer Mertner. Derselbe tritt in eine vom 1. 4. 02 ab eingerichtete neue Oberlehrerstelle.
3. Die wissenschaftliche Lehrerin Fräulein Grützmacher ist von der Bezirksschule im schwarzen Meer an die Viktoriaschule berufen worden und zwar gleichfalls in eine vom 1. 4. 02 ab eingerichtete neue Stelle.

C. Mittel- und Volksschulen.

Die Frequenzverhältnisse ergiebt die nachfolgende Tabelle:

Frequenztabelle für die Mittel- und Volksschulen.

Michaelis 1901.

Nummer.	Bezeichnung der Schule.	Zahl d. Klassen.	Lehrer			Lehrerinnen			Handarbeits-Lehrerinnen	Knaben			Mädchen			Summe	Gegen Michaeli 1900	
			Evangl.	Kathol.	Jüdisch	Evangl.	Kathol.	Jüdisch		Evangl.	Kathol.	Jüdisch	Evangl.	Kathol.	Jüdisch		mehr	weniger
1	Mittelschule der Rechtstadt .	7	7	1	—	—	—	—	—	296	52	11	—	—	—	359	22	—
2	St. Catharinen-Mittelschule .	7	8	—	—	—	—	—	—	335	30	10	—	—	—	375	—	3
3	Knabenschule auf dem Petri-Kirchhof	12	5	2	1	3	1	—	—	440	207	3	—	—	—	650	—	1
4	Mädchenschule am Leegenthor	12	4	3	—	4	1	—	1	—	—	—	355	221	—	576	—	6
5	„ a. d. Johannis-Kirchhof . . .	5	2	—	—	3	1	—	—	—	—	—	179	79	3	261	—	19
6	„ am Rähm . .	13	4	3	—	4	2	1	—	—	—	—	435	202	2	639	13	—
7	„ am Faulgraben	13	4	2	—	6	3	—	—	—	—	—	470	243	—	713	13	—
8	Knabenschule i. d. Baumgartschen Gasse .	12	5	3	—	3	1	—	—	355	194	—	—	—	—	549	6	—
9	„ a. d. gr. Mühle	17	8	5	—	3	1	—	—	549	308	10	—	—	—	867	—	39
10	„ a. d. Hakelwerk	14	7	3	—	3	1	—	—	437	213	3	—	—	—	653	14	—
11	Mädchenschule a. d. Niederen Seigen . . .	12	3	4	—	6	—	—	—	—	—	—	375	224	8	607	—	4
12	„ auf Langgarten	12	5	1	—	4	3	—	—	—	—	—	439	166	10	615	—	67
13	„ i. d. Weidengasse	12	4	2	—	5	2	—	—	—	—	—	424	195	4	623	38	—
14	Knabenschule der Niederstadt	22	11	6	—	5	—	—	—	852	385	7	—	—	—	1244	—	—
15	Schule im schwarzen Meer .	19	7	5	—	6	2	—	—	278	122	—	392	181	2	975	—	8
16	Schule zu Langfuhr { Mädchen	15	3	3	—	6	4	—	—	—	—	—	460	348	—	808	92	—
	Schule zu Langfuhr { Knaben .	16	7	4	—	2	3	—	—	467	335	1	—	—	—	803	88	—
17	Knabenschule zu Schidlitz . .	18	5	6	—	4	3	—	—	444	437	1	—	—	—	882	—	16
18	Mädchenschule zu Schidlitz .	18	5	5	—	6	3	—	—	—	—	—	472	443	1	916	—	19
19	Schule zu Neufahrwasser . .	20	9	4	—	5	3	—	—	415	233	2	381	239	—	1270	52	—
20	Schule zu St. Albrecht . . .	7	2	2	—	2	1	—	—	67	79	—	90	93	—	329	33	—
21	Evangelische Schule zu Altschottland	7	4	—	—	3	—	—	1	198	—	—	201	—	—	399	59	—
22	Katholische Schule daselbst .	7	4	—	—	3	—	—	1	—	247	—	—	163	—	410	51	—
23	Evangl. Schule i. Spendhaus	1	1	—	—	—	—	—	—	28	—	—	16	—	—	44	—	4
24	„ i. Pelonken .	2	2	—	—	—	—	—	—	73	—	—	58	—	—	131	—	1
25	Taubstummenschule	4	2	2	—	—	—	—	—	13	7	—	13	5	—	38	—	—
26	Hilfsklasse (für schwachsinnige Kinder)	1	1	—	—	—	—	—	—	8	5	—	10	4	—	27	8	—
27	Schule in Strohdeich*) . . .	2	1	—	—	—	—	—	1	12	5	—	14	6	—	37	8	—
	Summe . .	307	130	66	1	86	35	1	4	5267	2859	48	4784	2812	30	15800	497	187
			197			122				8174			7626				310	

	Michaelis 1901	1900	1901
Evangelische Schulkinder	10051	9983	+ 68
Katholische Schulkinder	5671	5431	+ 240
Jüdische Schulkinder	78	76	+ 2
zusammen	15800	15490	+ 310

*) Die Schule in Strohdeich ist keine städtische Schule, sondern wird von einem Schulverbande unterhalten. Dieselbe wird noch von 40 Kindern des Landkreises besucht, welche in der obigen Tabelle nicht mitenthalten sind. An den beiden Klassen derselben ertheilen außer dem einen angestellten Lehrer noch ein katholischer und ein evangelischer Lehrer im Nebenamte Unterricht.

In der Zahl der in der Tabelle aufgeführten Klassen sind 9 provisorisch eingerichtete Klassen enthalten, wovon 4 Klassen am 1. April 1902 zur definitiven Besetzung gelangen sollen.

Die an der rechtstädtischen Mittelschule am 1. Juli 1901 infolge Wahl des Lehrers Schreiber zum Rektor der Bezirks-Mädchenschule auf den Niederen Seigen entstandene Vakanz ist durch Berufung des Lehrers Scheffler von der Bezirks-Knabenschule auf dem Hakelwerk zur Erledigung gelangt.

Weitere Veränderungen an den beiden Knaben-Mittelschulen sind im Berichtsjahre nicht vorgekommen.

Die Veränderung im Lehrpersonal an den Volksschulen ergiebt folgende Tabelle:

Zugang:

1. Lehrer Arnim Münchow, an der Bezirks-Mädchenschule am Rähm (für Komm).
2. „ Eduard Müller, an der Bezirks-Mädchenschule Niedere Seigen (für Auer).
3. „ Ernst Werner, an der Bezirksschule in St. Albrecht (Neue Stelle, Niederstadt).
4. „ Wilhelm Schalhorn, an der Bezirks-Knabenschule in Schidlitz (Neue Stelle).
5. „ Joseph Winkelmann, an der Bezirks-Mädchenschule in Schidlitz (Neue Stelle).
6. „ Wilhelm Dummer, an der Bezirks-Knabenschule in Schidlitz (für Hotop, Hilfsklasse).
7. „ Otto Sasse, an der Bezirksschule in Neufahrwasser (für Wollermann).
8. „ Otto Wetzling, an der Bezirks-Mädchenschule in Schidlitz (für Borkmann, Petrikirchhof).
9. „ Paul Matschkewitz, an der Bezirks-Knabenschule in Schidlitz (für Oehlrich).
10. „ Lucius Majewski, an der Bezirks-Knabenschule in Schidlitz (Neue Stelle, Niederstadt).
11. „ Bernhard Conrad, an der Bezirksschule in Neufahrwasser (für Jasinski).
12. „ Otto Marschewski, an der Bezirks-Mädchenschule Niedere Seigen (Neue Stelle, Knabenschule Langfuhr).
13. „ Emil Treder, an der Bezirks-Knabenschule auf dem Hakelwerk (für Scheffler).
14. „ Walter Todt, an der Bezirks-Knabenschule Niederstadt (Neue Stelle).
15. Rektor Joh. Schreiber, an der Bezirks-Mädchenschule Niedere Seigen (Neue Stelle, Mädchenschule Langfuhr).
16. Lehrer Otto Abraham, an der Bezirks-Knabenschule Schidlitz (für Wegener).
17. „ Christ. Urbat, an der Bezirksschule in Neufahrwasser (für Zander, Baumgartsche Gasse).
18. „ Franz Matschkewitz, an der Bezirksschule im Schwarzen Meer (für Grieß).
19. „ Julian Chrzan, an der Bezirks-Mädchenschule Niedere Seigen (Neue Stelle, Mädchenschule Langfuhr).
20. Lehrerin Martha Rosenkranz, an der Mädchenschule Schidlitz (für Keller, Rähmschule).
21. „ Dora Meynas, an der Knabenschule Schidlitz (Neue Stelle, Knabenschule Langfuhr).
22. „ Holder-Egger, an der Mädchenschule Langfuhr (Neue Stelle).
23. „ Ida Freude, an der katholischen Schule Altschottland (für Frl. Hanke).
24. „ Martha Groth, an der Bezirksschule Neufahrwasser (für Abermeth).
25. „ Erika Wilke, an der Bezirks-Mädchenschule Schidlitz (Neue Stelle).
26. „ Melanie Schulz, an der Bezirks-Knabenschule Schidlitz (Neue Stelle).

Außer den aufgeführten Lehrern und Lehrerinnen sind noch 9 Lehrkräfte für das neue Etatsjahr erwählt, deren Bestätigung noch aussteht.

Abgang:

1. Lehrer Jasinski I, von der Bezirksschule Neufahrwasser (verstorben).
2. „ Oehlrich, von der Bezirks-Knabenschule Schidlitz (abgegangen).
3. „ Scheffler, von der Bezirks-Knabenschule auf dem Hakelwerk (an die Rechtstädtische Mittelschule übernommen).

4. Lehrer Wegner, von der Bezirks-Knabenschule Schidlitz (abgegangen).
5. „ Zander, von der Bezirks-Knabenschule in der Baumgartschen Gasse (an das Realgymnasium zu St. Johann übernommen).
6. „ Grieß, von der Bezirksschule im Schwarzen Meer (abgegangen).
7. „ Bach, von der Bezirks-Knabenschule Schidlitz (abgegangen).
8. „ Abraham, von der Bezirks-Knabenschule Schidlitz (abgegangen 1. 4. 02).
9. Lehrerin Hanke, von der katholischen Schule Altschottland (abgegangen).
10. „ Abermeth, von der Bezirksschule Neufahrwasser (abgegangen).
11. „ Zeterling, von der Bezirks-Mädchenschule Langgarten (1. 4. 02 pensionirt).
12. „ Grützmacher, von der Bezirksschule im Schwarzen Meer (1. 4. 02 an die Victoriaschule übernommen).

Versetzungen.

1. Lehrer Maschke, von der Knabenschule Schidlitz an die Knabenschule der Niederstadt (für Steuck).
2. Rektor Kamulski, von der Mädchenschule Niedere Seigen an die Mädchenschule Langfuhr (Neue Stelle.)
3. Lehrer Klein, von der Knabenschule Schidlitz an die Knabenschule der Niederstadt (Neue Stelle).
4. „ Ed. Müller, von der Mädchenschule Niedere Seigen an die Knabenschule Langfuhr (Neue Stelle).
5. „ Steuck, von der Knabenschule Niederstadt an die Hilfsklasse (für Hotop).
6. „ Böhnert, von der Bezirksschule Neufahrwasser an die Bezirks-Knabenschule in der Baumgartschen Gasse (für Zander).
7. Lehrerin Hieronymus, von der Knabenschule Schidlitz an die Mädchenschule Langfuhr (Neue Stelle).
8. „ Conrad, von der Mädchenschule Schidlitz an die Mädchenschule am Rähm (für Keller).
9. „ Kumm, von der Mädchenschule Niedere Seigen an die Mädchenschule Langfuhr (Neue Stelle).
10. „ v. Sarnowski, von der Mädchenschule Langfuhr an die Mädchenschule am Rähm (für Naumann).
11. Lehrerin Naumann, von der Mädchenschule am Rähm an die Mädchenschule Langfuhr (für v. Sarnowski).
12. „ Dormann, von der Bez.-Schule Neufahrwasser an die Knabenschule in Schidlitz, (für Börgmann).
13. „ Börgmann, von der Knabenschule Schidlitz an die Bezirks-Schule in Neufahrwasser (für Dörmann).

Die an der Taubstummenschule neu eingerichtete 4. Klasse wird noch von dem Lehrer Bollmann provisorisch verwaltet.

Am 1. Januar 1902 ist eine zweite Hilfsklasse eingerichtet worden; dieselbe ist dem Lehrer Hübner übertragen.

Beschlossen ist die Anstellung von Schulärzten für sämmtliche Volksschulen (Stadtv.-Beschl. v. 3. 9. 01 — Nr. 13 —), auch ist für diese Aerzte eine besondere Dienstanweisung erlassen. Ferner ist eine Ordnung für die Beaufsichtigung der Volksschulen der Stadt Danzig und ihrer Vorstädte durch Schulvorstände erlassen worden. — In der Schule „Rittergasse" ist eine zweite Haushaltungsschule eingerichtet. Seitens des Staats ist in Danzig ein außerordentlicher katholischer Präparandenkursus errichtet und sind zu diesem Zwecke vom 1. 1. 1902 bis 1. 10. 1904 mehrere Räume im städtischen Grundstücke Langgarten Nr. 22 für 600 Mk. pro Jahr angemiethet worden. (Stadtv.-Beschl. v. 27. 12. 01 Nr. 8.)

Die Ruhegehaltskasse für Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen des Regierungsbezirks Danzig erfordert im Berichtsjahre einen Betrag von 24738,20 Mk. gegen 24905,40 Mk. des Vorjahres.

Zum Abschnitt IX des Schuletats: „Fortbildungs-, technische und andere Schulen“ sind folgende Anführungen zu machen:

1. Die bisherige staatliche Fortbildungs- und Gewerkschule ist durch Vertrag vom 24. Juni bezw. 16. Juli 1901 als

„Städtische Handels- und Gewerbeschule“

in die Verwaltung der Stadt Danzig übergegangen.

Die Schule wird von einem Curatorium verwaltet, welchem angehören:

1. Oberbürgermeister Delbrück, in seiner Vertretung Stadtrath Dr. Bail.
2. Stadtschulrath Dr. Damus, } vom Magistrat gewählt.
3. Stadtrath Schneider, }
4. Redacteur u. Stadtverordneter Klein, } von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt.
5. Kaufmann u. Stadtverordneter G. Davidsohn }
6. Kaufmann Albert Neumann, vom Vorsteheramt der Kaufmannschaft gewählt.
7. Ofenfabrikant Wiesenberg, vom Vorstande des Allgem. Gewerbevereins gewählt.
8. Baugewerks-Obermeister Herzog in dessen Vertretung Fleischer-Obermeister Illmann, } von der Handwerkskammer gewählt.
9. Direktor der Handels- und Gewerbeschule Fischer.
10. Geheimer Marine-Baurath Bieske, } vom Herrn Minister für Handel und Gewerbe ernannt.
11. Regierungsrath Meyer, }

Der Staat leistet zur Unterhaltung der Schule einen festen Zuschuß von 80000 Mk. pro Jahr, während die Stadt die übrigen Ausgaben trägt. — Die Ausgaben betrugen nach dem Etat pro 1901 = 83543,35 Mk., während die Einnahmen auf 81542 Mk. veranschlagt waren. In den Ausgaben waren aber nicht mit enthalten diejenigen Beträge, welche die Stadt früher selbst für die Anstalt verausgabt hat, diese standen vielmehr im städtischen Schuletat. In den Etat der Anstalt pro 1902 sind auch diese Beträge nunmehr mit übernommen; derselbe schließt in Einnahme mit 81550 Mk. und in Ausgabe mit 95550 Mk. ab und ist dem Schuletat als Anhang beigefügt. Die Schule wurde im Sommerhalbjahr von 2877 und im Winterhalbjahr von 3092 Schülern besucht. Von diesen Schülern besuchten ca. 120 die Schule freiwillig, d. h. sie wurden weder durch das Ortsstatut noch durch Innungszwang dazu veranlaßt. — Der Unterricht an der gedachten Anstalt erfolgt in der bisherigen Weise.

Auch für den Winter 1901/02 ist die im Vorjahre ins Leben gerufene Schifferschule beibehalten. Bedauerlicherweise ist die Schülerzahl gegen das Vorjahr zurückgegangen. Es besuchen die Schule in diesem Jahre nur 21 Schüler (gegen 56 im Vorjahre). Dies kommt hauptsächlich daher, daß die meisten die Schule nur besuchen, um nachher das Elbschifferpatent zu erwerben, was bisher in Danzig noch nicht möglich ist. — Diesbezügliche Verhandlungen sind jedoch nunmehr eingeleitet und es steht zu erwarten, daß demnächst eine Kommission zur Abnahme der erforderlichen Prüfung hierselbst ernannt werden wird. Es darf alsdann für das kommende Jahr mit Bestimmtheit auf eine größere Schülerzahl gerechnet werden. Das hinsichtlich des Unterrichts, des Schulgeldes und der Bestreitung der Kosten im vorjährigen Bericht Gesagte trifft auch für dieses Jahr zu.

Der Zeichenkursus für Volksschüler wird in derselben Weise und unter denselben Verhältnissen ertheilt wie im Vorjahre. Die Theilnehmerzahl ist hier von 89 auf 123 gestiegen.

2. Die Gewerbe- und Handelsschule für Frauen und Mädchen

ist eine private, von der Stadtgemeinde mit 1500 Mk. jährlich unterstützte Anstalt (Leiterin Frl. Solger).

Das der Stadtgemeinde gehörige Haus Jopengasse 65 ist der Anstalt unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung und Beaufsichtigung liegt einem Kuratorium ob, dessen Mitglieder theils vom Magistrat, theils von hiesigen Vereinen gewählt werden. An der Schule sind einschließlich der Leiterin 11 Lehrerinnen bezw. Lehrer thätig. Die Schule ist von 128 Schülerinnen (gegen 139 im Vorjahre) besucht worden.

Unterrichtsgegenstände sind:

Zeichnen, Malen, kunstgewerbliche Arbeiten, Kunsthandarbeiten, Wäsche-Konfektion, Maschinennähen, Schneidern, Putzmachen, kaufmännische Buchführung und Korrespondenz, Rechnen, Schreiben, Stenographie, Bedienung der Schreibmaschine, Gesundheitslehre mit praktischen Verbandübungen, Pädagogik und Ausbildung von Handarbeitslehrerinnen, englische Korrespondenz u. s. w.

Arbeitsvermittelungen für frühere Schülerinnen, sowie Nachweise von kaufmännischen Stellen fanden durch die Vorsteherin in zahlreichen Fällen statt.

3. Die allgemeine gewerbliche Mädchenfortbildungsschule

ist ebenfalls eine private, von der Stadtgemeinde mit 1500 Mk. jährlich unterstützte, unter der Aufsicht eines wie oben erwähnt gewählten Kuratoriums stehende Privatschule. Leiterin ist Fräulein Farr. Die Schule ist durchschnittlich von 118 Schülerinnen besucht worden. Eine größere Anzahl Schülerinnen erhielten durch Vermittelung der Leiterin Stellung in hiesigen Geschäften.

Der Unterricht erstreckte sich auf Deutsch, Rechnen, Buchführung, Schreiben, Schreibmaschine, Zeichnen, Handelsgeographie, Naturkunde, Stenographie, Turnen und fakultativ Englisch und Französisch.

Die Einnahmen betrugen:

a) an Schulgeld	3661,00 Mk.	
b) Beihülfe von der Stadtgemeinde	1500,00 „	
		5161,00 Mk.

Die Ausgaben:

a) Lehrerhonorare	4103,00 Mk.	
b) Miethe und Schuldiener	805,00 „	
c) Annoncen und Drucksachen	217,50 „	
d) Schulutensilien und Lehrmittel	28,60 „	
e) sonstige Ausgaben	6,90 „	
		5161,00 Mk.

Abschnitt B. X. Zum Etat VII. Allgemeine Armenverwaltung.

In der öffentlichen Armenpflege sind z. Zt. 280 Pfleger und 46 Pflegerinnen, zusammen 326 Personen, ehrenamtlich thätig. Dieselben sind, wie im Vorjahre, auf 30 Armenkommissionen vertheilt. Die Armenpflegerinen gehören 19 Kommissionen als Mitglieder an, während in 11 Kommissionen Armenpflegerinnen

noch nicht vertreten sind. Die 30 Armenkommissionen wurden beaufsichtigt von 8 Stadträthen, und zwar den Herrn Bischoff, Claassen, Dr. Dasse, Hein, Dr. Helm, Penner, Poll und Schneider, sowie von 7 Stadtverordneten, und zwar den Herren Entz, Fischer, Gibsone, Knochenhauer, Schmidt, Schwonder und Siemens. Von Letzteren hat Herr Schwonder dieses Amt im Laufe des Berichtsjahres niedergelegt; an seine Stelle ist Herr Vollbrecht gewählt.

Von Armenkommissionsvorstehern schieden aus die Herren Rosenstein, Wolff und v. Kolkow und wurden ersetzt durch die Herren Hildebrandt, Karpenkiel und Kraatz. Herr v. Kolkow ist bis zu seinem Ausscheiden 27 Jahre lang ununterbrochen in verschiedenen Ehrenämtern bei der Armenverwaltung thätig gewesen; er hat während dieses ganzen Zeitraums alle seine Aemter mit hingebender Treue und stets bewiesenem Interesse und Pflichteifer verwaltet; es soll daher nicht unterlassen werden, auch an dieser Stelle die gebührende Anerkennung dafür zum Ausdruck zu bringen.

Die Etatsansätze werden bei den Einnahmen voraussichtlich durchweg erreicht werden. Dagegen hat sich der Voranschlag für einzelne Ausgabetitel schon jetzt als nicht ausreichend erwiesen. So werden mehr oder minder erhebliche Ueberschreitungen nicht zu vermeiden sein:

bei Tit. III — außerordentliche Unterstützungen — weil infolge der ungünstigen wirthschaftlichen Verhältnisse, wie sie während der Wintermonate hier sich fühlbar gemacht haben, und infolge des in unmittelbarem Zusammenhange damit stehenden Mangels an ausreichender Arbeitsgelegenheit naturgemäß in erhöhtem Maaße Anforderungen an den Armenfonds gestellt worden sind, welche zunächst durch Gewährung von Baarmitteln an die Arbeitslosen und deren Familien und seit Errichtung der Suppenküche durch die Abegg-Stiftung hier und durch den Armenunterstützungsverein in Neufahrwasser durch Gewährung von Suppenmarken befriedigt werden mußten;

bei Tit. V — Bekleidung von Armen — weil auf Grund des Fürsorgeerziehungsgesetzes vom 2. Juli 1900, welches mit dem 1. April 1901 in Kraft getreten ist, für diejenigen Kinder, welche in Fürsorgeerziehung unterzubringen waren, die erforderliche Ausstattung an Kleidern ꝛc. hat beschafft oder ein Pauschquantum von je 40 Mk. hat gezahlt werden müssen;

bei Tit. VII — Unterhalt von Pflegekindern — weil der Verpflegungssatz für die in den beiden katholischen Waisenanstalten — in Altschottland für Knaben und im Marienkrankenhause für Mädchen — untergebrachten Kinder von 6 Mk. auf 12,50 Mk. pro Kopf und Monat seitens der Anstaltsvorstände erhöht worden ist;

bei Tit. VIII — Kur- und Verpflegungskosten für die in Irren- ꝛc. Anstalten untergebrachten Armen — weil die Anzahl der Geisteskranken zugenommen hat;

bei Tit. X — Transportkosten — weil die auf Kosten des Armenverbandes zu bewirkende Ueberführung der Fürsorgezöglinge nach den von dem Herrn Landeshauptmann bestimmten Anstalten oder Privat-Pflegestellen erhebliche Mehraufwendungen verursacht hat.

Die Durchführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes vom 2. Juli 1900 hat im Stadtkreise Danzig in der Zeit von seinem Inkrafttreten — 1. April 1901 — bis zum 1. Februar 1902 folgendes Ergebniß gehabt:

Es sind im Ganzen 320 Anträge auf Anordnung der Fürsorgereziehung gestellt worden, und zwar:

	von der Polizei		vom Armenamt	
gegen Knaben:	136		64	
„ Mädchen:	60		60	
zusammen:	196	+	124	= 320.

Angeregt sind die Anträge — abgesehen von den polizeilich gestellten —

	von der Schule:	von Armenpflegern u. Vormündern:
gegen Knaben:	in 12 Fällen	in 46 Fällen
„ Mädchen	„ 4 „	„ 26 „
	in 16 Fällen	in 72 Fällen.

Von den Beschlüssen des Vormundschaftsgerichts, durch welche Fürsorgeerziehung angeordnet ist, sind 133 rechtskräftig geworden, und zwar:

gegen Knaben unter 14 Jahren	47	—	über 14 Jahren	46	
„ Mädchen „ „ „	23	—	„ „ „	17	
zusammen	70		+	63	= 133.

Davon sind bis zum 1. Februar untergebracht 84, nämlich

a) in Anstalten

Knaben unter 14 Jahren	24	—	über 14 Jahren	22	
Mädchen „ „ „	13	—	„ „ „	9	
zusammen	37		+	31	= 68

b) in Familien

Knaben unter 14 Jahren	8	—	über 14 Jahren	1	
Mädchen „ „ „	6	—	„ „ „	1	
zusammen	14		+	2	= 16
			zusammen		84.

Unter den in Anstalten untergebrachten Mädchen über 14 Jahren befinden sich 8 Prostituirte.

Bis zum 1. Februar waren Anträge

	noch nicht erledigt,	—	zurückgewiesen,	—	zurückgezogen:
gegen Knaben:	46	—	55	—	6
„ Mädchen:	32	—	43	—	5
	78		98		11

Die verhältnißmäßig große Anzahl der zurückgewiesenen Anträge — 98 — erklärt sich daraus, daß das Kammergericht als höchste Instanz in Fürsorgeerziehungssachen dem Gesetz eine Auslegung gegeben hat, welche geeignet ist, den Wirkungskreis des Gesetzes sehr erheblich einzuschränken und von demselben alle diejenigen in der Praxis gerade am häufigsten vorkommenden Fälle des § 1666 B. G. B. scil. § 1 Nr. 1 des Fürsorgegesetzes — oder doch die bei Weitem größte Mehrzahl dieser Fälle von vornherein auszuschließen, nämlich diejenigen Fälle, in welchen

„das geistige oder leibliche Wohl des Kindes dadurch gefährdet wird, daß die Eltern das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbrauchen, das Kind vernachlässigen oder sich eines ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens schuldig machen.“

In Bezug auf diese Fälle hat das Kammergericht prinzipiell dahin entschieden, daß eine Fürsorgeerziehung regelmäßig nicht angeordnet werden dürfe. Derselbe führt hierbei aus:

In den Motiven zum Fürsorgeerziehungsgesetz und den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen sei darauf hingewiesen, daß die Fürsorgeerziehung einen streng subsidiären Charakter habe und demzufolge nur dann zur Anwendung kommen dürfe, wenn alle anderen zur Verfügung stehenden Maßregeln, eine geordnete Erziehung herbeizuführen, versagten. So müßten insbesondere auch im Wege der öffentlichen Armenpflege zunächst geeignete Maßnahmen getroffen werden, welche oft hinreichen würden, der Verwahrlosung des Minderjährigen vorzubeugen. Diesem subsidiären Charakter sei demnach unter Anderem auch dadurch Rechnung zu tragen, daß das Vormundschaftsgericht zunächst prüfe und feststelle, ob nicht die Maßregel der Entziehung der Sorge für das betreffende Kind dem Vater (der Mutter) gegenüber ausreiche, um die Verwahrlosung zu verhüten. Werde von dieser Maßregel Gebrauch gemacht, so würde das Kind bei mangelnden Privatmitteln offenbar hilfsbedürftig und unterliege deshalb ohne Weiteres der Unterstützungspflicht seitens des Armenverbandes. Es sei dann Sache des Vormundschaftsgerichts, dem Kinde einen Pfleger zu bestellen,

der für die erforderliche Unterbringung des Kindes seitens des Armenverbandes zu sorgen und über die Erziehung des Kindes zu wachen habe. Erst wenn diese Maßregeln sich nicht als ausreichend erwiesen hätten, dürfe die Fürsorgeerziehung eintreten.

Die praktische Anwendung dieser Grundsätze wird kaum dazu beitragen können, die sozialpolitische Bedeutung des Gesetzes zu erhöhen. Mindestens wird die Erfüllung einer der Hauptaufgaben des Gesetzes, durch schnell zu ergreifende und energische Vorbeugungsmaßregeln rechtzeitig einzugreifen, wesentlich erschwert werden. Denn die Durchführung der dem Vormundschaftsrichter an die Hand gegebenen Maßregeln, die doch immer nur als Versuche zur Herbeiführung einer ordentlichen Erziehung angesehen werden können, erfordert Zeit, vielfach vielleicht zu lange Zeit, als daß es möglich wäre, in denjenigen Fällen, in denen die Versuche mißlingen, durch verspätetes Einschreiten auf Grund des Fürsorgeerziehungsgesetzes noch günstige Erfolge zu erzielen. — Es wird zunächst abzuwarten bleiben, ob das Kammergericht an diesen nach unserem dafürhaltenden Tendenzen des Gesetzes nicht entsprechenden Grundsätzen festhalten wird. —

Durch Beschluß vom 14. Februar 1902 hat die Stadtverordneten-Versammlung unseren Anträgen auf Einstellung von Waisenpflegerinnen in den Dienst der städtischen Waisen- und Kinderpflege, auf Einführung der Generalvormundschaft, und auf Einrichtung einer besonderen Ziehkinderbeaufsichtigung durch einen Ziehkinderarzt und sechs besoldete Helferinnen die Zustimmung ertheilt. Die hierdurch bedingte Organisation der gesammten Waisen- und Kinderpflege soll mit dem 1. April d. J. ihren Anfang nehmen.

An Stiftungen, welche unserer Verwaltung unterstehen, sind während des Berichtsjahres hinzugekommen:

1. die Eduard Grimm'sche Kinderstiftung zum Besten von Vereinen, welche sich mit der Pflege schwächlicher und hülfsbedürftiger Kinder befassen, mit einem Vermögen von rund 90000 Mk.; diese Stiftung ist errichtet von der verwittweten Frau Clara Grimm geb. Pfeiffer hierselbst mit der Bestimmung, daß die Stiftung erst nach dem Ableben der Stifterin ins Leben treten soll; bis dahin hat die Stifterin die Zinseinnahmen des Stiftungsvermögens sich vorbehalten;
2. eine von der verstorbenen Freifrau Caroline v. Mannstein geb. v. Puttkammer zum Zwecke der Herstellung eines öffentlichen Brunnens durch Testament errichtete Stiftung mit einem Vermögen von 10 500 Mk.

Nachstehend theilen wir — entsprechend einer diesbezüglichen Testamentsanordnung — diejenigen Summen mit, welche aus den Revenüen der Luise Abegg-Stiftung zum Besten milder Anstalten pp. im Laufe dieses Berichtsjahres verwendet worden sind:

1.	für die Arbeitervermittlungsstelle „Halber Mond"	1000 Mk.
2.	„ die Ferien-Kolonien und Badefahrten	1000 „
3.	„ die Volksbibliotheken	2000 „
4.	„ den Verein Frauenwohl „Hauspflege"	800 „
5.	„ Kinderheilstätten	2000 „
6.	„ Knaben-Handarbeit	427 „
7.	„ das Luisenheim in Schidlitz	400 „
8.	„ das Volks-Brausebad rund	1540 „
9.	„ Frühstücksvertheilung	1500 „
10.	„ die westpreußische Trinkerheilanstalt zu Sagorsch	150 „
11.	„ den Armenunterstützungsverein in Neufahrwasser	100 „
12.	„ Badekarten zum Volksbrausebad	100 „
13.	„ Errichtung eines Knabenhortes auf Langgarten	1500 „
14.	„ den Kinderhort in Heubude zur Heizung	10 „
	zusammen	12527 Mk.

In diesem Betrage sind die Revenüen der Luise Abegg'schen Familienstiftung mit enthalten, da von diesen Revenüen zur Zeit für bedürftige Familienangehörige nur 250 Mk. verwendet werden und der Rest derselben bestimmungsmäßig für Zwecke der Stiftung zum Besten milder Anstalten aufgebraucht werden darf oder anderenfalls bei dieser letzteren Stiftung kapitalisirt werden muß.

Abschnitt B. XI. Zum Etat VIII. a, b und c.

Städtische Krankenanstalten und Arbeitshaus.

In der Zusammensetzung der Kommission für die städtischen Krankenanstalten und das Arbeitshaus sind Veränderungen nicht vorgekommen.

Durch den Beschluß vom 29. November 1901 hat sich die Stadtverordneten-Versammlung damit einverstanden erklärt, daß mit Rücksicht auf die augenblicklichen ungünstigen wirthschaftlichen Verhältnisse der projektirte Neubau eines Krankenhauses auf drei Jahre d. i. bis zum 1. April 1905 hinausgeschoben wird, gleichzeitig auch beschlossen, das Uphagensche Grundstück in Langfuhr wegen seiner geringen Ausdehnung, die eine spätere durch das Wachsthum der Stadt gebotene Vergrößerung der Anstalt nicht mehr gestatten würde, hierfür aufzugeben und das größere und jetzt zu günstigeren Bedingungen als früher angebotene Hartmann'sche Grundstück in Zigankenberg zu erwerben. Der Ankauf dieses Grundstücks ist erfolgt.

Nach demselben Beschlusse sollen, um den dringendsten Bedürfnissen der Krankenanstalten Abhilfe zu schaffen:

a. in dem Lazareth am Olivaer Thor zwei Baracken zum Ersatz der Tuberkulose- und der Kinderstation errichtet,

b. in dem Lazareth in der Sandgrube der Leichenaufbewahrungsraum durch den Anbau eines Sektionsraumes erweitert und

c. zur Entlastung des Arbeitshauses in der Töpfergasse auf dem Grundstück der Armenanstalt in Pelonken ein Pavillon für etwa 80 Sieche gebaut werden.

Die Ausschreibung dieser Arbeiten ist bereits geschehen.

Der Andrang zum städtischen Arbeitshause hat sich in diesem Winter in Folge des herrschenden Arbeitsmangels dermaßen gesteigert, daß die Verwaltung genöthigt war, weitere Unterkunftsräume für diese Anstalt zu beschaffen. Unter Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung ist das jetzt unvermiethete Wohngebäude auf dem Uphagen'schen Grundstück in Langfuhr zu einer provisorischen Filiale der Frauensiechenstation eingerichtet und am 3. Januar 1902 mit 50 Siechen belegt worden. Die dadurch im Arbeitshause frei gewordenen drei Räume dienen jetzt zur Unterbringung von Arbeitshäuslern bezw. siechen Männern.

Ueber die Gestaltung des finanziellen Abschlusses der einzelnen Anstalten ist zur Zeit Sicheres noch nicht zu sagen, da namentlich die Einnahmen an Kur- und Verpflegungskosten, die noch bis zum Jahresschlusse eingehen werden, sich nicht übersehen lassen.

Nach dem Kassenabschluß vom 13. Januar 1902 war der Stand der Einnahmen und Ausgaben gegenüber dem Etat folgender:

a. Beim Lazarethfonds I (Lazareth am Olivaer Thor).

Der Etat setzt aus: Es sind eingekommen bezw. ausgegeben:

Einnahme.

916,29 Mk.			Abtheilung I. Rest-Einnahmen	527,— Mk.
			„ II. Defekte	—
			„ III. Laufende Einnahmen:	
56822,65 Mk.	Titel	I.	Zinsen, Renten, Miethen	35149,71 Mk.
	„	II.	Kur- und Verpflegungskosten:	
2910,— „		1.	I. Klasse: Von Auswärtigen und Einheimischen	1090,50 „
6840,— „		2.	II. Klasse: Von Auswärtigen und Einheimischen	2339,50 „
2140,— „		3.	III. Klasse: Von Berufsgenossenschaften 2c. und für Auswärtige bei leichten und schweren Fällen	4307,50 „
15580,— „		4.	„ „ Von den hiesigen Krankenkassen	13997,89 „
6870,— „		5.	„ „ Von den Armenverbänden bei Aufnahme im Armenwege	3820,15 „
8300,— „		6.	„ „ In den übrigen Fällen: Von Auswärtigen und Einheimischen	4646,40 „
— „		7.	Von ambulatorisch behandelten Kranken	—
5550,— „		8.	Aus dem Abonnement für Dienstboten und Lehrlinge	—
1090,— „	Titel	III.	Begräbniß- und Kirchhofs-Gebühren	812,80 „
16330,84 „	„	IV.	Rück-Einnahmen	3678,51 „
400,— „	„	V.	Desinfektions-Anstalt	350,— „
1490,— „	„	VI.	Hygienische Untersuchungsanstalt	910,— „
100,— „	„	VII.	Betrieb des Röntgen-Apparates	—
2350,— „	„	VIII.	Aus der 1899er Anleihe für den Krankenhaus-Neubau	—
576,51 „	„	IX.	An sonstigen Einnahmen und zur Abrundung	995,84 „
	„	X.	Ueberweisungen aus dem Extraordinarium des Kämmereifonds	
128266,29 Mk.			Summa	72625,80 Mk.
			Kur-Abonnement	9405,— Mk.
			Ueberhaupt	82030,80 Mk.

Ausgabe.

952,72 Mk.			Abtheilung I. Restausgaben	906,19 Mk.
			„ II. Defecte	—
			„ III. Laufende Ausgaben:	
41270,— Mk.	Titel	I.	Gehälter, Remuneration und Löhne	36225,55 Mk.
1447,20 „	„	II.	Pensionen und Unterstützungen	—
65400,— „	„	III.	Beköstigung	46135,72 „
8810,— „	„	IV.	Inventarium	8011,55 „
20200,— „	„	V.	Hausbedürfnisse	12850,33 „
14640,— „	„	VI.	Krankenpflege	10969,53 „
4210,— „	„	VII.	Begräbnißkosten und Unterhaltung der Kirchhöfe pp.	3591,86 „
9790,— „	„	VIII.	Unterhaltung der Gebäude	7631,49 „
2500,— „	„	IX.	Steuern, Feuerversicherung und andere Unkosten	1577,59 „
914,80 „	„	X.	Beiträge zur Invaliditäts- 2c. Versicherung	298,56 „
170134,72 Mk.			zu übertragen	128198,37 Mk.

170134,72 Mk.			Uebertrag	128198,37 Mk.
950,— „	„	XI.	Bureaubedürfnisse	145,27 „
30,75 „	„	XII.	Zu Spenden aus der Abegg-Stiftung	10,— „
110,— „	„	XIII.	Desinfektions-Anstalt	68,80 „
10575,— „	„	XIV.	Hygienische Untersuchungsanstalt	8151,56 „
3100,— „	„	XV.	Außerordentliche Ausgaben	752,30 „
2208,25 „	„	XVI.	Unvorhergesehenes	1581,35 „
94,— „	„	XVII.	Zinsen, 4 % von dem aus der Anleihe von 1899 zu entnehmenden Vorschuß	
187202,72 Mk.			Summa	138907,65 Mk.

Hiernach werden die Einnahmen an Kur- und Verpflegungskosten von den Patienten I. u. II. Klasse, sowie von Armenverbänden und bei Pos. 6 in Folge geringerer Frequenz die etatsmäßige Höhe nicht erreichen. Die Mehreingänge für die von Berufsgenossenschaften und Krankenkassen überwiesenen Patienten und ein solcher bei Titel IX. — Sonstige Einnahmen — werden diesen Ausfall aber nicht nur decken, sondern noch einen Ueberschuß von etwa 2500 Mk. ergeben. Die Rückeinnahmen und der Ertrag des Kurabonnements fließen der Lazarethverwaltung erst am Jahresschluß zu. Sie werden gegen die Etatsansätze jedenfalls nicht zurückbleiben. Bei den Ausgaben dagegen sind Ueberschreitungen zu erwarten, bei den Titeln für Beköstigung, Inventarium, Hausbedürfnisse und Krankenpflege, die theils auf eine stärkere Belegung, theils auf die Inbenutzungnahme der neuen Baracke zurückzuführen sind, deren Betriebskosten für Heizung, Beleuchtung, Reinigung pp. bei der Aufstellung des Etats nicht vorgesehen waren, und ferner bei dem Titel für bauliche Unterhaltung, die durch unvermeidliche Reparaturarbeiten bedingt wurden. Diese Mehrausgaben werden sich auf etwa 11 000 Mk. belaufen, die sich durch eine Minderausgabe bei Titel VII — Begräbnißkosten — von 500 Mk. auf 10500 Mk. ermäßigen. Im Ganzen wird also mit einem Mehrzuschuß von 8000 Mk. zu rechnen sein.

b. Beim Lazarethfonds II (Lazareth in der Sandgrube).

Der Etat setzt aus: Es sind eingekommen bezw. ausgegeben:

Einnahme.

2084,68 Mk.			Abtheilung I. Rest-Einnahmen	1006,68 Mk.
			„ II. Defecte	—
			„ III. Laufende Einnahmen:	
	Titel	I.	Kur- und Verpflegungskosten:	
9180,— „		1.	I. Klasse: Von Auswärtigen und Einheimischen	4780,50 Mk.
14270,— „		2.	II. „ Von Auswärtigen und Einheimischen	12116,75 „
7110,— „		3.	III. „ Von Berufsgenossenschaften 2c. und für Auswärtige bei leichten und schweren Fällen	9351,50 „
17460,— „		4.	„ „ Von den hiesigen Krankenkassen	12220,29 „
6700,— „		5.	„ „ Von den Armenverbänden bei Aufnahme im Armenwege	3286,34 „
19580,— „		6.	„ „ In den übrigen Fällen: Von Auswärtigen und Einheimischen	10601,39 „
3680,— „		7.	„ „ Von ambulatorisch behandelten Kranken	2555,45 „
4450,— „		8.	„ „ Aus dem Abonnement für Dienstboten und Lehrlinge	— „
— „	„	II.	Desinfections-Anstalt	— „
100,— „	„	III.	Betrieb des Röntgen-Apparates	146,— „
84614,68 Mk.			zu übertragen	56064,90 Mk.

84614,68 Mk.			Uebertrag	56064,90 Mk.
2350,— „	„	IV.	Aus der 1899er Anleihe für den Krankenhaus-Neubau	— „
520,— „	„	V.	An sonstigen Einnahmen und zur Abrundung	931,35 „
— „	„	VI.	Ueberweisungen aus dem Extraordinarium des Kämmereifonds	— „
87484,68 Mk.			Summa	56996,25 Mk.

Ausgabe.

			Abtheilung I. Rest-Ausgaben	— Mk.
			„ II. Defecte	— „
			„ III. Laufende Ausgaben:	
30480,— Mk.	Titel	I.	Gehälter, Remunerationen, Löhne und Erziehungsbeihilfen	25595,05 „
68800,— „	„	II.	Beköstigung	47884,56 „
9990,— „	„	III.	Inventarium	7727,69 „
26890,— „	„	IV.	Hausbedürfnisse	16027,13 „
22200,— „	„	V.	Krankenpflege	14414,07 „
6450,— „	„	VI.	Unterhaltung der Anstalt und der dazu gehörigen Anlagen	3925,60 „
890,— „	„	VII.	Bureaubedürfnisse	288,12 „
330,— „	„	VIII.	Wäschetransport	390,72 „
230,— „	„	IX.	Feuerversicherung	— „
613,80 „	„	X.	Beiträge zur Invaliditäts- ꝛc. Versicherung	306,62 „
300,— „	„	XI.	Desinfections-Anstalt	16,04 „
4100,— „	„	XII.	Außerordentliche Ausgaben	1574,60 „
1332,20 „	„	XIII.	Unvorhergesehenes	728,05 „
94,— „	„	XIV.	Zinsen, 4 % von dem aus der Anleihe von 1899 zu entnehmenden Vorschuß	— „
172700,— Mk.			Summa	118878,25 Mk.

Die Einnahmen an Kur- und Verpflegungskosten werden bei Pos. 1, von Patienten I. Klasse, Pos. 5, von den Armenverbänden, und Pos. 6 von Auswärtigen pp. gegen die Etatsansätze zusammen um 8000 Mk. zurückbleiben, demgegenüber stehen aber Mehrbeträge bei den übrigen Positionen von zusammen 12000 Mk. und bei Titel V von etwa 600 Mk., sodaß sich im Ganzen eine Mehreinnahme von 4600 Mk. ergiebt. Bei den Ausgaben werden die Etatsansätze für Beköstigung, Hausbedürfnisse und Krankenpflege nicht ganz genügen und Ueberschreitungen von zusammen 6600 Mk. nöthig machen, die im Wesentlichen ihren Grund in der stärkeren Belegung der Anstalt haben. Es wird also ein Mehrzuschuß von etwa 2000 Mk. erforderlich werden.

c. Beim städtischen Arbeitshause.

Der Etat setzt aus: Es sind eingekommen bezw. ausgegeben.

Einnahme.

1048,26 Mk.			Abtheilung I. Resteinnahmen	238,10 Mk.
— „			„ II. Defecte	— „
			„ III. Laufende Einnahmen:	
9500,— „	Titel	I.	Arbeitsreingewinn	3412,95 „
10548,26			zu übertragen	3651,05 Mk.

10548,26 Mk.			Uebertrag	3651,05 Mk.
			Titel II. Kur- und Verpflegungskosten:	
8150,— „			1. Von Privatkranken	4841,27 „
11750,— „			2. Für im Armenwege aufgenommene Kranke	7642,05 „
399,— „	„	III.	Verschiedene Einnahmen: Erlös für Trank	175,01 „
201,— „	„	IV.	Zinsen aus der Stobbe'schen Stiftung	177,85 „
200,— „	„	V.	Desinfektionskolonne	— „
— „	„	VI.	Ueberweisungen	— „
31248,26 Mk.			Summa	16487,23 Mk.

Ausgabe.

			Abtheilung I. Rest-Ausgaben	— Mk.
			„ II. Defecte	— „
			„ III. Laufende Ausgaben:	
27670,— Mk.	Titel	I.	Gehälter, Remunerationen und Löhne	24558,98 „
2364,— „	„	II.	Pensionen und Unterstützungen	— „
500,— „	„	III.	Zur Disposition der Arbeitshauskommission	302,— „
63601,25 „	„	IV.	Beköstigung	40123,06 „
7150,— „	„	V.	Inventarium	4990,95 „
8550,— „	„	VI.	Hausbedürfnisse	7816,36 „
3105,— „	„	VII.	Krankenpflege	1881,16 „
3200,— „	„	VIII.	Unterhaltung der Gebäude	2902,98 „
672,02 „	„	IX.	Invaliditätsbeiträge	94,05 „
600,— „	„	X.	Bureaubedürfnisse einschl. Porto und Telephongebühren	281,20 „
1200,— „	„	XI.	Desinfektionskolonne	1192,14 „
1700,— „	„	XII.	Außerordentliche Ausgaben	640,— „
736,73 „	„	XIII.	Unvorhergesehenes einschl. Vertretungskosten	613,— „
201,— „	„	XIV.	Zinsen aus der Stobbe'schen Stiftung	— „
121250,— Mk.			Summa	85395,88 Mk.

Hier werden die Einnahmen nur bei Tit. II 2, Kur- und Verpflegungskosten von Privatkranken, wegen der immer mehr herabgehenden Zahl der Selbstzahler auf der Irrenstation um etwa 900 Mk. gegen den Etat zurückbleiben, im Uebrigen aber die Höhe der Etatsansätze mindestens erreichen. Bei den Ausgaben ist eine Ersparniß bei dem Titel Beköstigung und zwar von 1500 Mk. wegen der geringeren Belegung der Irrenstation zu erwarten. Ueberschreitungen dagegen werden eintreten bei Titel V — Inventarium — um 600 Mk. wegen größerer Ergänzungs- und Ersatzankäufe in Folge der stärkeren Frequenz der Arbeits- und Siechenstation, bei Titel VI — Hausbedürfnisse — um 1400 Mk. wegen des Mehrbedarfs an Heizungs- und Beleuchtungsmaterial für die in Langfuhr eingerichtete Filiale der Frauensiechenstation und bei Titel VII — Krankenpflege — um 300 Mk. in Folge der größeren Zahl der verpflegten Siechen. Für die Unterhaltung der Gebäude — Titel VIII — wird gleichfalls eine Mehrausgabe von etwa 500 Mk. unvermeidlich sein, und ebenso werden in Folge der gesteigerten Zahl von Hausdesinfektionen die Kosten hierfür um ungefähr 300 Mk. überschritten worden. Die Gesammtausgabe wird also um etwa 1600 Mk. höher abschließen und somit ein Mehrzuschuß von 2500 Mk. erforderlich werden.

Abschnittt B. XII. Zum Etat IX. Städtisches Leihamt.

Ueber den Geschäftsbetrieb des städtischen Leihamts giebt die nachstehende Uebersicht Auskunft:

	Pfänder-zahl	Beleihungs-summe M.	Pfänder-zahl	Beleihungs-summe M.
Am Schlusse des Etatsjahres 1900/01 verblieb ein Bestand von	—	—	27 548	189 754
Vom 1. April 1901 bis 15. Januar 1902 sind neu in Pfand gegeben	45 321	254 259		
Bis zum Schlusse des Etatsjahres werden ungefähr noch hinzukommen	13 700	74 800		
Zusammen pro 1901/1902			59 021	329 059
Ueberhaupt			86 569	518 813
Vom 1. April 1901 bis 15. Januar 1902 sind eingelöst worden	43 438	250 251		
Bis zum Schlusse des Etatsjahres werden ungefähr noch eingelöst werden	11 091	61 862		
Zusammen pro 1901/2			54 529	312 113
Mithin ungefährer Bestand am 31. März 1902			32 040	206 700

Die durchschnittliche Beleihungssumme würde danach betragen:
von 32 040 mit 206 700 Mk. beliehenen Pfändern
für 1 Pfand = 6,4 Mk. gegen 6,9 Mk. im Vorjahre.

Der Zugang der Pfänder für 1901/1902 würde nach vorstehender Annahme betragen:
59 021 Pfänder, beliehen mit 329 059 Mk.
gegen 52 531 „ „ „ 309 813 Mk. im Vorjahre.

Der Abgang dagegen:
54 529 Pfänder, beliehen mit 312 113 Mk.
gegen 52 145 „ „ „ 302 309 Mk. im Vorjahre.

Es sind vorhanden gewesen:
am Schlusse des Jahres 1900/1901 27 548 Pfänder, beliehen mit 189 754 Mk.
und „ „ „ „ 1899/1900 27 002 „ „ „ 181 765 Mk.
Der Bestand hat also zugenommen um 546 Pfänder, beliehen mit 7 989 Mk.

Am 15. Januar 1902 war ein Bestand vorhanden von
29 431 Pfändern, beliehen mit 193 762 Mk.

Abschnitt B. XIII. Zum Etat X. Polizeikostenfonds.

Erhebliche Ueberschreitungen der Etatsansätze werden voraussichtlich nicht eintreten.

Die im vorjährigen Bericht erwähnte Angelegenheit, betreffend die Kosten für den Transport von Personen, insbesondere Betrunkenen, die in hülflosem Zustand auf der Straße aufgefunden werden, ist zur Zeit noch nicht erledigt.

Abschnitt B. XIV. Zum Etat XI. Bauverwaltung.

Im Laufe des Berichtsjahres ist:

a. Gestorben: Der pensionirte Stadtbauwart Ehlert.

b. Pensionirt: Der Stadtbauaufseher Block II in Folge von Krankheit.

c. Ausgeschieden: Als Mitglied der Baudeputation der Stadtverordnete Kownatzki in Folge Niederlegung seines Mandats aus Anlaß von Krankheit.

d. Eingetreten: An Stelle des zu c benannten Stadtverordneten Kownatzki der Stadtverordnete Karow als Mitglied der Baudeputation.

e. Angestellt: Der ehemalige Vicefeldwebel Schulze als 5. Stadtbauwart in die durch Stadtverordnetenbeschluß vom 25. Januar 1901 neu bewilligte Stelle.

f. Weggefallen: Die der Wittwe Almanzig aus Tit. VIII. Cap. 30 No. 5 des Bauetats zu zahlende monatliche widerrufliche Unterstützung von 25 Mk. in Folge ihrer Wiederverheirathung.

g. Neubewilligt: Der kränklichen und mittellosen Wittwe des 13 Jahre in der Bauverwaltung beschäftigten und im Oktober 1901 verstorbenen Arbeiters Johannes Hinz — Marie Hintz in Ohra — eine widerrufliche Unterstützung von monatlich 6 Mk.

B. Durchführung des Etats.

(zur Zeit der Berichterstattung.)

a. Einnahmen.

Gegenüber der etatsmäßigen Soll-Einnahme des Ordinariums von . . . . . 61612 Mk.
ist eine Mehreinnahme von rund . . . . . 26326 Mk.
zu verzeichnen, von welcher neben den nachstehend zu
I aufgeführten Bewilligungen von . . . . . 14610 Mk.
die Mindereinnahmen mit . . . . . 3304 „ = 17914 Mk.
in Abzug kommen, so daß eine Mehreinnahme von . . . . . 8412 „
verbleibt und sonach die Ist-Einnahme . . . . . 70024 Mk.
beträgt.

Die Mehreinnahmen mit 11716 Mk. [26326—14610] erscheinen bei den Titeln III und IV. (Beiträge zur Pflasterung von Straßen bezw. Erlös aus verkauftem Steinmaterial) mit 6267 + 981 Mk. Außer diesen Beträgen kommen nach 14720 Mk. ausstehende Forderungen für Pflasterungen in der Damme'schen Straße in Neufahrwasser, in der Louisenstraße in Langfuhr und der Abeggstiftung in Leegstrieß, entsprechend der Mehrausgabe beim Titel VII Cap. 11, hinzu, sobald diese Beträge von den betreffenden Interessenten eingezogen und dem Baufonds überwiesen sein werden.

Beim Titel V (Baggerungen für Rechnung von Interessenten) sind an Mehreinnahmen 3480 Mark zu verzeichnen.

Ferner beim Titel VI 289 Mk. Erlös aus dem Verkauf von altem Holz vom Abbruch des Bollwerks der Langen Brücke und von der Kuhbrücke und endlich beim Titel XIII 699 Mk. für Benutzung der öffentlichen Bedürfniß-Anstalten.

Die geringen Mindereinnahmen mit zusammen 3304 Mk, vertheilen sich auf die Titel II, VII, X, XI, XII und XVII. Es sind aber noch beim Titel II (Anliegerbeiträge zu den Trottoirkosten) Beträge in Höhe von rund 1100 Mk. von den erstattungspflichtigen Anliegern einzuziehen, sodaß das Etatssoll erreicht wird. Die Mindereinnahmen beim Titel VII. (Beiträge der Straßenbahn zur Unterhaltung von Brückenbelägen) mit 642 Mk. sind dadurch entstanden, daß während des Berichtsjahres weniger Brückenreparaturen ausgeführt sind als im Etatsjahr 1900.

Es wird dieser Titel naturgemäß stets Schwankungen in seiner Einnahme unterworfen sein, ebenso wie der Titel XVII, (außerordentliche nicht vorherzusehende Einnahmen), welch letzterer in diesem Jahre eine Mindereinnahme von 889 Mk. ergiebt.

Es sind außerdem im Berichtsjahr durch die nachbezeichneten Stadtverordneten-Beschlüsse bewilligt:

I. Zum Ordinarium:

1. am 23. April 1901 zum Anbau eines Schweinestalles auf dem Kämmereigut Stutthof (zu Titel I Kapitel 7 Pos. 14 der Ausgabe) . . . . . 2100 Mk.
2. am 25. Juni 1901 zur Herstellung eines Drahtzaunes an der Alleeseite des Schulspielplatzes (zu Titel IX Kapitel 11 der Ausgabe) . . . . . 550 „
3. am 12. August 1901 zum Neubau eines Viehstalles und einer Kathe und Umbau des Mühlengebäudes auf dem städtischen Mühlengrundstück in Ostritz bei Carthaus) (zu Titel I Kap. 7 Pos. 15 der Ausgabe) . . . . . 9400 „
4. am 15 Oktober 1901 zur Herstellung eines Gully, Tieferlegung und Neubefestigung der Sohle des Kleinhammertunnels zwecks Verbesserung der Passage durch denselben (zu Titel VII Kapitel 18 der Ausgabe) . . . . . 680 „
5. am 15. Oktober 1901 für die Neuausstattung des Zeichensaales im Realgymnasium zu St. Johann mit Zeichentischen nebst Zubehör . . . . . 880 Mk.
   und für die Beleuchtung des Zeichensaales und weiterer fünf Klassen ebendaselbst . . . . . 1000 „ 1880 „
   (zu Titel I Kapitel 4 Pos. 2i der Ausgabe

II. Extraordinarium.

6. am 16. April 1901 zur Ausführung von gärtnerischen Arbeiten auf dem Entfestigungsgelände 4981 Mk.
7. am 15 Oktober 1901 für den Neubau eines städt. Straßenreinigungsdepots in Altschottland 70000 „

Summa 89591 Mk.

Die Beträge zu Nr. 1—5 sind aus dem Extraordinarium des Kämmereifonds, diejenigen zu Nr. 6 und 7 aus dem Enfestigungsfonds zur Verfügung gestellt.

b. Ausgabe.

I. Ordinarium.

	Titel	Soll- incl. Restausgabe und der vor unter B. a. I bewilligten Beträge Mk.	Ist-Ausgabe Mk.	Mehr Mk.	Weniger Mk.
	I	109 230	81 844	—	27 386
	II	28 469	21 803	—	6 666
	III	4 406	2 751	—	1 655
	IV	111 800	85 210	—	26 590
	V	17 400	16 575	—	825
	VI	33 865	32 984	—	881
	VII	228 418	303 891	75 473	—
	VIII	87 794	77 437	—	10 357
	IX	26 774	26 396	—	378
	X	4 520	4 138	—	382
	XI	22 417	—	—	22 417
	Summe	675 093	653 029	75 473	97 537
					22 064

Nach vorstehender ziffernmäßiger Aufstellung bewegen sich die Ausgaben mit Ausnahme des Titels VII im Rahmen der etatsmäßigen Mittel.

Die Ueberschreitung beim Titel VII, von welchem Kapitel 11 (Pflasterungen für Rechnung von Interessenten) allein um 21 968 Mk. überschritten ist, welche Summe aber noch wie bei den Einnahmen erwähnt, eingezogen wird, ist durch Pflasterarbeiten, welche im Laufe des Jahres nothwendig wurden, im Etat aber nicht vorgesehen waren, veranlaßt.

II. Extraordinarium.

Neubauten.	Titel und Kapitel	Soll-Ausgabe Mk.	Ist-Ausgabe Mk.	Mehr Mk.	Weniger Mk.
Schulbau in Neufahrwasser . .	I. 1.	40 000	31 885	—	8 115
„ „ Schildlitz	I. 2.	80 000	78 845	—	1 155
Neubau eines Brausebades mit Turnhalle	I. 3.	50 000	52 412	2 412	—
Neubau der Kuhbrücke	II. 1.	100 000	21 834	—	78 166
Summe	—	270 000	184 976	2 412	87 436
					85 024

Die Schulbauten in Neufahrwasser und Schidlitz, sowie der Neubau des Brausebades, für welche obige Beträge als erste Raten eingestellt sind, sind im Rohbau fertig gestellt, der Neubau der Kuhbrücke (ebenfalls erste Rate) ist soweit fertig gestellt, daß mit der Betonirung der Pfeiler und Ufermauern begonnen werden kann.

C. Bedeutendere Hoch- und Wasser-Bauarbeiten sind im Berichtsjahre

a) ganz fertiggestellt:

1. Der Neubau einer Bedürfnißanstalt für Männer und Frauen in Altschottland,
2. Die Einrichtung zweier Normaluhren im Artushofe und auf dem Kohlenmarkt,
3. Der Neubau der Brücke über den Radaunekanal in Altschottland,
4. Der Neubau der Brücke über den Strießbach in Neuschottland und die Erneuerung der Freiarche daselbst.
5. Der Umbau des Fangedammes im Radaune-Kanal bei Praust.
6. Der Neubau des linksseitigen Radaunebollwerks im kleinen Irrgarten zwischen der Fahrbrücke und der Fußgängerbrücke.
7. Der Neubau einer Uferbefestigung aus Spundwänden und Bekleidung der Böschungen mit Rasen und Steinen an beiden Ufern des Radaunekanals zwischen der Fußgängerbrücke im kleinen Irrgarten und der Straße Silberhütte,
8. Der Bau einer Instkathe auf dem Kämmereigut Ziesewald.
9. Der Bau eines Schweinestalles auf dem Kämmereigut Stutthof.
10. Der Neubau von 2 Klassenräumen in der Viktoriaschule.

b. In der Hauptsache fertig gestellt:

11. Der Neubau eines Abortgebäudes und die Entfernung der vorhandenen Aborte aus dem Schulgebäude in der Sperlingsgasse.
12. Der Neubau der langen Brücke als Bollwerk in Eisen und Monierbauweise auf der Strecke vom Frauenthor bis zur grünen Brücke einschl. einer Dampferanlegestelle.
13. Der Neubau eines Viehstalles und einer Kathe und Umbau des Mühlengebäudes auf dem städt. Mühlengrundstück in Ostritz bei Carthaus.

c. Erweiterung der Danziger Hafenanlagen.

(Ausbau der Schuitenlake.)

Die nach Maßgabe des mit dem Reichsmarineamt und dem Preußischen Fiskus getroffenen, durch die Stadtverordneten am $\frac{\text{27. November 1900}}{\text{21. März 1901}}$ genehmigten Abkommens, auszuführenden Arbeiten zum Ausbau der Schuitenlake, sind durch Vertrag vom 17. März 1901 der Aktien-Gesellschaft „Holm" hierselbst unter Aufsicht der Stadtbauverwaltung zur Ausführung übertragen.

Von den nach dem Abkommen der Stadtgemeinde zur Durchführung des Projekts zu überweisenden Beiträgen sind dem Baufonds bis jetzt 710 000 Mk. zugeführt.

An Ausgaben sind bisher entstanden:

a) an die Aktien-Gesellschaft Holm für vertragsmäßig ausgeführte Arbeiten . . .	877 000 Mk.
b) für Bauleitung und Vorarbeiten	14 740 „
c) für Grunderwerb	158 355 „
d) an den Preußischen Fiskus zu zahlender Beitrag der Stadtgemeinde für den Ausbau der toten Weichsel	90 000 „
e) für Stempelkosten und Gebühren	5 092 „
in Summe . .	1145 187 Mk.

Es sind von den nach dem oben bezeichneten Vertrage von der Holm-Gesellschaft zu leistenden Arbeiten bis jetzt:

a) die Abbruchs- und Aufräumungsarbeiten beendet:

b) von der 2433000 cbm umfassenden Bodenbewegung im Naßbetrieb und der 346000 cbm umfassenden Bodenbewegung im Trockenbetrieb sind 644000 u. resp. 290000 cbm Boden gefördert, von letzterem 20000 cbm in s. g. Nothstandsarbeit zur Minderung des Arbeitsmangels.

c) Es sind ferner 2200 lfdm Spundwand — darunter 1950 lfdm verankert — und 350 qm Uferpflaster hergestellt.

Nach dem bisherigen befriedigenden Fortgang der Arbeiten ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dieselben fristzeitig, d. i. bis zum 28. April 1904 und in vertragsmäßiger Art zu Ende geführt sein werden.

d. Neubau eines Krankenhauses.

Nach den Stadtverordneten-Beschlüssen vom 26. und 29. November v. Js. ist von der bisher geplanten Erbauung eines Krankenhauses auf dem s. g. Uphagen'schen Grundstück in Langfuhr Abstand genommen und hierfür das zum Preis von 200000 Mk. angekaufte Grundstück des Fabrikbesitzers L. Hartmann in Zigankenberg mit der Maßgabe bestimmt, daß die eigentlichen Bauarbeiten bis zum 1. April 1905 hinauszuschieben, die auf ca. 130000 Mk. — mit Bauleitung — veranschlagten Erdarbeiten, jedoch schon jetzt auszuführen sind, um den bestehenden Arbeitsmangel zu mindern.

Diese Arbeiten sind nunmehr nach vorgängiger Aufnahme der Höhenprofile des angekauften Terrains öffentlich zur Verdingung gestellt.

Ebenso sind die im Zusammenhange mit der Herausschiebung des Krankenhausneubaues erforderlichen Vorarbeiten und Ausschreibungen für die zwecks Verbesserung der Verhältnisse in den städtischen Lazarethen und der Anlagen in dem Arbeitshause in der Töpfergasse nach dem Stadtverordnetenbeschluß vom 26. November v. Js. neu zu erbauenden 2 Baracken am Olivaerthor und eines auf dem Gelände der Armen- und Arbeitsanstalt in Pelonken zu erbauenden, zur Aufnahme von 80 Siechen bestimmten Pavillons, in Angriff genommen.

Die überschläglichen Kosten hierfür belaufen sich auf 68 500 und resp. 107 000 Mk.

e. Neubau einer Oberrealschule und eines Stadtbibliothek-Gebäudes auf Block XI des Entfestigungsgeländes.

Auch für diese auf 580 000 und resp. 275 000 Mk. veranschlagten und durch den Stadtverordnetenbeschluß vom 2. Dezember v. J. genehmigten Bauten sind die Vorarbeiten im Gange und die Herstellung eines Bauzaunes sowie die Ausschachtung der Baugruben und Lieferung der Sandschüttung für die Fundamente bereits zur öffentlichen Verdingung gestellt.

D. Straßenbau-(Pflaster-)Arbeiten.

Neben zahlreichen Ausbesserungen sind nachbezeichnete Neu- und Umpflasterungen ausgeführt in:

a. der Stadt:

1. Am Jakobsthor, 2. Kassubischer Markt, 3. Verl. Weißmönchenhintergasse, 4. Verl. Pfefferstadt, 5. Karrengasse, 6. Silberhütte, 7. Am Olivaerthor, 8. Holzschneidegasse, 9. Langgarten, 10. Thornscher Weg, 11. an der Steinhauerbrücke, 12. Schüsseldamm, 13. Tagnetergasse, 14. Johannisgasse, 15. Pumpengang, 16. Grabengasse, 17. Mattenbuden, 18. Straußgasse, 19. Langgasserthor, 20. an der Fischbrücke, 21. Sperlingsgasse, 22. Promenade am Irrgarten, 23. Gr. Wollwebergasse, 24. Gr. Gerbergasse, 25. Kalkgasse — Jakobsthorplatz, 26. Schilfgasse, 27. Strandgasse, 28. Judengasse, 29. Krebsmarkt, 30. Kleine Gasse, 31. Gr.

Bäckergasse, 32. Kneipab, 33. Weidengasse, 34. Langenmarkt, 35. Altstädt. Graben, 36. Kohlenmarkt am Theater, 37. Bartholomäikirchengasse, 38. Baumgartschegasse, 39. Hopfengasse, 40. Schäferei, 41. Engl. Damm, 42. An der Markthalle.

b. den Vorstädten.

Langfuhr.

1. Schwarzer Weg, 2. Baumbach-Allee, 3. Labesweg, 4. Neuschottland, 5. Piwkostraße, 6. Marktplatz, 7. Krusestraße, 8. Schellmühlerweg, 9. Am Posthorn, 10. Hauptstraße, 11. Neuschottländer Weg, 12. Schönickestraße, 13. Zobelweg.

Neufahrwasser.

1. Dammesche Straße, 2. Albrechtstraße, 3. Feuerwehrhof, 4. Fischerstraße, 5. Salz- und Olivaerstraße, 6. Kirchenstraße, 7. Fischmeister-Weg, 8. Sasperstraße.

Schidlitz.

1. Weinbergstraße, 2. Breitgang, 3. Stolzenberg.

Stadtgebiet.

1. Boltengang, 2. an der rothen Brücke.

St. Albrecht.

1. Kemnaderweg, 2. Praustergang.

Es sind in den zu a und b bezeichneten Straßen und einschließlich der sonstigen Reparaturarbeiten hergestellt und bezw. verlegt zu a.

zu a.

Reihenpflaster qm	Kopfsteinpflaster qm	Rundsteinpflaster qm	Mosaikpflaster qm	Klinkerpflaster qm	Fliesenbelag qm	Chaussirung qm	Kiesgehbahnen qm	Maccadam qm
18672,18	16712,64	9262,69	3852,86	5020,67	2741,17	2271,18	3397,36	1042,08

zu b.

1641,43	7973,46	13394,12	1706,24	100,27	1138,03	8390,73	13285,04	—

zusammen a und b.

20313,61	24686,10	22656,81	5559,10	5120,94	3879,20	10661,91	16682,40	1042,08

zu a.

Kleinpflaster qm	Bordsteine lfdm.	Bordschwellen lfdm.	Trottoirplatten lfdm.	Stampfbeton qm	Cementrinnen lfdm.	Ausgußsteine Stück	Prellsteine Stück	Anderweite Wegebefestigung (Kohlenschlacke pp.) qm
1196,93	741,40	5319,07	3344,37	38,79	273,20	89	—	1000,—

zu b.

Kleinpflaster qm	Bordsteine lfdm.	Bordschwellen lfdm.	Trottoirplatten lfdm.	Stampfbeton qm	Cementrinnen lfdm.	Ausgußsteine Stück	Prellsteine Stück	Anderweite Wegebefestigung (Kohlenschlacke pp.) qm
639,78	6024,47	75,25	155,40	1,56	182,47	33	270	9314,70

zusammen a und b.

1836,71	6765,87	5394,32	3499,77	40,35	455,67	122	270	10314,70

Bestandsnachweisung

von Pflastermaterialien auf den städtischen Steinlagerplätzen.

a. Bleihof rd.

230,0 lfdm.	Trottoirplatten à 10,00 Mk.	2300,00 Mk.
1100,0 „	Bordschwellen à 5,00 „	5500,00 „
1600,0 qm	Reihensteine I. Kl. à 8,00 Mk.	rd. 12000,00 „
260,0 „	„ II. Kl. à 7,50 „	„ 1700,00 „
1000,0 cbm	Kopfsteine à 18,50 Mk.	„ 18500,00 „
173,0 „	„ à 12,00 „	„ 2000,00 „
475,0 „	Mosaiksteine à 12,00 Mk.	„ 5600,00 „
800,0 „	Schüttsteine à 7,00 „	„ 5600,00 „
46,0 „	kleine Steine à 20,00 „	„ 900,00 „
2300,0 lfdm.	Bordsteine à 1,20 „	„ 2700,00 „
560,0 qm	5 cm st. Granitoidfliesen à 3,80 Mk.	„ 2100,00 „
950,00 „	6,5 „ „ „ à 4,80 „	„ 4500,00 „
190,00 „	10 „ „ „ à 8,00 „	„ 1500,00 „
533 Stück	große Rinnen à 1,25 Mk.	„ 600,00 „
217 „	kleine „ à 0,80 „	„ 200,00 „
32 Mille	Klinker	„ 1000,00 „
320 tons	Brocken	„ 1300,00 „
	a. zusammen	68000,00 Mk.

b. Kiesgrube Langfuhr rd.

400,00 cbm	Schüttsteine à 7,00 Mk.	2800,00 Mk.
270,00 „	Mosaiksteine à 12,00 „	rd. 3200,00 „
150,00 lfdm.	Bordsteine à 1,20 „	„ 150,00 „
200,00 cbm	Bracksteine à 4,50 „	„ 850,00 „
	b. zusammen	7000,00 Mk.

c. Neufahrwasser rd.

20,0 cbm	Kopfsteine	à 15,00 Mk.	rd.	300,00 Mk.
90,0 „	Schüttsteine	à 7,00 „	„	600,00 „
30,0 „	Mosaiksteine	à 12,00 „	„	350,00 „
50,0 lfdm.	Bordsteine	à 1,20 „	„	50,00 „
30,0 cbm	Bracksteine	à 4,50 „	„	100,00 „
			c. zusammen	1400 Mk.

Wiederholung.

a. Bleihof	68000,00 Mk.
b. Kiesgrube	7000,00 „
c. Neufahrwasser	1400,00 „
Werth des Gesammtbestandes	76400,00 Mk.

E. Verkauf von Entfestigungsgelände.

Es sind

a. Vom nördlichen Theil der Westfront:

Verkauft 1901/2:		Noch zu verkaufen:	
		Block III	ca. 700 qm
		„ IV	„ 184 „
		„ VI	„ 1305 „
Block VIII an Scholle	713 qm		
		„ IX	„ 680 „
		„ X	„ 5880 „
„ XI für städtische Zwecke, Oberrealschule und Stadtbiblothek verwendet	7834 „		
Sa.	8547 qm	Sa.	8749 qm

b. Vom südlichen Theil der Westfront:

Block A. an Reichsbank	1097 qm	Block A	ca. 3240 qm
„ „ „ Schade	480 „		
„ C. „ Wohnungsverein	900 „	„ C.	„ 5927 „
„ Rousselle	23 „		
		„ D.	„ 1903 „
		„ E.	„ 8815 „
		„ F.	„ 3290 „
Sa.	2500 qm	Sa	23175 qm

Abschnitt B. XV. Zum Etat XII. Feuerwehr und Straßenreinigung.

Personalveränderungen sind im Berichtsjahre nicht vorgekommen. Die Feuermänner Ziche und Nadolny sind vom Corpsarzt für dienstunbrauchbar erklärt und ist ihre Pensionirung in's Auge gefaßt worden.

Sämmtliche zu Feuermeldezwecken dienenden Mikrophonstationen sind zum Schutze gegen Blitz und elektrische Starkströme mit Grobsicherungen und Kohlenblitzableitern versehen worden, auch wurden zwei elektrische Sicherheitslaternen beschafft, um Räume, die mit explosiven Gasen erfüllt sind, betreten zu können.

Von dem Kessel der Dampfspritze II ist der innere Mantel in Folge tagelanger Innbetriebhaltung beim Feuer in Marienburg (21¼ Stunden) und beim Vollpumpen des neuen Gasometers der Gasanstalt (80 + 98 Stunden) defekt geworden und muß durch einen neuen ersetzt werden.

Um die Abfuhr des Haus- und Straßengemülls möglichst nur mit staubfreien Gemüllabfuhrwagen zu besorgen, ist ein sechster Abfuhrwagen beschafft worden.

Hinsichtlich der Durchführung der Verwaltung nach den Etats ist Folgendes zu bemerken.

I. Feuerwehr.

Der Gasersparniß wegen ist in allen Räumen an Stelle der Schnitt- und Rundbrenner Glühlichtbeleuchtung eingerichtet worden, und wird hierdurch der Titel VII um etwa 150 Mk. überschritten werden.

Durch umfangreiche unvorherzusehende Reparaturen an den Telegraphenleitungen ist eine Ueberschreitung des Titels VIII um 300 Mk. nothwendig geworden.

II. Straßenreinigung.

Bei Titel I Unterhaltung wird in Folge der gegen den Etat bedeutend höheren Futterpreise eine Ueberschreitung von ca. 1250 Mk. entstehen.

Der Titel V Ersatz von Pferden ist um 50 Mk. überschritten worden. Für Reparatur an Wagen pp. Titel VI werden die Ausgaben die vorjährige Höhe erreichen und den Etatsansatz um etwa 1000 Mk. überschreiten. Auch bei Titel X Gestellen von Sperrböcken wird der Etat um 150 Mk. überschritten werden.

Abschnitt B. XVI. Zum Etat XIII. Wasserleitung und Kanalisation.

Den Versorgungsgebieten wurden an Wasser zugeführt in den Kalenderjahren

	1899	1900	1901
aus dem Quellengebiet			
bei Prangenau	3728364	3731284	3706508 Kbm.
bei Pelonken	206049	255751	226142 „
aus den Tiefbrunnen			
im Bastion Gertrud	47524	87274	21957 „
an der Steinschleuse	11924	34697	118354 „
in Summa:	3993861	4109006	4072961 Kbm.
Nach Wassermesser wurden abgegeben:			
	2071608	2165001	2161553 Kbm.
entsprechend	51,9 %	52,5 %	53,1 % der Gesamtwasserzuführung.

Durch die Fortführung der Kanalisationsarbeiten in Schidlitz, durch den Anschluß des neuen Wasserwerks an der Steinschleuse an das Rohrnetz, durch die Berohrung neuer Straßen in Langfuhr, Leegstrieß u. a. a. O. hat eine Erweiterung des öffentlichen Rohrnetzes um 5151 m in den Rohrweiten von

80—500 mm stattgefunden. — Eingebaut wurden dabei 36 Schieber und 36 Hydranten. — Neuanschlüsse zur Wasserversorgung von Grundstücken wurden ausgeführt 146. Es beträgt darnach die Gesammtanzahl der Wasseranschlüsse 5503. — Das neue Wasserwerk an der Steinschleuse wird voraussichtlich demnächst in Betrieb genommen werden können. Zur Unterstützung des Pelonker Wasserwerks ist ein Tiefbrunnen-Pumpwerk im Bau begriffen.

Das Einnahmesoll an Wasserzins betrug pro April—Dezember:

1899	1900	1901
310 742,70	326 463,30	328 953,35 Mk.

Der Etatsansatz wird hiernach voraussichtlich überschritten werden.

Das Kanalsystem in Schidlitz ist für die ausgeführten Strecken in Betrieb genommen worden. — Durch die Erweiterung daselbst, durch Verohrung neuer Straßen in Langfuhr u. a. a. O. sind dem System 4762 m Kanalleitungen von 255—350 mm Lichtweite und 73 Revisionsschächte zugewachsen.

Hausanschlüsse für Kanalisation wurden 153 ausgeführt; die Gesammtanzahl beträgt 5627.

Nach den Rieselfeldern sind durch die Pumpstation auf der Kämpe an Kanalwasser gefördert worden in den Kalenderjahren

1899	1900	1901
5 149 625	5 339 458	5 445 479 Kbm.

Abschnitt B. XVII. Zum Etat XIV. Gasanstalt.

Die Produktion an Gas betrug in den ersten 3 Quartalen des Etatsjahres

	1899		1900		1901
	3 387 600		3 500 180		3 567 480 cbm
also mehr		3,32 %		1,92 %	
Die Gasabgabe betrug					
	2 794 029		2 980 010		3 024 461 cbm
mithin mehr		6,66 %		1,49 %	
und vertheilte sich auf Lichtgas mit					
	2 202 140		2 244 719		2 161 349 cbm
entsprechend		+ 1,93 %		— 3,71 %	
Kraftgas	257 174		304 168		284 574 cbm
entsprechend		+ 18,27 %		— 6,44 %	
und Koch- und Heizgas	334 715		431 086		578 538 cbm
entsprechend		+ 28,79 %		+ 34,20 %	

Die Verminderung in der Zunahme des Lichtgases und des Kraftgases, trotz des Zuwachsens an Konsumenten und Motoren, ist in dem allgemeinen Abflauen des Geschäftslebens und der Einführung des früheren Ladenschlusses begründet.

Der Etatsansatz für Gaszins wird wahrscheinlich auch nicht erreicht werden. Der Ausfall wird jedoch durch eine erhebliche Ersparniß beim Ankauf der Kohlen voraussichtlich ausgeglichen werden.

Die Anzahl der aufgestellten Gasmesser ist gewachsen gegen das Vorjahr von 3719 Stück mit 45343 Gasmesserflammen auf 4285 Stück mit 50138 Gasmesserflammen mithin Zunahme 566 Gasmesser mit 4795 Flammen.

Das öffentliche Rohrnetz hat durch Erweiterungen, insbesondere in Altschottland und Stadtgebiet, einen Zuwachs von 1565 m Leitungsröhren in den Dimensionen 50—250 mm erfahren.

Die öffentliche Beleuchtung ist durch Aufstellung von 22 Gaslaternen mit 34 Glühlichtbrennern auf 1645 Laternen mit 2283 Gasglühlichtbrennern gebracht worden.

Bei der Petroleumbeleuchtung ist die Anzahl der Laternen von 641 auf 673 gewachsen.

Abschnitt B. XVIII. Zum Etat XV. Elektricitäts-Werk.

An das Elektricitätswerk waren angeschlossen:

am 1. Januar des Jahres 1901	1902
in der inneren Stadt:	
498 Installationen mit 12212 H. W.	565 Installationen mit 14040 H. W.
mithin Zunahme 1828 H. W. = 14,97%	
in Langfuhr:	
111 Installationen und die öffentliche Beleuchtung mit zusammen 2228 H. W.	155 Installationen und die öffentliche Beleuchtung (236 Lampen) mit zusammen 2737 H. W.
mithin Zunahme 509 H. W. = 22,44%	
insgesammt:	
14440 H. W.	16777 H. W.
mithin Zunahme 2337 H. W. = 16,2%	
Hiervon entfallen auf Motoren:	
2784 H. W.	4206 H. W.
mithin Zunahme: 1422 H. W. = 51,1%	

Die Zunahme der angeschlossenen Hektowatt war im Vergleich zum Vorjahre eine geringere, dagegen war sie größer als im Etat vorgesehen war, so daß sich bei annähernd gleicher Benutzungsdauer des angeschlossenen Hektowatt die Einnahmen für Stromzins voraussichtlich etwas höher stellen werden als veranschlagt.

Die Zahl der abgegebenen Hektowattstunden betrug in Danzig und Langfuhr im Kalenderjahr:

	für Licht	für Kraft
1900.	3 022 701 H. W. Stunden	647 808 H. W. Stunden
1901.	3 577 374 „ „ „	1 028 763 „ „ „
	mithin Zunahme: 18,3%	mithin Zunahme: 58,8%

Die bereits im Vorjahre in Betrieb genommene Erweiterungsanlage bestehend in einer 1000 P. S. Dampfdynamo, einer Akkumulatorenbatterie und drei Kesseln, wurde am 2. und 3. September vorigen Jahres durch unseren Sachverständigen Professor Dr. Kittler abgenommen.

Das Kabelnetz Danzig erfuhr in der verlängerten Pfefferstadt und in der Böttchergasse — Schüsseldamm eine Erweiterung. In Langfuhr wurde zwecks Anschluß der 2. Husarenkaserne ein neues Hochspannungskabel und ein Verteilungskabel in der Brentauer Chaussee verlegt.

Ein Betriebsunfall, welcher jedoch ohne Betriebsstörung verlief, ereignete sich bei der zweiten 400 P. S. Dampfmaschine, deren Welle dicht neben dem Schwungrad bis auf $^{9}/_{10}$ ihres Querschnittes brach.

Die Betriebssicherheit der Gesammtanlage ist durch dieses Vorkommniß nicht gefährdet. Dieselbe funktionirt zur Zufriedenheit.

Der finanzielle Abschluß des Elektricitätswerkes wird voraussichtlich dem Etatsansatz ungefähr entsprechen.

Abschnitt B. XIX. Zum Etat XVI. Schlacht- und Viehhof.

Der Abschluß wird voraussichtlich etwas günstiger sein als im Etat angenommen.

Die Schlachtungen haben in den ersten 10 Monaten des Etatsjahres, verglichen mit den Ansätzen des Etats, betragen:

	Etat:	Es sind bis ult. Januar geschlachtet:
Rinder	9 800	9 470
Schweine	46 200	38 837
Kälber	9 800	8 123
Schafe und Ziegen	18 600	16 974
Pferde	440	385

Unter diesen Umständen wird bei Rindern und Schafen der Etatsansatz überschritten werden, bei Schweinen dagegen wird infolge der augenblicklichen exorbitanten Höhe der Preise der Etatsansatz wohl nicht ganz erreicht werden. Das finanzielle Facit bei dem ganzen Titel V wird voraussichtlich eine Mehreinnahme von 7 bis 8000 Mk. sein, ebenso ist bei dem entsprechenden Titel des Viehhofes (XV, I) auf eine Mehreinnahme von etwa 3000 Mk. zu rechnen.

Die Zufuhr auswärts geschlachteten Fleisches hat erfreulicherweise nicht in demselben Maaße zugenommen, wie in den früheren Jahren, die Einnahme aus den Untersuchungsgebühren (Titel VII) wird etwa dem Etat entsprechen.

Eine verhältnißmäßig erhebliche Mehreinnahme weist die Schlachthofbahn auf, indem infolge stärkerer Benutzung der Bahn zum Viehtransport ein Mehr von etwa 2000 Mk., d. i. gegen den Etat ein Mehr von rund 50 %, zu erwarten steht.

Die Ausgaben werden sich im wesentlichen im Rahmen des Etats bewegen, doch haben eine ganze Reihe von Positionen, insbesondere die Kapitel für Unterhaltung der Gebäude u. s. w., überschritten werden müssen.

Von außerordentlichen Ausgaben ist zu erwähnen, daß der Ausbau des Großviehmarktstalles vollendet wurde, wobei von dem bereit gestellten Credit von 46 000 Mk. etwa 3 000 Mk. gespart werden konnten, daß ferner ein Speisewasserreiniger aufgestellt und die Transporteinrichtung von der Großviehschlachthalle zum Kühlhaus nach dem neuesten System umgebaut wurde. Die Erneuerung der Brunnenanlage und Aufstellung einer neuen Pumpe, wofür die Mittel ebenfalls bewilligt sind, ist in Angriff genommen, aber noch nicht vollendet.

Abschnitt XX. Zum Etat XVII. Markthalle.

Die Rechnung der Markthalle für das Jahr 1901 wird gegen den Etat günstig abschließen.

Es wird auf einen Ueberschuß von ca. 30 000 Mk. gerechnet, der wie bisher dem Reservefonds zugeführt werden soll.

Vom Etatsjahre 1902 ab soll der Ueberschuß für den Stadthaushalt Verwendung finden, da der Reservefonds als genügend hoch dotirt anzusehen ist.

Der durch Regierungs-Verfügung für verschiedene Verkaufsstellen eingeführte Achtuhr-Ladenschluß hat auf die von Jahr zu Jahr sich günstiger gestaltenden Marktverhältnisse keinen Einfluß gehabt.

Während der Monate August-November hat ein nicht unbedeutender en gros-Verkauf italienischen Obstes und Blumenkohls stattgefunden.

Von den im Samariterdienste ausgebildeten Personen der Markthalle wurde im Laufe des Jahres 78 verletzten Personen die erste Hülfe zu Theil, ein Beweis, daß diese Einrichtung segensreich ist.

Die Zusammensetzung des Kuratorii hat insofern eine Aenderung erfahren, als an Stelle des Herrn Kownatzki, der sein Amt als Stadtverordneter krankheitshalber niedergelegt hat, Herr Vollbrecht eingetreten ist.

A. Nachweisung über die Besetzung der Stände und Keller im Abonnement.

Es waren

	Im April 1901 vorhanden		vergeben																	
			April 1901		Mai 1901		Juni 1901		Juli 1901		August 1901		September 1901		Oktober 1901		November 1901		Dezember 1901	
	Zahl	qm	Monats-abonnement	Tages-abonnement	Monats-abonnement	Tages-abonnement	Monats-abonnement	Tages-abonnement	Monats-abonnement	Tages-abonnement	Monats-abonnement	Tages-abonnement	Monats-abonnement	Tages-abonnement	Monats-abonnement	Tages-abonnement	Monats-abonnement	Tages-abonnement	Monats-abonnement	Tages-abonnement
I. Umhegte Stände in der Halle:																				
1. für Fleischwaaren, Wild und Geflügel	90	360,5	35	55	35	55	36	54	34	56	34	54	34	55	34	56	34	56	35	55
2. für Fische im Bassin	4	13,6	3	—	4	—	4	—	4	—	3	—	4	—	3	—	3	—	3	—
3. für Fischwaaren, Krebse u. s. w.	5	14,7	5	—	5	—	5	—	5	—	5	—	5	—	5	—	5	—	5	—
4. für Grünkram und Kartoffeln	28	95,1	27	—	27	—	28	—	28	—	28	—	28	—	27	—	28	—	25	—
5. für Blumen	14	53,4	12	—	12	—	12	—	13	—	14	—	13	—	14	—	14	—	12	—
6. für Butter, Käse, Eier	22	65,1	16	—	16	—	15	—	15	—	17	—	18	—	16	—	14	—	14	—
7. für Brod- und Backwaaren	10	29,4	9	—	9	—	9	—	9	—	9	—	9	—	9	—	9	—	9	—
8. für Holzwaaren	5	14,7	5	—	5	—	5	—	5	—	5	—	5	—	5	—	5	—	5	—
Zus. Zahl der Stände	178	—	112	55	113	55	114	54	113	56	115	54	116	55	113	56	112	56	108	55
von zus. qm	—	646,5	369,9	241,5	373,3	241,5	377,8	237,0	373,3	245,5	379,9	237,5	382,3	241,5	373,9	245,5	370,9	245,5	358,4	241,0
II. Offene Inselstände:																				
Zahl	102	—	16	85	17	85	17	85	17	85	17	85	17	85	14	84	13	85	12	85
qm	—	202,4	30,2	170,2	32,2	170,2	32,2	170,2	32,2	170,2	32,2	170,2	32,2	170,2	26,2	168,2	24,2	170,2	22,2	170,2
III. Lagerkeller:																				
Zahl	55	—	17	—	18	—	17	—	18	—	19	—	22	—	19	—	22	—	21	—
qm	—	377,0	87,0	—	92,0	—	86,5	—	92,0	—	97,0	—	112,5	—	96,0	—	112,5	—	107,5	—

	vergeben															
	Januar 1902		Februar 1902		März 1902											
	Monats-abonnement	Tages-abonnement	Monats-abonnement	Tages-abonnement	Monats-abonnement	Tages-abonnement										
I. Umhegte Stände in der Halle:																
1. für Fleischwaaren, Wild und Geflügel	34	56	—	—	—	—										
2. für Fische im Bassin	3	—	—	—	—	—										
3. für Fischwaaren, Krebse u. s. w.	5	—	—	—	—	—										
4. für Grünkram und Kartoffeln	27	—	—	—	—	—										
5. für Blumen	11	—	—	—	—	—										
6. für Butter, Käse, Eier	14	—	—	—	—	—										
7. für Brod- und Backwaaren	9	—	—	—	—	—										
8. für Holzwaaren	5	—	—	—	—	—										
Zus. Zahl der Stände	108	56	—	—	—	—										
von zus. qm	356,4	245,0	—	—	—	—										
II. Offene Inselstände:																
Zahl	12	85	—	—	—	—										
qm	22,2	170,2	—	—	—	—										
III. Lagerkeller:																
Zahl	17	—	—	—	—	—										
qm	86,0	—	—	—	—	—										

B. Besetzung des zu Verkaufs-

	April 1901		Mai 1901		Juni 1901		Juli 1901		August 1901	
	Fleischstände à Mk. 3.	Butter-, Eier- und Blumenstände qm à qm 30 ₰	Fleischstände à Mk. 3.	Butter-, Eier- und Blumenstände qm à qm 30 ₰	Fleischstände à Mk. 3.	Butter-, Eier- und Blumenstände qm à qm 30 ₰	Fleischstände à Mk. 3.	Butter-, Eier- und Blumenstände qm à qm 30 ₰	Fleischstände à Mk. 3.	Butter-, Eier- und Blumenstände qm à qm 30 ₰
Einnahme	—	487	—	483,5	—	588	4	413	28	413,5
	Mk. 146,10		Mk. 145,05		Mk. 176,40		Mk. 135,90		Mk. 208,05	
Fleischstände im Tagesabonnement Einnahme	Mk. 432,—		Mk. 432,—		Mk. 507,—		Mk. 378,—		Mk. 327,—	
	Mk. 578,10		Mk. 577,05		Mk. 683,40		Mk. 513,90		Mk. 535,05	

C. Besetzung der Tagesstände nach qm.

Monat	Stände in der Halle qm	Stände auf den freien Plätzen qm	zusammen qm
April 1901	1133,0	4103,4	5236,4
Mai „	1137,5	5364,0	6501,5
Juni „	1283,5	7052,3	8335,8
Juli „	1137,0	10117,9	11254,9
August „	1229,0	11549,0	12778,0
September 1901	1793,0	10109,0	11902,0
Oktober „	1451,0	8988,0	10439,0
November „	1796,5	8139,3	9935,8
Dezember „	950,5	5418,3	6368,8

zwecken eingerichteten Kellers.

	September 1901		Oktober 1901		November 1901		Dezember 1901		Januar 1902	
	Fleischstände à Mk. 3.	Butter-, Eier- und Blumenstände qm à qm 30 ₰	Fleischstände à Mk. 3.	Butter-, Eier- und Blumenstände qm à qm 30 ₰	Fleischstände à Mk. 3.	Butter-, Eier- und Blumenstände qm à qm 30 ₰	Fleischstände à Mk. 3.	Butter-, Eier- und Blumenstände qm à qm 30 ₰	Fleischstände à Mk. 3.	Butter-, Eier- und Blumenstände qm à qm 30 ₰
	73	330	102	304,5	160	340,5	1	234,5		
	Mk. 318,—		Mk. 397,35		Mk. 582,15		Mk. 73,35			
	Mk. 180,—		Mk. 36,—		Mk. 15,—		Mk. 432,—			
	Mk. 498,—		Mk. 433,35		Mk. 597,15		Mk. 505,35			

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W TORUNIU

Abschnitt B. XXI. Zum Etat XVIII. Kapitalvermögensfonds.

Der Bestand des **Kapitalvermögenfonds** ergiebt sich aus dem vorgelegten Etat für 1902 — Die Zinseneinnahme der Kämmereikasse aus diesem Fonds hat im vergangenen Jahre mit nicht erheblichen Abweichungen den etatsmäßigen Ansätzen entsprochen.

Abschnitt B. XXII. Zum Etat XIX. Schuldenverwaltung.

Ueber die städtische **Schuldenverwaltung** geben der Steuervertheilungsplan und der Spezialetat für das Etatsjahr 1902 ausführliche Auskunft. Von der 1899er Anleihe über 5 200 000 Mark sind im Etatsjahre 1899/1900 Mk. 700 000, im Etatsjahre 1900 Mk. 1 500 000 und im Etatsjahre 1901 ebenfalls 1 500 000 Mk. abgehoben worden. Soweit diese Beträge noch nicht für ihre eigentlichen Verwendungszwecke erforderlich waren, haben sie entweder zur Verstärkung des Betriebsfonds gedient oder sind zinsbar angelegt worden. Der Rest der Anleihe ist vertragsmäßig in drei Vierteljahrsbeträgen von je 500 000 Mk. im Jahre 1902 abzuheben.

Abschnitt B. XXIII. Zum Etat XX. Gemeindesteuern.

Der Abschluß wird voraussichtlich etwas günstiger sein als der Etat.

Beim **Hauschoß** muß mit einer **Mindereinnahme** von wohl 20 000 Mark gerechnet werden.

Hunde-, Gewerbe-, Betriebssteuer werden ungefähr dem Etat entsprechen.

Dagegen ist eine **Mehreinnahme** zu erwarten

bei der **Gebäudesteuer** von etwa . . . . . 30000 Mk.

bei der **Wohnungssteuer** von etwa . . . . . 7000 „

bei der **Gemeindeeinkommensteuer** von etwa . . . . . 50000 „

Bei der **Waarenhaussteuer,** für die in den Etat ein Betrag noch nicht eingestellt war, ist eine Einnahme von 10000 Mark zu erwarten, dieser Betrag muß jedoch nach den Bestimmungen des Waarenhaussteuergesetzes den Gewerbesteuerpflichtigen der Klasse III und IV zu gute geschrieben werden, bildet also für die Kämmerei nur einen durchlaufenden Posten und **keine** wirkliche Einnahme.

Biblioteka Główna UMK
300020848892

Biblioteka Główna UMK
300020848892